

Ihnen für diese Plenarsitzung dieselbe Tagesordnung vor, wie für die heutige Plenarsitzung, also:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

Widerspruch wird nicht erhoben; es findet also die nächste Plenarsitzung morgen Vormittag 11 Uhr mit der bezeichneten Tagesordnung statt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 40 Minuten.)

5. Sitzung des Deutschen Reichstages

am 17. September 1878.

Präsident v. Forckenbed: Wir treten in die Tagesordnung ein.

Der einzige Gegenstand der Tagesordnung ist:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

Ich eröffne die gestern vertagte erste Berathung hiermit wiederum und ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. Hänel: Meine Herren, ich kann nicht sagen, daß die Debatten des gestrigen Tages zur Aufklärung der Sache, die wir hier behandeln, wesentlich beigetragen haben. Ich muß im Gegentheil behaupten, daß, wenn ich diese Verhandlungen vergleiche mit denjenigen Verhandlungen, die der Reichstag in diesem Frühjahr führte, alsdann die Kernpunkte der Sache, die uns beschäftigt, wesentlich verdunkelt worden sind, in einer solchen Weise in den Hintergrund getreten sind, daß man fast an eine Absichtlichkeit in dieser Beziehung glauben möchte. Ich kann nur finden, daß zwei Redner klar und bestimmt ihren Standpunkt genommen haben; der eine ist der absolute Anhänger an dieses Gesetz, Herr von Hellendorff, der andere war der absolute Gegner jeder Maßregel, die etwa durch die socialdemokratische Agitation gerechtfertigt sein könnte, Herr Bebel. Alle übrigen Redner haben sich in Wankungen und Schwankungen bewegt. Ich muß das auch von Herrn Reichensperger sagen; denn einige seiner Behauptungen nahmen eine Färbung an, die in der That einfach auf der Grundlage dieses Gesetzesentwurfs sich bewegte.

Was Herrn Bamberger betrifft, so bin ich ein lebhafter Anhänger seiner geistreichen Redeweise, ich muß ihm aber offen gestehen, — und es mag dies an meinem eigenen subjectiven Mangel liegen, daß ich absolut nicht im Stande war, zu erkennen, was er denn eigentlich im letzten Sinne und im letzten Ziele wirklich wollte. (Sehr richtig links.)

Meine Herren, die Hauptfrage, die nicht zu umgehen ist und die vereinigt werden muß, das ist die Frage: wollen wir gegenüber jener agitatorischen Bewegung, die insbesondere von Seiten der Socialdemokratie ausgeht, uns nach Mitteln umsehen auf dem Boden des gemeinen Rechts, oder wollen wir diese Mittel suchen auf der Grundlage, die dieser Gesetzentwurf uns bietet? Es waren ausgezeichnete Redner der liberalen Partei, welche in diesem Frühjahr den Boden des gemeinen Rechts verfasten, welche entschieden betonten, daß sie von diesem Boden nicht eher abweichen könnten, als bis ihnen der sonnenklare Nachweis geführt sei, daß das bestehende Recht nicht ausreichend und eine Verbesserung dieses gemeinen Rechts nicht angängig sei.

Wo ist der Beweis, daß diese Voraussetzung zutreffen hat? Etwa in den Motiven dieses Gesetzentwurfs? Sie sind hoch gelobt worden von demjenigen, der für sie verantwortlich ist, aber wo ist auch nur der Versuch jenes Nachweises, der damals im Frühjahr von der Majorität dieses Reichstages gefordert wurde? Wir haben nicht einmal eine Zusammenstellung bekommen über das geltende Recht, wir haben nirgends eine sachliche Kritik dafür empfangen, daß nach Maßgabe des geltenden Rechts und nach Maßgabe der Verbesserungsfähigkeit, die in ihm liegt, in anderer Weise, in der von der Majorität des früheren Reichstages geforderten Weise, der letzte Herr, wenn man sich dieses Nachweises entheben glaubt, was sind die bewegenden Ursachen dazu? was liegt denn vor, um irgend jemanden, der im Frühjahr einen anderen Standpunkt einnahm, heute zu bewegen, auf den Standpunkt dieses Gesetzes zu treten? was liegt vor, so frage ich? — Meine Herren, man hat etwa denken können an jenes zweite schandvolle Attentat des Nobiling. Alle dieses Attentat ihre Stellung zu der Forderung der sozialen Frage und beziehentlich zur Abwehr der socialdemokratischen Ausschreitungen nicht verhielt werde. Meiner Ansicht nach mit vollem Recht. Denn wie eng oder wie weit Sie den psychologischen Zusammenhang — ein anderer ist nicht behauptet worden — zwischen socialdemokratischen Agitationen und dem Attentat veranschlagen, so viel ist ganz gewiß, daß, wenn die ganzen Bildungsmittel der Nation, die sitz- und die stehenden, die wissenschaftlichen nicht ausgereicht haben, um ein Verbrechen, welches Nobiling, ein mit allen diesen Mitteln ausgerüsteter Mann, beging, zu verhindern, kein Gesetzentwurf der Welt in der Lage sein wird, ein solches Verbrechen in solcher Person zu verhindern. (Sehr richtig.)

Meine Herren, oder ist etwa dieser Gesetzentwurf — das könnte allerdings in Frage kommen — ein verböhnender, ein aus-

gleichender, ein solcher, welcher gleichsam die Aufwerfung der bewegenden Frage unnötig macht? Ich weiß nicht, ob das Jemand behaupten will, so viel aber weiß ich, daß der Herr Abgeordnete von Hellbronn vollkommen Recht hat, daß der Gesetzentwurf, wie er hier vorliegt, nicht etwa eine Abschwächung, sondern die volle Verschärfung des Gesetzentwurfs des Frühjahrs enthält, daß er die consequente, die rücksichtslose Durchführung jenes Gedankens ist, der damals von der Majorität des Reichstages verworfen wurde.

Es gelten diesem Gesetzentwurf gegenüber keine Versuche der Abschwächung; man muß ihn in seiner Tragweite voll und ganz nehmen, wie er liegt. Denn, meine Herren, davon können Sie überzeugt sein, die Instanzen, die hier eingesetzt sind, die werden die Vollmachten, die gegeben sind, voll und ganz ausnutzen bis zu dem Punkt, wo irgend eine Maßregel ausdrücklich ausgeschlossen ist durch den Buchstaben des Gesetzes.

Nun, meine Herren, eine Verschärfung, eine wesentliche Verschärfung liegt schon in jener Definition der zu verfolgenden Tendenzen. Früher war nur die Rede von socialdemokratischen, jetzt sind die communisticchen hinzugekommen, und ganz mit Recht; aber man hat auch die socialistischen hinzugesagt, und man hat geglaubt, daß in dem Zusatz solcher socialistischen Bestrebungen, „welche die bestehenden Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung untergraben“, eine wesentliche Milderung enthalten ist. Ich kann das absolut nicht finden. Gerade die Interpretation des Herrn Abgeordneten Bamberger, die derselbe gestern gegeben hat, beweist, bis zu welchem Grade man das Wort „socialistische Bewegungen“ ausdehnen kann. Er hat ausdrücklich betont, daß das Gefährlichste nach seiner Meinung sei jene Richtung, welche an eine Möglichkeit glaubt, daß einmal unsere Produktions- und Consumtionsweise und die Vertheilung des National Einkommens von Staatswegen erfolgen könne. Dieser Glaube sei das eigentliche verführerische Moment der gesammten socialdemokratischen und communisticchen Bewegung. Nun, meine Herren, wenn bereits ein derartiges vorstehendes Ideal, das Glauben an die Möglichkeit einer derartigen Umwälzung unserer bestehenden Gesellschaftsordnung genügen, um die socialistischen Bestrebungen unter dieses Gesetz fallen zu lassen, dann werden Sie mir wohl zugestehen, daß von einer Milderung in den Definitionen dieses Gesetzentwurfs wahrhaftig nicht die Rede ist.

Noch mehr aber muß dem anderen entgegenge treten werden, dem, was selbst durch die Rede des Herrn Abgeordneten von Hellbronn hindurchklang, nämlich dem Anschein, als ob es sich hier an irgend welchem Punkte um die Ueberschreitungen, die Ausschreitungen der socialdemokratischen Bewegung handle. Nein, meine Herren, allerdings werden auch diese socialdemokratischen Bewegungen, Ausschreitungen folgerweise getroffen, aber der directen Wirkung dieses Gesetzes nach soll das socialdemokratische Programm, das socialdemokratische Glaubensbekenntniß und seine Verbreitung getroffen werden, gleichgiltig in welchen Formen, erlaubten oder unerlaubten, sich dasselbe darstellt, gleichgiltig, welche Agitations-

mittel, gerechtfertigte oder verwerfliche, dafür in Bewegung gesetzt werden. Das Glaubensbekenntnis und seine Verbreitung als solche, sie werden getroffen. Irgend welcher weitere rechtliche allgemein erkennbare Thatbestand, der das Erlaubte vom Unerlaubten, das Gerechtfertigte vom Verwerflichen unterscheidet, ist für die Anwendbarkeit dieses Gesetzes nicht vorausgesetzt. Darum ist es ganz fraglos und kann von Niemandem bestritten werden, daß die Ermächtigungen des Gesetzes so weit gehen, auch rein wissenschaftliche Untersuchungen zu treffen. Man könnte sich hinter das Wort „Bestrebungen“ stecken; allein das wäre eine ganz falsche Auffassung. Jede wissenschaftliche Untersuchung enthält eine Bestrebung. Selbst wenn wir auf dem Gebiet rein theoretischer Erkenntnis wissenschaftliche Untersuchungen führen, so haben wir die Absicht, für die Resultate, die uns geworden sind, zu werben und zu gewinnen. Und wie viel anders auf allen denjenigen Gebieten, wo die Wissenschaft sich mit dem menschlichen Handeln beschäftigt, wo sie neue Grundsätze und Rückschlüsse für dasselbe aufzustellen bemüht ist! Hier fordert sie ihrer Natur nach, daß die aufgestellten Grundsätze befolgt werden, hier will sie für das praktische Handeln praktisch anwendbare Maßstäbe gewinnen. Eine Wissenschaft, welche in ihren Untersuchungen nicht dieses letzte Ziel zugleich mit vor Augen hätte, welche darum nicht in sich Bestrebungen enthielte, meine Herren, eine solche Wissenschaft wäre todt; ihr würde die sittliche Würde abgehen, welche allein Ueberzeugungskraft zu gewähren vermag!

Meine Herren, der gegenwärtige Gesetzentwurf, und das ist mit einer seiner äußersten Schärfen, beschneidet nicht etwa nur die öffentliche Verbreitung eines bestimmten Glaubensbekenntnisses, nicht etwa nur die Wahlwerbung, die in Presse, Verein, Versammlung erzielt werden soll, nein, er versucht es, auch die Kommunikation von Person zu Person unter Verbot zu stellen. Denn nur unter diesem Gesichtspunkt sind jene Bestimmungen gegen geschäftsmäßige Agitatoren zu erklären, die auch dann eintreten, wenn der Betreffende keine geschäftsmäßige Agitation nicht in der Form der Presse, der Versammlungen, der Vereine betreibt. Nur unter dieser Voraussetzung ist es zu erklären, daß man Schant- und Gastwirthen die Concession entziehen will. Nun, meine Herren, das ist ein Versuch, in das Privatleben, in die Privatbeziehungen einzudringen, wovon ich nach meiner, vielleicht geringen Gesetzeskenntnis, nirgends jemals ein Beispiel gefunden habe.

Alein auch dieses ist nicht genug. Vielleicht das Charakteristischste an diesem Gesetzentwurf ist dies, daß er nicht mehr welche die Ziele der Socialdemokratie — ich will immer nur das eine Wort gebrauchen — verfolgen. Nein, so lautet der Gesetzentwurf heute nicht, sondern er verbietet eine Propaganda, welche socialdemokratischen Bestrebungen dient. Ich begreife, daß man, wenn man diesen Gesetzentwurf wollte, jetzt diese wesentliche, diese tief einschneidende Aenderung herbeiführen will. Es ist ja ganz klar, daß, wenn Sie diese Aenderung nicht machen, Sie allerdings dann diesen Gesetzentwurf nur werth machen für den Papier-

korb, ihn zur Unwirksamkeit verurtheilen von Anfang an. Sehen wir doch den Fall, daß etwa die socialdemokratischen Bestrebungen sich zurückverlehren auf das Lassalle'sche Programm. Wer will alsdann noch, insbesondere nach jenen Aenderungen, die wir aber gewisse Verbindungen geklärt noch gehört haben, wer wollte alsdann behaupten, daß die socialdemokratischen Bestrebungen sich nicht hielten innerlich als der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung? Es ist einfach unrichtig, zu sagen, daß das Lassalle'sche Programm als solches sich zu unserer bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung in Widerspruch setzte. Es wollte allerdings wo möglich die Herrschaft der Massen, aber durch das allgemeine Wahlrecht, ein jetzt verfassungsmäßig anerkanntes Recht, und es will im Uebrigen in socialistischer Beziehung nichts Anderes, als Productivgenossenschaften auf Staatskosten. Oder wie, wenn die socialistischen Bestrebungen sich ausdrücklich zurückzögen auf jene Punkte sowohl des Eisenacher als des Gothaer Programms, welche ausdrücklich formulirt sind für die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung! Nun, meine Herren, dem früheren Wortlaut des Gesetzes entsprechend würde eine Fortdauer der socialdemokratischen Bestrebungen mit allen ihren Agitationsmitteln unter dieser Firma vollkommen zulässig sein. Denn, meine Herren, setzen wir voraus, daß jene neuen Vereine, jene neuen Versammlungen und Preberzeugnisse ganz loyal diese Erklärung abgeben, allerdings nur von der Voraussetzung ausgehend, daß sie nach Maßgabe der bestehenden Gesetze sich auf diese Punkte zurückziehen müssen, allerdings mit der sicheren Voraussicht, daß, wenn einmal erst das nächste Ziel erreicht ist, alsdann das Weitere und Fernere sich finden wird. Diese Reserve würde weder illegal, noch würde sie illoyal genannt werden können. Nun, meine Herren, natürlich eine derartige offenbare Lücke in der Grundlage dieses Gesetzes wollte man nicht, und darum eben sagte man, wenn die betreffende Organisation und Bestrebungen jenen Zielen auch nur dienen, selbst dann fallen sie bereits unter die Verbote dieses Gesetzes. Ich habe Kollegen von mir gehört, welche sagten, es sei etwas ganz Außerordentliches, daß man den zweiten Satz im § 1 hinzugefügt habe, welcher Cassen schließt, selbst wenn sie Vereinen nicht affiliirt sind. Meine Herren, das ist ganz selbstverständlich auf der Grundlage der Bestimmungen des Article 1. Selbstverständlich mußte man sich von diesem Standpunkte aus sagen, daß zwar diese Cassen, etwaige Gewerkevereine nicht die Ziele der Socialdemokratie verfolgen, daß aber der Zusammenhang, in den dadurch die Gleichgläubigen gerückt werden, welcher die Verstärkung ihres Bewußtseins fördert, welcher die Möglichkeit gewährt, in diesen Verbindungen im Stillen, von Person zu Person Propaganda zu machen, — daß dieser allerdings den socialdemokratischen Bestrebungen dient.

Meine Herren, wer die Grundlage des Gesetzes will, wer die Definition im ersten Abschnitt will, der muß nach meiner Ansicht auch den zweiten Absatz annehmen; er ist die einfache, logische und praktische Consequenz. Man wird freilich mit vollem Recht entgegenzusetzen, daß dies einfach zu Gewissensrichtern und zu

einem Spionirsystem treiben müsse; das ist wahr. Wer aber das Gesetz auf seiner jetzigen Grundlage will, darf sich vor diesem Einwand nicht scheuen.

Meine Herren, der Gesetzentwurf, wie ich ihn hier characterisirt habe, und auf dieser seiner Grundlage, ist für uns vollkommen und absolut unannehmbar. Dieser Gesetzentwurf ist ein Parteigesetz, wie ich etwas ähnliches in der Geschichte nicht kenne. Er trägt diese Tendenz des Parteigesetzes und der Parteiverfolgung, ich möchte fast sagen, in cynischer Weise an der Stirn. (Ob! rechts. Bravo! links.) Meine Herren, so ist es; Herr von Helldorff sagt freilich, der Gesetzentwurf beraubt die Socialdemokraten der staatsbürgerlichen Rechte nicht. Nun, ich weiß nicht, auf welches Verständnis dies berechnet ist; denn daß die Socialdemokraten hier von der Pressfreiheit, von der Versammlungsfreiheit, von der Vereinsfreiheit ausgeschlossen werden, auch dann, wenn sie alle gemeinrechtlichen Grenzen dieser Freiheit einhalten, auch dann, wenn sie bereit sind, auch noch enger zu ziehende gemeinrechtliche Grenzen einzuhalten, — das ist gewiß. Um der Parteirichtung willen wird dieses Gesetz zu einer Hinderung der sonst Allen gemeintamen Freiheiten. Erlaubt und straflos bleibt für einen Theil der Bürger, die einer bestimmten Partei nicht angehören, das Nämliche, was für einen andern Theil der Bürger, unter Einhaltung derselben Grenzen, um ihrer Parteistellung willen verboten und strafwürdig wird. Und das, meine Herren, ist nicht die Hauptsache. Parteigesetz ist dieser Entwurf vor allen Dingen darum, weil die gesetzgeberischen Motive weiter reichen als auf die Socialdemokratie. Die gesetzgeberischen Motive, sie liegen in der Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung. Ist die Socialdemokratie die einzige Partei, welche eine solche Untergrabung vor Augen hat? Nein, das ist nicht der Fall. Ich will nicht sprechen von der republikanischen Partei, die sich jederzeit auf Grund unserer Gesetze bilden könnte, die aber im Augenblick nicht besteht, ich will aber hinweisen auf die unitarischen Tendenzen, die überall verbreitet sind in Deutschland; sie untergraben unsere bestehende Staatsordnung, (sehr richtig!) unsere Staatsordnung, wie sie besteht, und doch ist ihnen auch nach dem Gesetzentwurf die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit zu ihrem Programm zu bekennen, für dasselbe zu werben und zu gewinnen in der gesetzlichen Form. Es giebt eine particularistische Partei, wahrhaftig nicht die mindest gefährliche Partei in Deutschland, welche darauf ausgeht, unsere schwer errungene Einigung wieder abzuschwächen, sie einer Entwicklung anzuhelfen, die sicher bis zur Untergrabung unserer Staatsordnung führen kann. Sie bleibt bei der Freiheit, für ihr Glaubensbekenntnis zu werben und zu gewinnen, wie sie will.

Und wie steht es mit der ultramontanen Partei? Selbstverständlich, daß ich nicht mit ihr polemisiren will; sie muß es mit unserm Waigeleze. Der legislativische Grund unserer Waigeleze, den Sie (auf das Centum hinweisend) auf das Lebhafteste bestreiten,

ist, daß die Präentionen der katholischen Kirche und der katholischen Hierarchie unvereinbar seien mit den wesentlichen Grundlagen unseres Staatswesens und selbst der gesellschaftlichen Ordnung. Trotzdem besteht und bleibt auch nach diesem Gesetze die Partei, die im Gegensatz, unter Nichtachtung dieser Gesetze für diese Bestrebungen der katholischen Hierarchie und der katholischen Kirche alle Mittel der Propaganda und Agitation ins Werk setzt. Wahrhaftig, die gesetzgeberischen Motive, welche für die Socialdemokratie sprechen, sprechen auch für die ultramontane Partei!

Und was uns, die deutsche Fortschrittspartei, betrifft, wissen wir nicht, daß von jener Seite, wissen wir nicht, daß officiell und officiell insbesondere in unter Verantwortlichkeit der preussischen Regierung stehenden Organen die Fortschrittspartei mehr als einmal angeklagt worden ist, daß sie die bestehenden Grundlagen des Staats und der gesellschaftlichen Ordnung untergrabe? Will das Jemand leugnen? Nun wir fordern unser Recht! Entweder ist es fortan illoyal und perfid, wenn man ferner derartige Beschuldigungen ausspricht, oder man gestehe zu, daß es nur eine Frage der Zeit sei und der Opportunität, wann man diesen Gesetzentwurf auch gegen uns in Kraft setzt. (Sehr richtig!)

Ich sage, dieses Gesetz ist ein Parteigesetz, aber mehr noch als dieses, meine Herren, es ist noch schlimmer. Dieses Gesetz ist ein Tendenzgesetz, d. h. es tastet die konstituierenden Momente unserer religiösen und politischen Glaubensfreiheit an. Freilich giebt es eine Anschauung, welche sagt, Glaubensfreiheit könne bestehen, ohne die gleichzeitige Freiheit, für das Glaubensbekenntnis öffentlich einzutreten, öffentlich zu werben und zu gewinnen. Das sind absolutistische Traditionen, von denen ich hoffe, daß ich sie irgend welcher liberalen Partei gegenüber nicht zu widerlegen habe. Man sagt, dieser Gesetzentwurf sei nichts anderes, als daß man dasjenige vor der Eruption thue, was andere Staaten nach dem Ausbruch, nach der Catastrophe gethan haben. Herr Damberger gegenüber wundere ich mich, daß er dieses Wort gebraucht hat. Gewiß ist es geküchelt formulirt. Aber eins, glaube ich, wird er mir zugestehen: es ist die nämliche Parole, mit der jederzeit die Glaubens-, Press-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit vor absolutistischen Parteien bekämpft worden ist. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, und vor allen Dingen, wenn ich jemals die Lehren, die die Reformation in Deutschland gepredigt hat, die Lehren, die eine hundertjährige Entwicklung des Liberalismus in Deutschland, in der modernen Welt allmählich uns in Saft und Blut hat übergeben lassen, wenn ich sie irgend verstehe: was heißt religiöse, was politische Glaubensfreiheit? Meine Herren, es heißt: daß die herrschende Gesellschaft und die herrschenden Staatsgewalten nicht berufen sind, ein Urtheil darüber auszusprechen, ob eine bestimmte Lehre unrichtig, ob sie staatsuntergrabend, ob sie rechtlich verwerflich sei. Ueber den Inhalt einer Lehre, über ihre Verbreitung mit geistigen

Mitteln steht den herrschenden Kräften nicht Urtheil und Verbotsrecht zu, sondern wir sagen, die Grenze dieser Lehrfreiheit dürfe nur gesunden werden da, wo die Lehre sich umsetzt zur strafbaren, verbotswürdigem Thathandlung, nach allgemein zu charakterisirenden Rechtsfällen. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn Sie diesen Kern der religiösen, der politischen Glaubensfreiheit, der Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit leugnen, dann sage ich, Sie setzen sich in totalen Widerspruch mit alle dem, was wir bisher mit diesem Begriff, wir, die liberale Partei, seit mehr als hundert Jahren verbunden haben. Es gibt keine Glaubensfreiheit im politischen und im religiösen Sinn nur für Einen Glauben.

Herr Reichensperger hat uns gestern gesagt, er sei principiell diesem Gesetzentwurf entgegen, aber einem Gesetzentwurf, welcher die Lehre des Atheismus unter Verbot und Bann stelle, welcher die Lehre des Rechts der Revolution zu unterbrechen trachte, dem werde er beistimmen. Das, meine Herren, ist die Glaubens- und Pressfreiheit des Schlabud. (Sehr richtig! links.) (Hoi im Centrum.)

Ich könnte Herrn Reichensperger daran erinnern, daß die Frage, ob ein Recht der Revolution bestehe, seiner Zeit unter dem Schutz der kirchlichen Censur in jesuitischen Schriften bis zu dem Punkt ganz reinlich und dialectisch untersucht worden ist, ob der Königs-mord nicht unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sei! (Zuruf.) — Kennen Sie nicht Mariana? — Ich füge hinzu, daß diese Untersuchungen sich erstrecken bis auf die eifischen und rechtselbischen Abhandlungen unserer protestantischen Reformatoren, eines Melancthon und Luther. Haben wir denn unsere gesammte liberale Literatur vergessen, haben wir es denn vergessen, daß in England die Doctrin von dem Recht der Revolution Gemeingut der Nation ist? Meine Herren, ich halte diese Lehre für irrig; ich behaupte, es giebt in rechtlchem Sinn kein Recht der Revolution. Meine Herren, ich bin nichts weniger als Atheist. Allein diese Lehren müssen gereinigt werden mit geistlichen Mitteln, und es ist nicht Sache irgend welcher herrschenden Autorität, heiße sie Kirche oder menschlichen Geistes willkürlich und mit äußeren Mitteln einzugreifen. (Sehr richtig!)

Hier halte ich mich an das Wort unseres großen Reformators, dem ich anhänge. Luther; er hat gesagt: Ketzerei soll man nicht mit Gewalt wehren, das ist ein anderer Handel und fordert einen anderen Griff, denn mit dem Schwerte! Meine Herren, es ist heute Sitte geworden, daß man solchen konstituierenden Principien mit Betätigung um einer augenblicklichen Verlegenheit willen sich entgegenstellt, daß man meint, man könnte bei der einen Gelegenheit ein wenig verlesen und bei der nächsten Gelegenheit wieder mit Pathos vertreten. Ich bin dieser Ansicht nicht, ich sage Ihnen rund heraus, mögen Sie mich einen Doctrinär oder Idealisten nennen, so viel Sie wollen: ja, ich bin ein Doctrinär und Idealist, der die Freiheit, die eine hun-

derjährige Entwicklung nicht nur bei uns, sondern in der ganzen gebildeten europäischen Welt gebracht hat, in keinem Punkt antasten läßt, auch nicht dann, wenn es sich um die ganze Schwere socialdemokratischer Agitationen handelt!

Meine Herren, ich halte diesen Gesetzentwurf nicht nur in seinen Grundlagen für vollkommen unannehmbar für uns, ich halte ihn auch auf diesen Grundlagen für vollkommen unverbesserlich. Ich gestehe Ihnen hier ganz offen, ich kann die Verantwortlichkeit voll und ganz für die Verwerfung dieses Gesetzentwurfs übernehmen, ich würde aber niemals die politische Verantwortlichkeit für eine Abschwächung dieses Gesetzentwurfs übernehmen können. Denn dann würde der schwere Eingriff, der meiner Ueberzeugung nach in die heiligsten Güter der Nation hierdurch gemacht wird, noch verschärft durch die schweren politischen Gefahren, die sich daran knüpfen, daß man doch in ihren Schwelwinkeln die Agitation fortbauern ließe und damit Denjenigen, die unterdrückt werden sollen, die Mittel gewährt, den Gesetzentwurf zu verachten und auf Grund dieses Gesetzentwurfs erst recht die Autorität des Gesetzes, das Ansehen des Staates nur weiterhin zu untergraben. Ich bin vollkommen einverstanden mit Herrn von Helldorff, daß die Grundlagen dieses Gesetzentwurfs keine Zeitbestimmungen vortragen. Eine politische Autorität mag sich getrauen zu sagen, binnen hier und ein paar Monaten, binnen hier und einem Jahr will ich einen Aufruhr unterdrücken, will ich die geheime Gesellschaft einbeden und sie auseinanderpressen. Aber die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, daß in irgend welchem Zeitpunkt die socialdemokratische Doctrin und ihre Verbreitungsfähigkeit beseitigt sei, meine Herren, diese Verantwortlichkeit kann Niemand übernehmen. Und in dem Augenblick, wo der Erfolg, den dieses Gesetz anstrebt, erreicht ist, in diesem Augenblick wird es ja gegenstandslos. Es trägt für diejenigen, die Hoffnung auf Erfolg haben, die Zeitbestimmung in sich. Am allerwenigsten — und auch darin stimme ich, meine Herren, nicht etwa aus Bosheit, nein, aus vollster Ueberzeugung mit Herrn von Helldorff überein, daß dieser Gesetzentwurf kein gerichtliches Verfahren und keine gerichtliche Instanz verdrängt. (Sehr richtig! links.) Sie mögen Verfahren vorschreiben, Unabhängigkeitsclauseln herausfinden, welche Sie wollen, dieser Gerichtshof wird auf Grundlage dieses Gesetzes nichts anderes bleiben, als ein Censurgericht, d. h., als eine politische Behörde. Im Interesse des Ansehens unserer Gerichte, im Interesse der Aufrechterhaltung der streng objectiven rechtlichen Methode bei wahrer Rechtssprechung, in diesem Interesse will ich nicht den Titel eines Gerichtshofes und das scheinbare Verfahren, wo die Wahrheit nicht dort steht! (Sehr gut! links.)

Meine Herren, aber die Herren im Bundesrath habe ich mich freilich sehr gewundert. Ich will Ihnen ein Bekenntniß machen; ich fürchte fast, daß ich Gelächter hervorrufe; nämlich das Bekenntniß, daß die Instanzen des Entwurfs der Frühjahrsession die einzig richtigen sind, nämlich der Bundesrath und der Reichstag. Ich habe mich über diesen ersten Entwurf an diesem Punkte ganz außer-

ordentlich gefreut. Meine Herren, wir sehen, daß der Bundesrath immer begierig ist, im sogenannten föderalistischen Sinne reglementarische und Executivbefugnisse an sich zu reißen. Ich glaubte, in jenem ersten Gesetzentwurf sei endlich die Erkenntniß zu Tage getreten, daß dieses Drängen nach fortwährender Erweiterung der Executiv mit dem Schwergewicht der Dinge nothwendig zu dem Punkte führen müsse, wo dieser Bundesrath zu einer verantwortlichen Behörde gegenüber dem Reichstag gemacht wird. Je mehr der Bundesrath executive und reglementarische Befugnisse auf sich häuft, desto näher und sicherer ist diese Entwicklung; desto mehr steht der Bundesrath vor der Gefahr, daß sein Antheil an der Souveränität sich verkehre in eine ganz gewöhnliche Verwaltungsinstitution. Nun, meine Herren, als dieser Gesetzentwurf in der ursprünglichen preussischen Fassung uns vorgelegt wurde: ah, so dachte ich, die Herren haben heute gerochen, sie wissen, wo diese Entwicklung der Ueberhäufung mit Executiv- und reglementarischen Befugnissen nothwendig hinführen muß. Ich dachte, der Bundesrath würde es mit Freude begrüßen, daß die preussische Regierung ihm eine anderweitige Behörde zur Ausführung dieses Gesetzes zur Seite stellt. Nein, in angeblich föderalistischem Interesse werfen sie wieder die ganze Verantwortlichkeit und das ganze unangenehme Geschäft, welches hierin liegt, wiederum auf sich.

Meine Herren, täuschen Sie sich nicht! Ich weiß recht gut, ich will einmal sagen, 60 Procent unserer Bevölkerung sind begierig nach jedem Repressivgesetz. Aber eins weiß ich auch ganz gewiß; — 99 Procent von jenen 60 Procent — wie ich sie einmal schämen will — die heute nach diesem Gesetzentwurf sechzen, werden bei jeder ein- zeln Aufschreibung entrüftet sein über die Mittel, (Widerspruch) die dieser Gesetzentwurf anwendet. Sie werden, nachdem sie in Sicher- und Bundesrath, Meine Herren, das ist ein psychologisches Gesetz, daß derartige Repressivmaßregeln und ihre Handhabung niemals zählen können auf Sympathie, sondern immer nur auf die Antipathie der Bevölkerung. Und ganz ohne Noth, um eines ganz verschwindenden föderativen Gesichtspunkts willen, heilt sich der Bundesrath, um Gotteswillen wieder die Instanz zu werden, die der Bundesstag war, (sehr gut! links) als Censur und Repression durch Deutschland ihre Verheerung anrichteten.

Meiner Ueberzeugung nach giebt es überhaupt nur eine ein- zige Rechtfertigung für die Gesetzesvorlage: diese Rechtfertigung ist der Erfolg, ausschließlich der Erfolg. Wenn Sie die Sicherheit des Erfolges haben, dann können Sie, seine An- wasser, diesen Gesetzentwurf wenigstens politisch rechtfertigen; Sie können diese Sicherheit nicht haben, dann sage ich Ihnen: dieser Gesetzentwurf ist einer der größten politischen Fehler, die jemals gemacht wurden. (Sehr gut! links und im Centrum.)

Und welche Sicherheit haben Sie? Allerdings gewisse Folgen sind vorauszusetzen, die nicht Jedermann. Zunächst die Folge, daß ein wesentlicher Impuls der Gesetzgebung fehlen wird, um fortzu-

gehen auf dem Wege der Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen. Was helfen mir alle Ihre Resolutionen, alle Ihre guten Vorsätze? Das geht gegen die Psychologie, daß sie mit demselben Eifer, mit derselben Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit fortarbeitet dann, wenn jene äußerlich bewegenden Anreize fehlen, die heute die socialistische Bewegung — ich will den landläufigen Ausdruck ge- brauchen — in Rücksicht auf ihre berechtigten Forderungen in sich trägt. Die englische Gesetzgebung über die Arbeiterverhältnisse, wie ist sie entstanden? Unter welchen Umständen? Unter jener gepal- tigen Bewegung des Chartismus, die das Geschwisterkind unserer socialdemokratischen Bewegung in Deutschland ist.

Meine Herren, ein zweiter Erfolg ist mir eben so sicher, das ist, daß das Bürgerthum sich im Vertrauen auf Polizei und Bundes- rath die Arme verchränken wird. Am meisten fürchte ich hierbei, daß auch unsere antisocialistische Presse allmählich erlahmen wird in der Untersuchung und Erörterung der maßgebenden Fragen und Probleme. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen: noch jetzt sind die Er- zeugnisse, die Bestrebungen der Presse in dieser Beziehung nicht ausreichend; sie halten sich nur zu sehr an die äußere Fläche des Bildes, sie richten sich nur zu sehr gegen die Auswüchse der Agita- tion, sie schleben nur zu viel gewisse Dinge den Socialisten unter als programmäßig, als in ihrer Natur begründet, die es nicht sind, und die eigentliche Prüfung des Kernpunkts des ganzen socia- listischen Problems, sie wird zurückgesetzt. Darum haben jene Ex- pectorationen vielfach nicht die überzeugende Kraft, die man ihnen wünschen möchte.

Nach diesem Socialistengesetz, wie wird es stehen? Nicht nur der psychologische Impuls fehlt, — mehr als dies. Ein verehrter Freund von mir sagte mir noch gestern: Ich weiß nicht recht, wenn dieses Gesetz erlassen wird, wie soll ich mich, der ich bisher die Socialdemokratie in schärfster Weise angegriffen habe, ihr gegenüber verhalten? Sie hat jetzt keine Waffen mehr gegen mich, es geht fast gegen das Gefühl des Unstandes, dann fernerhin in so ungleicher Weise, bei ungleichem Wind und Sonne den Kampf, der doch wahr- haftig geführt werden muß, weiter zu führen. (Sehr gut! links.)

In der Hauptsache aber, — ich kann mir nicht helfen, aber ich bin nicht im Stande, daran zu glauben, daß dieser Gesetzent- wurf wirklich den praktischen Erfolg haben wird, den man voraus- setzt. Es mag dies an meiner mangelhaften Erziehung liegen. Ich bin erzogen worden in einem Hause, dessen Haupt seinerzeit den stärksten Verfolgungen ausgesetzt war, welches um eines schwar- zroth-goldenen Wändchens im Knopfloch und seiner Ideale für ein deutsches Reich willen, in Conspiration und Unterthugschaft ge- halten, ins Gefängniß geworfen wurde, jahrelang, dessen Schriften, nicht bloß die geschriebenen, verboten worden sind, sondern auch diejenigen, welche er schreiben würde. (Seiterkeit.) Jawohl, meine Herren, das ist authentisch, der Bundesbeschuß besteht. Es sind diesem — ich will es sagen — meinem Vater alle Quellen seines Erwerbs — und er war ein unbemittelter Mann — abgeschnitten worden für seine literarische Production, mit der er sich durch das

Leben schlagen wollte. Das ist allerdings Jemand, der weiß, wie die Verfolgung wirkt. Der sagte mir — es sind kaum acht Tage —: Thut's nicht, ich hab's an mir erfahren; derartige verfolgende Lebendigelebe, sie spannen jeden Nerv in dem getroffenen Manne, sie blasen jeden Funken seines Talents an, sie werben ihm Anhänger in Reihen, die ihm sonst vollständig unzugänglich bleiben, nicht um der Reife seiner Ueberzeugung, sondern um eines natürlichen Mitleidsgedankens willen; wir sind zu einer Bedeutung geworden, wir haben uns gekräftigt und gestärkt durch die Verfolgungen, wie wir es nie gekonnt hätten bloß kraft unseres Talents und nur kraft der inneren Wahrheit unserer Glaubensbekenntnisse. Das ist die schlechte Erziehung, die ich genossen habe. Und um ihrer willen glaube ich nicht an die Wirksamkeit derartiger Gesetze. Und Sie Anderen, die Sie eine bessere Erziehung genossen haben, ich fordere Sie auf, geben Sie mir das practische Beispiel an, wo derartige Gesetze eine große geistige Bewegung und ihre Verbreitungsfähigkeit unterdrückt haben! Oder wollen Sie etwa leugnen, daß mit Agitationsmitteln, wirklich eine tiefe geistige Bewegung verbunden ist? Dann, meine Herren, machen Sie die Augen mit beiden Händen zu. Es ist nicht wahr, daß das socialdemokratische Problem ein willkürliches sei, es ist nicht wahr, daß es von Anfang an und schlechterdings unsittlich sei. Wir können getrost sagen, daß die Besten aller Zeiten und aller Völker dieses socialdemokratische Problem bearbeitet, untersucht und durchforscht haben. Es ist ein Kernpunkt geistiger Bewegung darin, und die Agitation, die sich darum häuft, ist in der That nur die garrige und rohe Schale.

Nun, meine Herren, dieses bewegende Princip in der gesammten socialen Agitation — Sie werden sie nicht unterdrücken; jede Erfahrung spricht dagegen! Ich kenne nur solche Beispiele des Erfolgs, wo man zugleich mit der Unterdrückung des betreffenden Glaubensbekenntnisses und seiner Verbreitungsmittel die Menschen tödtet, etwa wie die Albigenser und Waldenser. Es ist möglich, daß das an meiner weltgeschichtlichen Unkenntnis liegt. Nun, ich nenne Sie mir das Beispiel, so zeigen Sie mir die practische Erfahrung, wo solche Repressivgesetze definitiv irgend welchen nachhaltigen Erfolg errungen haben! Oder nennen Sie mir die Verweise, zeigen Sie die Gründe, daß gegen alles Beispiel und alle Erfahrung gerade dieses Gesetz und gerade bei uns den erwarteten Erfolg haben werde! Weil ich von diesem tiefen Mißtrauen gegen das, was ich vorhin als einzig politisch mögliches Rechtsergebnis des Gesetzeswurfs nannte, weil ich nicht an den Erfolg glaube, — schon aus diesem Grunde würde ich, ganz abgesehen von den Gründen, die ich vorhin entwickelt habe, niemals als rechnender Politiker einem derartigen Gesetzeswurf zustimmen.

Meine Herren, damit ist meinerseits nichts weniger als dies gesagt, daß ich mich rein negativ jedem gesetzgeberischen Vorgehen in der gegebenen Veranlassung entgegenstelle. Ich sage ausdrücklich, nicht diesem Gesetzeswurf, sondern jedem gesetzgeberischen

Vorgehen. Ich werde mich nicht entgegenstellen einem vollkommen neuen Entwurf, — während jede „Amenndirung“ auf der vorliegenden Grundfrage nur eine Nebenart für meine Auffassung wäre. Aber jeder mir annehmbare Vorschlag würde immer nur der Boden des gemeinen Rechts sein, die Formulierung allgemeiner, rechtlicher Kennzeichen, welche unangesehen der Parteilichkeit und unangesehen des Inhalts des politischen Glaubensbekenntnisses die Ausschreitungen der Rede- und der Schreibfreiheit beseitigen. Dieser Boden des gemeinen Rechts ist für mich positiv gerechtfertigt vor allen Dingen dadurch, daß ich es für unrichtig halte, die socialdemokratische Bewegung gleichsam Loszulösen von allen denjenigen Elementen, die sie begleiten und die sie allein in ihrer Kraft und ihrer Macht erklären können. Meine Herren, wir stehen nicht vor einer einfachen Erscheinung, die wir mit einem einfachen Mittel unterdrücken können, wir stehen vor einer äußerst complicirten Erscheinung. Die deutsche Nation hat zwei große Kriege geführt, deren Früchte wahrhaftig Niemand unter uns bemängelt, aber wir müssen es mit hinnehmen, daß durch diese Kriege in weiten Bevölkerungsschichten Bande der Autorität, der Anhänglichkeit zerstreut worden sind; wir haben den Preis bezahlen müssen, daß wir um jener politischen Entwicklung willen die Bahnen einer regelmäßigen und rechtlichen Entwicklung verlassen und zu Gewaltmitteln schreiten mußten. (Sehr richtig!) Glauben Sie, daß so etwas ohne eine natürliche Rückwirkung auf die großen Massen der Bevölkerung möglich sei? (Sehr wahr!) Wir haben nach dem Kriege jene economic Entwicklung erlebt — ich will mir wahrlich nicht zu trauen, sie irgendwie erschöpfend zu charakterisiren; aber das müssen wir doch sagen, daß wir in dieser Periode eine Aufschöpfung des Eigenen, der Habgucht, des arbeitslosen Reichthums in unseren gebildeten und höheren Classen sich entwickeln sahen, die wahrhaft abschreckend waren. Meine Herren, greife sich jeder in seinen eigenen Dusein: als wir damals neben uns, die wir nicht mit großen Gütern ausgestattet sind, plötzlich derartige Existenzen emporsteigen sahen, als wir den Reichthum ganz unverdient sich häufen sahen auf Leute, die bisher auf unserem Niveau standen, da hat sich auch in unserem Innern der Meid geregt. Ich gestehe Ihnen ganz offen, ich bin froh, daß ich in einer Lage war, wo niemals die Versuchung an mich herangetreten ist.

Nun, meine Herren, fragen Sie, welche Wirkungen solche Erscheinungen auf die breiten Massen ausüben müssen! Sagen Sie mir, daß die moralische Verantwortlichkeit für die Gefühle des Meides, für die Strebungen nach einer mühelosen Umänderung der Vermögensverhältnisse, nach einer besseren Existenz hin nicht auch bei uns, den Gebildeten und Wohlhabenden, liegt. Sagen Sie mir, daß die häßlichen Erscheinungen in unseren tiefern Gesellschaftsschichten nicht auch Resonanzwirkungen dessen sind, was damals in den gebildeteren und höheren Classen vor sich ging!

Nachher kamen wir zum Culturkampf. Nun, meine Herren, Sie wissen, wie ich zu demselben stehe. Ich habe ihn mitgekämpft, ganz kurz gesagt. Aber das muß ich bekennen, der Thatfache ver-

schliche ich mich nicht, daß dieser Kulturkampf allerdings auch heilige Gefühle verletzt hat, Autoritätsverhältnisse schwer geschädigt hat. Die Wirkungen, die davon ausgegangen sind, wir müssen sie eben ertragen um jener politischen Ziele willen, die wir mit jenem Kulturkampf verfolgen. Und unsere gesamteten politischen Zustände! Herr von Drenth hat sie im Frühjahr geschildert, nicht vom Standpunkt der Opposition, der ich angehöre. Nun, meine Herren, ich berufe mich auf jene Schilderung, wo er die Hemmungen unseres Staats aus der Parteibildung, aus der Stellung dieses Parlaments zu der Regierung in drastischer Weise uns vor Augen geführt hat. Nun, diese politischen Hemmungen, welche nicht die Zurechtweisung in die Macht und die Kraft der bestehenden Autorität erhöhen können, sie müssen, wenn auch in anderer Form und in anderer Weise, in jenen Schichten hervorgerufen werden, die jetzt durch die socialdemokratische Bewegung beherrscht werden. Alles in Allem, ich kann in dieser socialdemokratischen Bewegung nur ein Moment in der Unruhe der gegenwärtigen Zeit wiederfinden, und darum finde ich es nicht gerechtfertigt, auf dieses eine Moment — wie soll ich sagen? — die ganze Gewalt der politischen Action zu wenden, anstatt zu versuchen, innerhalb gemeingültiger Formen die nothwendigen Schranken zu ziehen, und anstatt zu verfahren, mit aller Energie und mit der Anwendung aller unserer parlamentarischen Fähigkeit auch jenen anderen Ursachen der Verletzung unserer gesellschaftlichen Ordnung entgegenzutreten, die ich Ihnen kurz zu schildern versuche habe.

Meine Herren, wie steht es mit den socialdemokratischen Agitationsmitteln, mit den eigentlichen socialdemokratischen Ausschreitungen? Ich behaupte es, ich muß aber sagen als wahrhaftiger Patriot: das, was uns gestern Herr Webel sagte, ist leider nur zu wahr: die Waffen, die die socialdemokratische Agitation jetzt führt, sie sind zu einem guten Theil nicht nur geschmiedet, sie sind zu einem guten Theil auch noch heute geißt in den sogenannten Ordnungsparteien und in den höheren Schichten der Gesellschaft. Sie behaupten, die socialdemokratische Agitation gehe aus auf die Untergrabung der Religion. Ich muß sagen, das Programm als solches fordert es nicht, und ich betrachte es als eine wahrhaft kindische Thorheit, daß die socialdemokratische Agitation sich gerade gegen jene Religion gekehrt hat, die wie keine andere Erbsünde ist für die bedrückten Classen. Allein die Richtung, gegen die religiöse Stimmung, seien wir ehrlich, sie stammt nicht aus der socialdemokratischen Agitation; sie stammt von uns, sie stammt aus unserer Literatur, sie stammt vor allen Dingen aus dem Verhältniß unserer gebildeten Classen zu den verschiedenen Kirchen, in denen sie eingeboren sind. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß wir, die wir vielfach verfahren sind als antikirchlich, die ganze Ungesundheit dieser Zustände nicht erkennen! Nein, wir bebauern es auf das tiefste und Lebhafteste, daß das Verhältniß der gebildeten Classen zu den verschiedenen Värgern sich in springenden Gegensätzen bewegt, entweder in einer Art von Zerknirschung oder einer absoluten Gleichgültigkeit oder aber jener Freigeisterei, die keinen Sinn mehr hat

für die großen historischen Niederschläge der religiösen Volkseentwicklung. Nun, wenn aber dies der Zustand in unseren Gesellschaftsclassen ist, wer wundert sich — ich sage mehr: wer wirft den ersten Stein dagegen, wenn sich antireligiöse Bewegungen auch in jener socialistischen Bewegung, allerdings in rohester und fragenhaftester Gestalt wiederfinden?

Meine Herren, wie steht es mit denjenigen Mitteln, die wir der socialdemokratischen Agitation vorwerfen in Bezug auf Ehe und Familie? Sehen Sie die Literatur an, die täglich der gebildete Stand in Händen hat, wollen Sie sagen, daß nicht herab bis zu den Annoncen gewisser Zeitungen — (Bewegung und Widerspruch) — gewiß, meine Herren, ich spreche hier nicht in diesem Sinne für irgend eine Partei — daß darin nicht auch Unterwühlung des Ansehens und der Heiligkeit jener höchsten Güter unserer Nation stattfindet! Roher, fragenhafter freilich in jener socialdemokratischen Agitationsreden, nach dem Verständnis der Bevölkerungsschichten, in welchen jene krankhaften Erscheinungen auftreten.

Meine Herren, wir beklagen jene materialistische Richtung, die überall in der socialdemokratischen Agitation durchbricht. Ich will hier nicht sprechen von unserer Philosophie, nicht sprechen von unserer Literatur, aber ich frage Sie: macht sich nicht in unseren politischen Parteien eine neue „Dealspolitik“ breit, die meiner Ansicht nach nichts anderes bedeutet als jener materialistische Zug, übertragen darauf, daß man an politische Verhältnisse immer nur die Frage der Macht, die Frage des Nützlichen richtet und es mehr und mehr verlernt, auch idealen Gesichtspunkten eine mitwirkende Kraft in der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse einzuräumen! (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, Sie beklagen sich, daß die socialistische Presse mit Lügen, mit Verleumdungen, und was weiß ich sonst, gegen die anderen, gegen die Ordnungsparteien, gegen die „Eine reactionäre Masse“ vorgeht. Nun, ich fordere jeden von uns auf, ob er nicht in dieser Wahlbewegung Beispiele lernt, ebenso verkehrende, ebenso häßliche Lügen, Verleumdungen, perfide Unterschreibungen gegen die Person, die von der einen Partei gegen die andere ausgesendet sind? Ich muß sagen, selbst die officielle Presse, (sehr wahr! links) die dem preussischen Ministerium nahe steht, sie hat sich von dieser Kampfesweise nicht fern gehalten. Wenn irgend jemand auf jenen Vänten — (auf den Bundesthron hinweisend) — sein sollte, der das leugnen wollte, so werde ich es documentarisch beweisen. — Meine Herren, so sage ich, alle diese Erscheinungen der socialdemokratischen Agitation, sie sind verwerfliche Mittel und Hilfsmittel, deren auch wir uns leider, die gebildeten, die Ordnungsparteien, nur zu oft bedienen, und das, was an ihnen abschreckend ist, was uns empört an ihnen, das ist in Wahrheit nichts anderes als die cynische rohe Form, der man sich dabei bedient. Die Wahrheit zu sagen: ich kenne nur ein einziges specifisches Agitationsmittel der socialdemokratischen Partei, das ist das, was der Herr Abgeordnete Bamberger gestern mit vollem Recht anführte, das ist jene Aufregung zum Classenhaß, jene Darstellung, wonach unser Volk sich nur scheidet zwischen Beträgen und Betro-

genen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten; das ist spezifisch und überaus häßlich. Analogien haben wir aber auch leider wieder in unseren Ordnungsparteien zu finden. Meine Herren, es ist ein Bild verbreitet worden von meinem Freund Richter, wo er als Freihändler abgebildet wurde neben einer hungernden Proletarierfamilie!

Meine Herren, steht so die Wahrheit, so mag ich selbst einer Verwilderung des sittlichen Bewusstseins schuldig sein, aber ich kann nicht anders als sagen: meine innersten sittlichen Gefühle empfinden sich dagegen, daß wir einseitig gegen die Socialdemokratie da vorgehen, wo wir uns ehrlieh sagen müssen, wir sind alle Sänder. (Sehr gut!) Hier liegt für mich die letzte Rechtfertigung für den Boden des gemeinen Rechts, auf dem ich auch gegenüber der Nothheit und Verwilderung der socialdemokratischen Agitationen verharre! Wenn Sie auf diesen Boden einherzugehen geneigt sind, wenn Sie mit uns nicht ein Partei- und Tendenzgesetz machen wollen, sondern wenn Sie mit rechtlichen und allgemein objectiv erkennbaren Kriterien jenen Auswüchsen der Agitation, die sich in rohester Weise jetzt vorzugsweise bei der socialdemokratischen Agitation hervorgerathen haben; entgegnetreten wollen, so sind wir bereit, Ihnen unsere Unterstützung und Mitarbeit zu gewähren. Allerdings könnten Sie vielleicht schon jetzt von uns positive Vorschläge in dieser Richtung verlangen. Nun, meine Herren, ich habe nicht einmal von denjenigen Herren, welche diesem Gesehrentwurf näher sehen und also mit mehr Motiven versehen sind, positive Vorschläge gehört, und so werde ich von uns, denen durch die Vorlage auch nicht das mindeste Material geboten ist, um ihren Standpunkt präcise formuliren zu können, nicht in diesem Augenblick bereits fordern, daß wir forderung geneigt ist, den anderen Boden, den ich bezeichnet habe, zu betreten und die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, wenn die übrigen Parteien geneigt sind, in dieser Richtung mit uns zusammen zu arbeiten, dann, meine Herren, werden wir das thun, was auch wir für notwendig halten gegenüber rohen und unserer Ueberzeugung nach sittlich und rechtlich schädlichen Ausschreitungen; wenn Sie aber diesen Boden nicht beschreiten wollen, dann nicht, dann werfen Sie uns nicht vor, was Sie selbst unmöglich machen. (Bravo!)

Präsident: Der Herr Reichskanzler hat das Wort.
Reichskanzler Fürst von Bismarck: Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie auch heute noch nicht, mich an den Discussionen der ersten Lesung zu betheiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientirung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort ergreife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das principielle und rhetorische Feld einzugehen, welches der Herr Vorredner soeben betreten hat; es werden sich die Sachen in ihre praktischen Details wohl auflösen, wenn wir sie in der Commission und in der zweiten Lesung verhandeln. Ich bin nur zum Reden gezwungen durch den Umstand, daß der Herr Abgeordnete Nebel gestern, sowie früher der Herr Abgeordnete Richter auch schon ähnliche Andeutungen gemacht

hat, daß aber jetzt namentlich der Herr Abgeordnete Nebel einer Legende über mich zum Organ gebient hat, die, wenn ich ihr nicht widerspreche, schließlich Geschichte werden könnte, wie so manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Kosten verbreitet worden ist und die allmählich Consistenz gewonnen hat. Der Herr Abgeordnete Richter hat bei den Verhandlungen über die sogenannte Sbdel'sche Vorlage in meiner Abwesenheit schon angedeutet, ich hätte mich früher mit der Socialdemokratie in Beziehungen befreundet, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwicklung derselben auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der kändlichen Einsamkeit gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Herr Abgeordnete Richter sich an den äußersten Buchstaben des Wortes "Socialdemokratie" klammert und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrliehen Bestrebungen nach Verbesserung des Looses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwischen dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genöthigt sind, unter den Begriff Socialdemokratie zu begreifen. Will der Herr Abgeordnete Richter das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Rdnagsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Secte niederzuhalten suchen, gleichzeitig auch dabei jede Bemühung, das Loos der Arbeiter, seinen Antheil an dem Lohn, den die Gesammtarbeit, seine und seiner Arbeitgeber hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Verhältnisse mir das erlauben, auch heute fortzusetzen und rechne mir das zur Ehre an.

Der Herr Abgeordnete Richter wird doch schwerlich Leute, die sich damit vor nunmehr 16, 18 Jahren befaßten, das Loos der Arbeiter zu verbessern, diejenigen — ich nenne jemanden, der mir durch Lesen seiner Bücher, weniger persönlch, näher gestanden hat, also Robbertus und ähnliche Leute der Wissenschaft und des Wohlwollens für Arbeiter — die wird er doch nicht mit dem Nordmesser der Abhülften und mit der Schrotflinte von Nobiling in eine Kategorie werfen wollen! Es ist das ein Stück, welches seiner rhetorischen Geschicklichkeit alle Ehre macht; aber im Uebrigen will ich es nicht näher charakterisiren. Ich möchte ihn überhaupt bitten, doch von seinen Bestrebungen — was ich freilich schon öfter und vergebens gethan habe, und wenn er es nicht thun will, ist es mir auch recht, — (Hellerkeit) mir persönlch irgend eine Aehrbelt oder Unrecht in meiner Vergangenheit oder in meinem Privatleben nachzuweisen, abzulassen; es hat ja gar nichts mit dem zu thun, was sachlich hier verhandelt wird. Ich könnte ein viel ablerer Mensch sein, als ich bin, und doch sachlich Recht haben. Ich kann dabei auch die Betrachtung nicht unterdrücken, daß der Herr Abgeordnete Richter in seinen Schriften und in seinen Reden ja einer der stärksten Verfolger der Socialdemokratie ist, er hat sehr harte Worte für sie, wie ich sie niemals in meinem Leben gebraucht habe, aber wenn es zu praktischen Leistungen kommt, so wird er ein Freund der Socialdemokratie.

Gehen wir seinen Abstimmungen nach, so werden wir ihn in allen Phasen des parlamentarischen Lebens, durch die wir gegangen sind, immer auf die Seite der Socialdemokratie fallen sehen. Er bekämpft und verfolgt sie mit Worten, aber er kann den Maßregeln, die zur wirksamen Bekämpfung bestimmt sind, nicht zustimmen. Das war eine nachträgliche Betrachtung, die mir abgesehen ist durch die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter außerhalb der heutigen Discussion. Ich möchte dabei den Herrn Abgeordneten Richter auch noch an etwas anderes erinnern. Er hat bei dieser Gelegenheit und bei mehreren anderen mir vorgeworfen, daß ich krank wäre und daß meine schwache Gesundheit mich sehr häufig hindert, meinen Pflichten so nachzukommen, wie es wohl wünschenswerth wäre. Meine Herren, ich kann das nicht leugnen, es ist mir nur überraschend, daß jemand, der nachdenkt über diese Sache, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe sie mir ehrlich verdient im Dienst des Landes und des Königs und sie gewannen durch Ueberanstrengung meiner Kräfte in diesem Dienst. Ich möchte doch dafür dasselbe Beneficium in Anspruch nehmen, wie ein Soldat, der verwundet und invalid ist und dem man den geforderten Abschied verweigert und der aus Gründen, die man achten sollte, in seiner Stellung bleibt. Ich verbleibe auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in meiner Stellung, den ich in dieser Lage gegen seinen Willen nicht verlassen kann; sonst wüßte ich nicht, was mich helte und veranlaßte, für die Herren die Unannehmlichkeiten unserer gegenseitigen Beziehungen zu verlangen. (Heiterkeit.)

Aber mir Krankheit unter solchen Umständen vorzuwerfen, das ist doch, ich will mich mächtig ausbilden, Mangel an Bartgefühl. Indessen ich erwarte Bartgefühl von dem Herrn Abgeordneten Richter nicht. Ich will mich nur dispensirt halten, auf dieses Thema zurückzukommen, wenn er mir wieder vorwirft, daß ich nicht hier bin. Ich wenbe mich dann zu dem, was der Herr Abgeordnete Bebel gestern gesagt hat. Bei ihm nehme ich nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gesagt hat, bekannt gewesen ist. Es ist ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er diese Zusammenstellung von Wahren und Falschem, die ich mir nun dann hätte er vielleicht Talent, Correspondent der "Times" oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. (Heiterkeit.) Und ich könnte ihm diese sehr einträgliche Beschäftigung empfehlen. Er fängt seine Geschäftszählung mit Details an, als hätte er sie genau im Gedächtnis oder selbst erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt, aber leider fehlt er sie etwas zu früh an. Im September 1862 erschien eines Sonntags in Mitte unseres Comites ein Herr Eichler im Auftrag der preussischen Regierung, speciell des Fürsten Bismarck.

Nun wissen die Aelteren unter uns, daß ich in meine amtliche Function eingetreten bin am 23. September 1862, also in der letzten Woche dieses Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage versehen haben sollte. Ich kam damals aus dem Auslande, nach einer Abwesenheit von, ich weiß

nicht wie viel Jahren, aber während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländischer Politik, namentlich mit einem so wenig bekannten Mann wie Eichler zu beschäftigen. Ich habe damals von der Existenz Eichlers gar nichts gewußt und sollte im September 1862, also in dem Moment, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das sehr heiße Gefecht gegenüber dem damaligen Landtag hineingeriet, wo ich jeden Abend Commissionssitzung hatte, wo ich sozusagen froh war, wenn ich das ministerielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen und mich zu verabschieden hatte — in der Zeit soll ich hier mit Herrn Eichler gesprochen haben, so daß dieser damals schon und im speciellen Auftrag des Herrn von Bismarck auftreten konnte. Ja, wenn man jedem Manne von der Kategorie wie Eichler alles glauben will, wenn er sich mit Beziehungen zu mir rühmt, so kann man weit kommen. Bei diesem ist es einfach nicht möglich, das ist eine einfach nachgewiesene Lüge, die sich der Herr Abgeordnete Bebel aufbinden ließ, ich weiß nicht, von wem, die er doch mit mehr Vorsicht und Prüfung hier vortragen sollte. Mag Eichler selbst ein so verlogener Mensch sein wie er will, wenn er behauptet hätte, er hätte von mir einen Auftrag erhalten, so ist das gar nicht möglich nach der Zeit, in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Minister gewesen bin. Mir ist er nur erinnerlich, weil er späterhin Forderungen an mich gestellt hat für Dienste, die er mir nicht geleistet hatte. (Auf: Aha!) — Aha! Weiß der Unterbrecher vielleicht, wem er sie geleistet hat, so bitte ich, sich zu melden. Ich sagte, mir hat er sie nicht geleistet; aber es ist zu bedauern, daß solche Unterbrechungen anonym bleiben, man hat dann keine Anhaltspunkte, zu entgegenen.

Bei der Gelegenheit erst ist mir in Erinnerung gekommen, daß Herr Eichler im Dienste der Polizei gewesen ist und daß er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntniß gekommen sind, aber es ist das nicht mein speciellcs Departement, und ich habe mit diesen Leuten niemals direct Verbindung gehabt. Von diesen Berichten betraf keiner die socialdemokratische Partei, sie bezogen sich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortschrittspartei, und wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das ist das einzige von diesem Agenten, wobei ich mich erinnere den Namen gehört zu haben. Im Uebrigen kann ich versichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Socialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Socialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Aber der Inhalt ist vollständig von Anfang bis zu Ende unwahr angegebet und Herr Bebel wird es gewiß lieb sein, dies zu erfahren, denn ich stelle dadurch der Socialdemokratie das Zeugniß aus, daß sie nie gebührt hat mit der ministeriellen Macht, um sich zum Werkzeug gegen andere Parteien gebrauchen zu lassen. Aber es ist auch unwahr, daß das von ministerieller Seite jemals versucht worden ist. Es haben auch zu meinem Bedauern andere Herren bei ihren Wahlreden Andeutungen gemacht, daß „maßgebende“ Persönlichkeiten sich

mit den Socialisten eingelassen hätten; es ist dies eine Gattung von Berebbarkeit, die da angebracht werden kann, wo sie keine Widerlegung findet, aber hübsch ist es nicht, wenn solches argumentum ad hominem gegen besseres Wissen und Urtheil gebraucht wird. Ich brauche niemand zu nennen, jeder wird sich selbst seiner Wahlreden erinnern. Was die Fabel betrifft, daß ich damals überhaupt mit den Socialisten gegen die Fortschrittspartei mich hätte einlassen wollen, — jeder, der noch das Gedächtniß an jene Zeit hat, wird sich erinnern, daß unsere Politik im Winter von 1862 auf 1863 so lag, daß ich offenbar auf Versöhnung und nicht auf einen Conflict mit dem Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Binde'sche Amendement zu erinnern, dessen Genehmigung von Seiten Seiner Majestät des Königs ich damals erreicht hatte, was aber die dadurch angestrebte Vermittelung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten sollte. Es ist nicht meine Absicht, alte Streitigkeiten nicht in der Stimmung war, nach einem Bündniß mit wilden Völkerschäften zu suchen, sondern daß mein Streben auf Versöhnung gerichtet war. Auch diese Cichler'sche Summe von 60—80,000 Thälern, wo hätte ich sie hernehmen sollen, weil wir keine geheime Fonds hatten. Der ganze Cichler existirte nicht, und ich bitte den Abgeordneten Webel, Demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu sagen, er wäre einfach ein Räuber. Der Abgeordnete Webel ist zu entschuldigen, denn es ist nicht denkbar, daß Jemand hier etwas sagen sollte, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt wäre. Also auch das Abweisen des Herrn mit seinem Angebot hat niemals stattgefunden.

Dann trat Lassalle auf
— gewiß trat er auf —

und von Neuem machte die Regierung die äusersten Anstrengungen mit Lassalle, der es nicht suchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Gräfin Hayfselft angefangen.

Das macht mir beim Lesen einen komischen Eindruck; selbst in jenen Kreisen kann man also ohne eine gewisse Staffage aus den höchsten Gesellschaftskreisen nicht auskommen. Ein königlicher Gehört zur Decoration, um das Ganze glaublich zu machen, und um den Zuhörer, welcher nach seinem Bildungsgrade unfähig ist, daure, daß man dem Herrn Abgeordneten Webel den königlichen Prinzen, es giebt deren sehr viele, gar nicht näher bezeichnet hat, wäre von historischem Interesse, den Prinzen unter den 6 oder 8, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Was dahin muß ich mir prinzipialen Verbindung bedürft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hayfselft habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe sie zum letzten Mal in meinem Leben

1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittelung ist eben eine Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfniß, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch ansprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei bis viermal gesehen, sondern im Ganzen dreimal, meinerthalben viermal, ich weiß es nicht. Unseres Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verbindung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. (Heiterkeit.) Wenn man sich aber sagen muß, was kannst du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und lebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaiserthum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaiserthum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abzuschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft, (große Heiterkeit) aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen klammerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschlendert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie außer Stande gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben Stundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn sie beendet waren. Dabei ist auch unrichtig, daß ich mit Lassalle auseinandergekommen sein soll in dieser Art von persönlichen Beziehungen, von Beziehungen persönlicher Wohlwollens, wie es sich zwischen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geist sehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und er seinerseits den angenehmen Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam, (Heiterkeit) er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und lebenswürdiger Weise, und Jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten, aber ich bedaure, daß seine politische

Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben. (Weiterkeit.) Wenn dieser Mann durch seinen Geist und seine Bedeutung mich anzog, so ist es ja, abgesehen davon, meine Pflicht als Minister, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren, und ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich Abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausdrücklich auch erfähre, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftstaats, auf den sie uns durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns theuer ist und schließt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. (Auf: Ganz gewiß!)

Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in socialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es kommt, sagt kein Mensch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Theilung, die Vererbung der Besitzenden einmal geschehen sein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wird wieder arm werden, und wenn das nicht ist, wenn Jedem das Seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, geräth man unter dem Zwang der Auslieferung hat, sondern wo ein Jeder da ist wenigstens ein Aufseher zur Controle, das ist ein achthbarer Beamter, aber den man sich beschweren kann; aber wer werden dann die Aufseher sein in dem allgemeinen socialistischen Zuchthaus? Das werden die Nebenher sein, die durch ihre Berechtigung die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die Anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden. Ich glaube, niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Mizen zu erfahren kriegen, — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gewollten sie sich nicht ansähen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des Bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch, was mir Casalle darüber mittheilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt; — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen.

Auch die Geschichte mit dem bayerischen Gesandten — ich berührte es schon vorher — ist eine von diesen Verzerrungen bei Geschichtserzählungen, die so aussehen, als wüßte man ganz genau, was passiert ist. Ich kann ja keine Erinnerung haben von Zeiten vor 13 oder 15 Jahren, aber sie ist nach Einrichtung meines Hauses ganz absolut unmöglich; denn ein Gesandter und überhaupt, wer nicht zu meinen Collegen oder zum Dienst Seiner Majestät gehört, wird mir nie, unter keinen Umständen unvorbereitet angemeldet, mag Jemand bei mir sein oder nicht, sondern jeder Gesandte ist in der Nothwendigkeit, zu schicken und zu fragen, welche Stunde ich ihm geben kann, und zu der Stunde natürlich muß ich ihn empfangen, da kann kein Casalle mich abhalten. Also daß dieser Gesandte einer in partibus infidelium ist, (Weiterkeit) darüber kann jeder von den Herren, die einen Beweis darüber erheben wollen, meine Dienerschaft vernehmen lassen, die wird ihm sagen, daß solch eine Meldung zu unrechtler Zeit in meinem Hause ganz unmöglich ist.

Unsere Unterhaltungen drehen sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber niemals um eine Detroyierung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Detroyierung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptirt mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Novalitäten mit den Gegnern des Reichs war die Parie einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mit gefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechts hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Ueberzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlssysteme habe ich damals schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für Niemand leicht, obschon wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedener Wahlssysteme in denselben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag in folge des allgemeinen Stimmrechts; wir haben ein anderes Wahlssystem im preussischen Landtag. Nun, meine Herren, es sind ja viele, die Mitglieder beider Versammlungen sind, Sie können sich doch einigermassen ein Urtheil über die Wirkung der beiden Systeme in demselben Land bilden, und Jeder wird sich ja sagen können, die eine oder die andere Versammlung macht einen richtigeren, würdigeren, besseren parlamentarischen Eindruck oder nicht. Ich will lieber, wird der eine sagen, mit dem Reichstag verkehren, der andere sagt vielleicht, mit dem Landtag. Meine Herren, ich will da kein Conclufum ziehen, ich will weder dem Landtag etwas Unangenehmes, noch dem Reichstag eine Schmeichelei sagen; aber ich verlehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum, überlasse ich Jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht bisher ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse und daß ein anderes, namentlich ein besseres, sein Grameu bereits bestanden.

Hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urtheilsfähiger werden, er wird nicht mehr den beliebigen Versicherungen seiner Abgeordneten, seines Candidaten, unbedingt Glauben schenken über alles, was Nachtheiliges über die Regierung sich vorbringen läßt, er wird nicht vielleicht mehr bloß eine Zeitung lesen, er wird auch mehr Vertrauen vielleicht zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verschmäht. Ich habe darin noch bis jetzt nichts zurückzunehmen, obwohl ich alle die Anträge bereitwillig und unparteiisch würdige, die in dem allgemeinen Stimmrecht einen Theil der Ursachen unserer Schäden suchen. Ich sage nur: überzeugt bin ich nicht, ich lasse mich gern überzeugen und sehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem gescheuten Menschen seiner Zeit besprochen zu haben.

Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Productivgenossenschaften — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Cassalle's Raisonnement oder unter dem Eindruck meiner eigenen Ueberzeugung, die ich zum Theil in England während eines Aussenhaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Productivgenossenschaften, wie sie in England in blühenden Verhältnissen existiren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Theil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Seiner Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Classen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorgemittel eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Ueberzeugung, ob so etwas angeht, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen. Es sind hier dazwischen Worte citirt, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiß nicht mehr — er mag ein besseres Gedächtniß haben als ich — was ich mit ihm gesprochen habe, aber dessen bin ich nach meiner Selbstenntniß sicher, daß ich eine Summe von 6—7000 Thalern nicht „Lumperei“ genannt habe, und sie es denn nicht lieber an das Hundertmillionenproject geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen, an das Hundertmillionenproject, das ich Cassalle zugesagt haben soll. Wenn man etwas derartiges Großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu verwenden könnte — es sind Thaler gemeint — aber so ganz überflüssig und einseitig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen in die landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unserer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte socialdemokratische, ich will lieber sagen sociale Frage, durch Verbesserung des Looses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe so ist es doch höch-

stens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Conflicts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später. In der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Name, der Landrath Clearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment in kleinem Stil nicht beurtheilen. In ganz großem Stil würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen; solche Establishments, wie zum Beispiel das von Krupp, unter einer andern als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrication halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Association bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, so weit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabricirende Theil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Werthung der gewonnenen Producte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das Alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter überleben konnten. Es kann auch vielleicht daran liegen, — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit — daß den deutschen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu höher Gestellten und von Wohlwollen unter einander nicht eigen ist, wie wir es in England in den englischen Associationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Seine Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen, und daß man daran einen gewissen Anstoß macht, als wenn es eine Schlechtigkeit von mir gewesen wäre, daß ich als Minister das angerathen hätte. Der Fehler könnte umgekehrt nur in der Lässigkeit gefunden werden, daß ich die Versuche nicht fortgesetzt hätte. Nur auf die Geiterkeit der Substanz ist es wohl berechnet, daß mehrere Minister „diese schlechte Schundwaare zu den theuren Pressen haben nehmen müssen.“ Hier sitzen auch mehrere Minister, und die Tradition von solchen Wunderlichkeiten würde sich doch in den Bureaus fortgesetzt haben, man würde wissen, wo der Schund geblieben ist und das sind doch Dinge, die in einer ersten Versammlung, wie dieser, nicht behauptet werden sollten.

Was nun weiter erzählt wird: nach Cassalle trat Dr. Dammmer ein, — das sind mir ganz unbekannt Namen. Ebenso muß ich zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht weiß, wer Frißche ist. (Geiterkeit) während hier gesagt wird, daß Frißche über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet habe. Ja, das hat wieder Einer Herrn Bebel vorgelogen, ich weiß nicht wer, vielleicht Frißche selbst, ich weiß nicht, wer Frißche ist. (Auf: Abge-

ordneter!) Dann bitte ich sehr um Verzeihung, dann ist es ja nicht möglich, ein Abgeordneter kann ja so etwas nicht thun. Ich möchte doch Herrn Frißche bitten, Zeugniß darüber abzulegen, ob er jemals einen Bericht an mich geschrieben hat, ob er ein Zeugniß darüber hat, daß ich je einen Bericht von ihm gelesen habe. Wenn er anwesend ist, so ist ja der Zeuge gleich zur Hand, warum sollte er nicht für Herrn Webel aufstehen, wenn er bereit ist, darauf einen Eid zu leisten? Ich werde dann vielleicht die Möglichkeit haben, die Sache bis dahin zu treiben. Wenn es ein Abgeordneter ist, so bitte ich tausend Mal um Verzeihung, wenn ich Bedenken bezüglich der Wahrhaftigkeit geäußert habe, aber das war mir ganz entgangen. Hat der Herr wirklich etwas für mich blau anstreichen müssen? Es wäre mir interessant zu erfahren, wer Herrn Webel diese Geschichte ausgehunden hat. Was Andere gethan haben, weiß ich nicht. Daß ich Herrn Wagener nach Eisenach geschickt habe, um mir Bericht zu erstatten über die Ergebnisse der dortigen Verhandlungen — war einfach meine Pflicht und Schuldigkeit, daß ich irgend Jemand hinsichtlich, und der Geheimrath Wagener war für diese Sachen ein durchaus sachkundiger Mann, ein Mann von Geist; daß er seinen damaligen Secretär Rudolph Meyer mitgenommen hat, habe ich nicht gewußt; es ist, so viel ich weiß, derselbe Rudolph Meyer, der bei der „Reichsglocke“ beschäftigt gewesen ist, mit dem ich Prozesse gehabt habe, die mir durch das Wohlwollen der Gerichte so unangenehm wie möglich gemacht wurden (Selbsterkeit) und von dem ich nie vermuthet habe, daß ich irgend einer Gemeinschaft mit ihm angeklagt werden sollte. Ich höre durch alles dieses die-leisen Reichs-glockentöne noch durchdröhen.

Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um sociale Verhältnisse aufgegeben habe und wann überhaupt meine Stellung zu der socialen Frage eine andere geworden ist — socialdemokratische möchte sie sich damals nennen. Es stammt dies von dem Augenblick her, wo im verammelten Reichstag — mein Gedächtniß verläßt mich da wie bei Frißche — ich weiß nicht, was es der Abgeordnete Webel oder Frißche, aber einer von diesen beiden, in pathetischem Appell die französische Commune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Wdr-der und Morbbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht der Ueberzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge bekümmert — aber jener Anruf der Commune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den socialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verschiedenen Acten der Gesetzgebung, die wir hatten, sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstags; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viele Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat von dem Augenblick an Versuchen, dem Socialismus ent-

gegen zu treten, nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche, von der man immer spricht; wir haben gar nicht nöthig, in Deutschland zu den drastischen Mitteln wie in Frankreich zu greifen, aber Frankreich ist von dem Vorort des Socialismus sehr erheblich zurückgetreten auf einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Gesellschaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Ueberzeugung? Nein! Durch gewaltthame Repressionen, durch Mittel, die ich gar nicht zur Nachahmung bei uns empfehlen möchte, und ich hoffe, wir werden dahin bei uns nicht kommen. England hat für alle dergleichen Excesse und Vergiftungen der öffentlichen Meinung sehr viel strengere Strafen; wer dort angefaßt wird, dem ist eine Gefängnißstrafe von 30 Tagen das Mindeste, was er bekommt. Was ist aber ein englisches Gefängniß? Das ist nicht, wie hier am Plätzensee, wo ja die Herren sich ganz behaglich finden, sondern da ist eine hölzerne Brüstung und weiter nichts, das ist, wie wenn Jemand auf Satten liegt, und solche dreißig Tage Gefängniß ist nicht etwas, was Jemand so leicht erträgt, wie zwei Monat Plätzensee. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals an die Commune gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloß als eine rhetorische Form zu nehmen, hat er sich denn nicht in langjähriger Prethätigkeit fortgesetzt? — seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet und die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar — immer gezeigt, auch ohne daß es so deutlich wird, wie in den letzten Wochen? Ich erinnere mich eines Artikels aus einem socialistischen Blatte, ich habe ihn zwar nur in dem Auszuge, welchen die „Post“ von demselben gegeben hat, gelesen —, da war der Mord des Generals Wessensow als eine gerechte Einrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse empfohlen, und er schloß mit den Worten: disoite moniti!

Nun, meine Herren, der Artikel wird Ihnen wohl allen in der Erinnerung sein; es war nicht etwa ein lapsus calami, sondern ganz in jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschäfte, unsere Gesetze könnten der Socialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und alle die dabei mitwirken, möchten sich doch der Verantwortung einmal recht klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Socialdemokratie vorgehen, und es schloß auch mit der deutlichen Wendung der deutschen Uebersetzung des disoite moniti! mit dem Anhang an den ersten Artikel, der so große Entrüstung erregte, mit dem Rufe: ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem als vor dem nihilistischen Messer und der Roblin'schen Schrotflinte. Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existiren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Werth, (Bravo! rechts) und ich hoffe, daß der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser, der den Schuß für seine Person, für seine preussischen Unterthanen und seine

deutschen Landleute verlangt, — daß wir ihm zur Seite stehen werden. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Mordmordes unter uns noch fallen werden, das ist ja sehr wohl möglich, aber Jeder, dem das Geschehen künfte, mag eingebent sein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen seines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete von Kleist-Nehow hat das Wort.

Abgeordneter von Kleist-Nehow: Der Herr Abgeordnete Hänel verlangt von uns Klarheit und rühmt an einigen Rednern des gestrigen Tages im Gegensatz zu den anderen Klarheit. Ich hoffe, er soll von mir diese Klarheit bekommen.

Das Gesetz, welches uns vorliegt, ist nicht ein Tendenzgesetz, nicht ein Parteigesetz, sondern es ist die staatliche Anerkennung dessen, daß es sich nach den gegenwärtig durch die Erfahrung herausgestellten Zielen der Socialdemokratie um Vorbereitungen des Hochverraths handelt, mit der bestimmten Absicht, wenn die Zeit abgewartet und günstig ist, einen Umsturz der staatlichen Verhältnisse herbeizuführen. Das ist der große Unterschied von allen denjenigen auch ungeschriebenen Verkehrsrichtungen, die Herr Hänel uns vorgeführt hat. So lange sie sich auf dem Felde der Theorie bewegen, so lange sie ausgesprochen werden in gelehrten Werken und Kreisen, da kümmert sich die Masse des Volkes nicht darum, da sind sie ohne Gefahr. Wenn man aber anfängt, die lateinische oder gelehrte Sprache in das populäre Deutsch unserer Volksversammlungen zu übersetzen und sie zu verleiten, Gewalt anzuwenden zum Umsturz unserer bestehenden Staatsverhältnisse, dann — das erwidere ich dem Herrn Abgeordneten Hänel, auch wenn seine Partei, die jetzt in der That nicht daran denkt, wenn sie aber auf diesen Standpunkt kommen sollte, dasselbe oder ein ähnliches Gesetz zu empfinden, haben wird. Der Staat ist schon im Absterben begriffen, der nicht mehr die Macht hat, solchen Parteien entgegenzutreten, dann ist er aber freilich auch sicher dem Verderben preisgegeben.

Herr Dr. Hänel hat — und das schmerzt mich dabei — die Persönlichkeit des großen Reformators Luther anzurufen, er hat sich seinen Freund genannt, er hat — ich kann es nicht anders ausdrücken — diesen nach allen Seiten hin wahrhaft grundlegenden und großartigen echt deutschen Mann der Älterung seiner Feinde preisgegeben. Weiß denn Herr Dr. Hänel nicht, daß kein Mann wie Luther gerade die Bedeutung der staatlichen Obrigkeit als einer Gottesordnung anerkannt und zur Geltung gebracht hat? Weiß denn Herr Hänel nicht, daß, wie der Bauernkrieg kam, eine Bewegung, ähnlich in ihrer Art, wie sie jetzt in der Socialdemokratie begreift, Luther ihm auf das Kräftigste und Energischste entgegengetreten ist? Gerade das Schwert will er geltend gemacht wissen gegen solche Bestrebungen, nicht die Waffen des Geistes; von Kezereien ist hier doch nicht die Rede, sondern von anführerischen

Bestrebungen, und denen gegenüber wollen wir ebenfalls das Schwert der Obrigkeit angewendet wissen.

Herr Hänel ist noch weiter gegangen in dem Haupttheil seiner Rede. Wenn er auch nur so viel, wie an meinem kleinen Finger ist, gewußt hätte, welche Kraft des Glaubens Luther gehabt hat, dann würde er wissen, welche Kraft in dem liegt und von ihm darin gefunden wurde, auch schweren Versuchungen zu widerstehen, und würde nicht ganz gegen Luther die menschliche Theilnahme damit verwechseln mit der Schwäche des Urtheils gegen den unbußfertigen Verbrecher. Damit, glaube ich, bin ich klar genug Herrn Hänel gegenüber gewesen.

Das ganze Land, das ganze Reich, meine Herren, ist voll Entsetzen über die Schmach, die über Deutschland dadurch gekommen ist, daß zwei seiner eigenen Söhne schnell hintereinander die fremde Hand gegen das Haupt des geliebten Königs zum Morde erhoben haben, und verlangt, wie selbst Herr Hänel angiebt, zu 60 Procent das Einschreiten des Staates gegen die Socialdemokratie. Meine Herren, weder das Land, noch wir werden uns irre machen lassen durch die Art und Weise, wie die betreffenden Herren gestern zu uns gesprochen haben. Wir wußten das vorher, wir haben es aber aus dem Munde des Herrn Ministers des Innern gestern von Neuem gehört: nicht die unmittelbare Anreizung und Aufforderung zu dem Königsmorde — das hat Niemand von Jeher geglaubt — ist von der Partei ausgegangen; allein die betreffenden Verbrecher haben getrunken von dem Taumelbecher der Socialdemokratie und, davon beranzt, sind sie zu verächtlichen Verbrechen fortgeschritten. Sagen wir da nicht ein Recht zu fragen: wohin sind wir gekommen, wenn nach solchen Thaten vielleicht fünfhundert Glieder des Staates durch die schwersten Majestätsbeleidigungen sich zu jenen Thaten bekennen? Ist es nicht in der That schlimm genug, wenn unmittelbar bei den darauf verordneten Wahlen ungefähr 80,000 Arbeiter der Hauptstadt sich zu den Grundsätzen dieser Partei bekennen? Und endlich, meine Herren, haben wir nicht hier in diesem Hause ein Recht, zu fragen: wohin sind wir gekommen, wenn bei der Gelegenheit, wo der Alterspräsident das Haus aufruft, dem Kaiser unsere Verehrung darzubringen, seinen Schmerz auszusprechen über das Verbrechen, Gott zu danken für seine Bewahrung, seine Freude auszusprechen über seine schnelle Genesung, wenn dann Mitglieder dieser Partei hier in diesem Hause dieser Duldung sich zu entziehen wagen, wenn sie den Fehdehandschuh nicht bloß dem alten geliebten Kaiser, sondern der ganzen staatlichen Rechtsordnung, auf Grund deren sie hier sitzen, als Feinde in's Angesicht schleudern! (Sehr wahr! rechts.)

Nun, meine Herren, was will die Socialdemokratie? Es ist doch üblich, sich darüber klar zu werden. Sie will schließlich als letztes Ziel einen reichen, gleichen Genuß aller; als Mittel dazu eine allen gemeinsame, einheitliche Production, Vertheilung der Erträge derselben nach dem gleichmäßigen Arbeitstage, und deswegen den Arbeitstag als alleinigen Werthmesser aller Dinge; Abschaffung des productiven Privatcapitals, aber auch, wie Herr Nebel gestern

zum ersten Mal bereitwillig zugestanden hat, Abschaffung des Grundeigentums als Erbe und Eigen. Sie machen sehr wohl geltend, daß sie ein Gebrecht und Eigenhum an Mobilien, Aischen, Wäden, Sölen, Westen und dergleichen anerkennen, aber es handelt sich hier nicht um den römisch-rechtlichen Begriff, sondern um den deutsch-rechtlichen Begriff des Erbe und des Eigens; das leugnen sie, das wollen sie abgeschafft wissen. Als notwendige Konsequenz ihres Systems gemeinschaftliches Leben und infolge dessen Zerströrung der Familie, und Aufhebung der dauernden Ein-Ghe. Und wie ist das möglich? nicht anders als durch Zerströrung der jetzigen Staatsverhältnisse, und um dies wieder zu erreichen bei den Massen: Feindschaft gegen den Glauben an einen lebendigen Gott und an ein Gericht nach dem Tode, darum Feindschaft gegen alle Autoritäten, vornehmlich gegen die höchsten Autoritäten, gegen die Träger des ganzen staatlichen Lebens, den Kaiser, die Könige und Fürsten, und bei alledem gleichgültig, ob das edle, gerechte Fürsten sind oder ob es Tyrannen, ob es eine hartberzige, rohe Staatsordnung ist, oder das Gegenteil, ja, die Gerechten und Milde sind ihnen sogar unangenehmer, weil sie schwerer ihnen gegenüber ihre Umsturzpläne durchsetzen können, die sie durchaus herbeiführen müssen nach ihrem System. Darum ist es unrichtig, geehrte Herren, wenn man sagt, das Ziel der Socialdemokraten sei nur der reiche gleiche Genuß, alles andere sei Methode, könne geändert werden; sie haben nur eine Methode und nur einen Weg, auf diesem Wege aber eine Reihe von Stationen; alle diese Stationen sind ebenso ihre Ziele, noch nicht das Endziel, aber das notwendige Vorziel dazu. Es ist eben unrichtig, was andere Gelehrte und ausgezeichnete Leute gesagt haben: außer dem gleichen und reichen Genuß sei die Voraussetzung die einheitliche Production, alles andere sei Nebensache, sei die Empfindung der enfants terribles, die ihnen Noth machten mit diesen Dingen, und um diese einheitliche Production zu glorificiren, mit deutscher Gelehrsamkeit, Gründlichkeit und Unparteilichkeit sogar sich hieran zu begeben, die falschen Begriffe der Socialdemokratie zu corrigiren und dann dahin doch zu kommen: ob eine solche einheitliche gemeinschaftliche Production freilich möglich wäre, das bleibe dahingestellt, das sei eben zweifelhaft. — Da stimme ich dem Herrn Abgeordneten Bamberger bei: eine solche einheitliche Production ist unmöglich, und wenn sie möglich wäre, ist sie nur ausführbar durch gewaltthamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse, und selbst wenn sie erreicht wäre, — weil sie der Natur der menschlichen Dinge widerspricht, so würde Revolution auf Revolution die unmittelbare Folge sein. Das ist eben unzweifelhaft, daß ein solches System nicht bestehen kann mit dem Glauben an einen lebendigen Gott und an ein jüngstes Gericht, und wenn wieder ein Staatsleben nicht möglich ist friedlich, gerecht, geeignet ohne ein christliches Volksleben, liches Staatsleben unmöglich. Lassen Sie mich den Beweis führen, daß sie nach ihrem ganzen System Feinde der christlichen Kirche, ja, jeder Religion sein müssen, und weiter den Beweis, daß sie nach ihrem System die Staatsordnung gewalttham umzu-

stoßen suchen müssen. Es hat uns zwar gestern der Herr Abgeordnete Nebel gesagt, hinweisend auf einen kleinen Artikel, den eine ihrer socialistischen Zeitungen brachte, wahrscheinlich bestellte Arbeit für die gefristete Rede, (Nuf: Oh! — bestellte Arbeit!) — ja, nach meiner Meinung „bestellte Arbeit“, um darauf hinweisen zu können: es sei so schlimm nicht gemeint mit der Feindschaft gegen das Christenthum. — Meine Herren, die Socialdemokraten vergleichen ihr Verhältniß zu dem Christenthum mit dem Verhältniß von Feuer und Wasser; es giebt für den Sachverständigen keine heterogeneren und feindseligere Elemente wie Feuer und Wasser. Erstens: Es ist jene gemeinsame Production nicht die Aufstellung einer Ordnung, einer festen Regel an Stelle der Willkür, des Zufalls, sondern es ist umgekehrt, man setzt menschliche, kurzfristige, zufällige Berechnungen an die Stelle der göttlichen Providenz. Das ist nicht so zufällig, wie man wohl denkt, wie der Verkehr sich gestaltet, Gott gebracht alle andern Verhältnisse, aber zuletzt ist es seine Fürsorge, und die wollen wir doch wahrlich lieber haben als das, was die Genossen des Herrn Abgeordneten Nebel als Ordnung der Production einführen würden. Die Socialdemokraten wollen den Unterschied aufheben zwischen arm und reich, noch mehr, zwischen Glend und Wohlbehinden; ja, meine Herren, dann müssen Sie auch die Gründe dieser Unterschiede aufheben, gut und böse, Reichfertigkeit, Sittenlosigkeit und Aucht und Sitte, Faulheit, Trägheit und Fleiß, und damit, meine Herren, würden Sie die individuelle menschliche Persönlichkeit aufheben, d. h. den Träger jeder Heiligkeit und jeder Sitte. Darum findet bei Ihnen schon vielfach die Glorification von Mord und Selbstmord, darum die Darstellung der Strafe als ein Act der Gnade statt. Wenn die Socialdemokraten die Masse zum Umsturz haben wollen, dann müssen sie ihr Gewissen beschwichtigen und diesen darum nicht anerkennen, daß ein lebendiger Gott und ein Gericht nach dem Tode existirt, darum die Feindschaft gegen den lebendigen Gott; darum behält Herr Nebel Recht mit seiner Ansicht, daß eine Gemeinschaft zwischen Socialismus und Christenthum unmöglich ist.

Zum Schluß noch einen Satz. Die Socialdemokraten wollen ein glückseliges, reiches Leben mit einem Abschluß in dieser Welt erreichen; dann müssen Sie zu dem bekannten Lebensgrundsatz kommen: „Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir todt.“ Das Christenthum sucht als sein Ziel „die Kindschaft Gottes“, darum aber deren Vollendung erst in jenem Leben. Nun, meine Herren, auf theoretische Erörterungen lassen sich die Massen nicht ein, darum hat auch derartige Bücher und Schriften ungefährlich. Die Masse hat auch kein Interesse für den Gedanken, daß das glückliche Staatsleben, welches ihnen die Führer zeigen, erst den Urenteln zu Gute kommen sollte, umsoweniger als ihr Familienfinn zerstört ist. Nein, meine Herren, die Schilderungen dieses glücklichen Staatslebens sind dann da, um die Ohren zu reizen, sofort in dasselbe einzutreten. Sie wollen es selbst noch genießen, dieses Staatsleben. Darum, wie der Herr Abgeordnete Bamberger gestern richtig gesagt hat, mit absoluter Nothwendigkeit der Satz gegen die Bestehenden, und, weil die Staats-

ordnung die Besizenden schätzen muß und schützt, darum ganz notwendig die Absicht, die Staatsordnung selbst zu ändern, welche jenes Ziel hindert! Und wenn die Socialdemokraten nichts Höheres kennen als den menschlichen Willen, weil es für sie einen göttlichen Willen nicht giebt, so steht dieser Wille über dem Gesetz. Es kommt bloß darauf an, daß der menschliche Wille die Macht erlangt, sich durchzusetzen. Und da die Wahl zum Reichstage viel zu langweilig dazu ist und ihnen nicht viele Resultate verspricht, so bleibt ihnen schließlich nichts anderes übrig, als der gewaltsame Umsturz der betreffenden Staatsordnung. Und sie wären feige, wenn sie vor derselben zurückschrecken, da es kein Gottesgericht für sie giebt. Was haben sie denn davon, wenn sie dabei selbst untergehen? Die einzige Unsterblichkeit, die sie kennen, den Ruf als Märtyrer. Sagen werden sie das natürlich nicht, da fürchten sie den Staatsanwalt. Das werden sie erst sagen, wenn sie auf die Strafe kommen. Wenn sie aber das wollen müssen, so müssen sie auch notwendig Gegner des Trägers der Staatsordnung sein, des Kaisers und Königs, und wenn sie eine solche Gesinnung beibringen und die Autorität in den Herzen erkülden, wie natürlich ist es, daß die Verführten untergehend zu Verbrechen schreiten, sei es nur, um sich einen Namen zu machen, die Ehre des Märtyrertums zu haben, durch Photographien gepriesen zu werden. Die Socialdemokraten haben wohl in ihren Klättern gesagt, was ihnen das beste, sie kennen den Grundsatz: der König stirbt nicht, wenn der König heute gelorben sei, komme morgen ein anderer. Wir aber wissen, daß das ganze Geschlecht der Könige ihnen zuwider ist, und dann, verehrte Herren, wenn das Herzblut des Königs fließt, so ist die Staatsordnung als solche in den Mittelpunkt des Herzens getroffen und darum ihrem nächsten Ziel ein wesentlicher Dienst geleistet. Wenn das alles so ist — und das es so ist, stellt sich aus ihren Reden und Schriften überzeugend heraus — wenn das ist, ist das dann etwas anderes als ein Treiben zum Hochverrath? Ist das etwas anderes als eine Schule des Hochverraths für alle Arbeiter? Alle ihre Thätigkeiten in der Presse und in den Versammlungen fallen unter die Vorbereitung des Hochverraths; (Durf: Demniant!) — das hat man endlich zur Genüge als Wahrheit erkannt.

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Ich halte den Ruf, der eben im Saale erschallt ist, „Demniant“ für einen nicht parlamentarischen. Ich muß bitten, derartige Rufe zu unterlassen.

Abgeordneter von Kleist-Neuhof: Ich bleibe also dabei, daß die ganze Socialdemokratie der Weg ist zum Hochverrath, daß sie eine Maulwurfsarbeit übt, eine Untergrabung der Fundamente der Staatsordnung ist — das Wort paßt vortrefflich, das im Gesetze steht, weil sie die Vorarbeit ist für den Umsturz, dieser noch nicht selbst, daß sie eine Schule des Hochverraths für die Arbeiter ist, — daß alle ihre Vereine und ihre ganze Presse diese Tendenz der Verleitung zum Hochverrath haben und darum unter das Strafgesetz als solches fallen. Sind denn die Folgen, sind denn die Dinge, die

sie da treiben, die Gesänge, die sie singen, die Schlachtgesänge, die Marschliedchen der Zukunft, die sie selbst auf der Straße singen, etwa bloß Kinderspiele, sind sie geringere Vorbereitungen, als wenn jemand Särot und Pulver kauft. Sie verlangen etwa Thatsachen, die beweisen und darthun sollen, daß diese Gesinnungen und Vorbereitungen so stark sind, daß sie voraussichtlich auch zum Ausbruch führen? Sind denn die beiden Attentate gegen den Kaiser noch nicht starke Thatsachen genug, um das zu beweisen. Sie stellen ja selbst die Gesamtheit der Genossenschaft allenthalben als eine einheitliche dar. Es ist nichts anderes, meine Herren, als wie der Krieg, ein Angriffskrieg gegen denjenigen Feind, von dem wir gewiß sind, daß er uns angreifen wird, wenn ihm die Zeit günstig scheint, als daß die Macht der Nothwehr gerechtfertigt und geboten ist. Wie wenn man weiß, daß der Feind absolut angreift und nur eine günstige Zeit ansucht, seltenerseits zum Angriff schreitet, so müssen auch die eigenen Bürger, die diesen inneren und daher um so gefährlicheren Krieg fort und fort vorbereiten und nur die Stimmen nach der Beilage wandeln, um der Strafe zu entgehen, die die Zeit abpassen, wo sie ohne Gefahr mit ihrem Schlachtrufe auf die Strafe kommen können, von Seiten des Staats, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, mit allen Mitteln bekämpft werden, die ihm zu Gebote stehen. — Es handelt sich danach um ein Gesetz, in welchem zweierlei gegeben sein muß, einmal eine Instanz, welche auf unparteiliche Weise für das ganze Reich contralirt, den wichtigen zunächst politischen Ausdruck thut, dieser Weise ein, diese Thätigkeit fällt unter den Begriff der Socialdemokratie, welche durch das Gesetz als Vorbereitung zum Hochverrath anerkannt wird, und zweitens, daß durch dieses Gesetz der Staatsregierung die Mittel gegeben werden, ausreichende Mittel, um diesem Treiben mit Nachdruck entgegenzutreten. Was das Letztere betrifft, was ich gleich vorweg nehmen will, so glaube ich, daß, wenn man einmal ein solches Gesetz will, so muß es vor allen Dingen ein wirksames sein und kein halbes, denn nichts ist gefährlicher als halbe Maßregeln zu solchem Zweck. Halbe Maßregeln schlummern ein, sie machen sicher, während unter dem Deckmantel des Gesetzes die Agitation erst recht vor sich geht. Bei der für jenes Urtheil zu schaffenden höchsten Instanz kann nicht der Reichskanzler dazu bezeichnet werden, denn es handelt sich nicht um eine Sache der Execution. Ebenso wenig, wie das schon von allen Seiten anerkannt worden ist, auch nicht ein eigentliches Gericht, denn um Rechtsprechung handelt es sich ebenso wenig, und die Gerichte würden sich obenein dabei auf einem ihnen fremden Gebiet bewegen und selbst den größten Schaden leiden. Es muß eine hochpolitische Instanz sein. Die erwirkt aber, das erkenne ich an, mit dem Ausdruck, den sie thut, die aller tief einschneidendsten privatrechtlichen Folgen. Einerseits ist darum anzuerkennen, daß als politische Instanz keine richtiger erscheint als ein Ausschuss des Bundesraths, andererseits mochte es sich vielleicht empfehlen, zu den schon vorhandenen noch einige Rathen hinzuzufügen, welche diese Natur, daß er gleichzeitig mit dem politischen Ausdruck über privatrechtliche Folgen, über Mein und

Dein, entschieden wird, etwas mehr hervortreten lassen und sichern. Man sagt — Herr Reichensperger hat das vor Allem gesagt — daß wir durch eine Abänderung der betreffenden Gesetze, des Strafrechts, des Vereinsrechts und der Pressgesetzgebung helfen können. Sie Alle wissen, welche Mühe und Noth die Abänderung einiger Paragraphen des Strafrechts gekostet hat, gerade in dieser Rücksicht. Meinen Sie wirklich, daß so schnell, wie in der That ein derartiges Gesetz hier jetzt nothwendig ist, eine Uebereinstimmung über das erzielt werden würde, was verändert werden soll und wie es verändert werden soll? Es wäre möglich, daß man nachher mit derartigen Anträgen kommt. Jetzt in dem Augenblick sind wir in einem Nothzustand, so daß unmittelbare Maßregeln erfolgen müssen. Mit jenem Vorhaben kommt man in der That zu spät. Allein noch zwei Gesichtspunkte sprechen dagegen. Der eine ist, daß ein solches Strafrecht immer nur einen einzelnen kleinen Act der gesammten Agitation trifft. Meine Herren, zunächst wenn die Strafe eintritt, ist die eigentliche Wirkung der Agitation schon erfolgt; aber noch mehr, gegen das ungeheure Gebiet der Agitation ist dieser einzelne Act ganz verschwindend, ist eine Kleinigkeit, hat keine Bedeutung, hat nur die Bedeutung eines Arecasserie, wirkt als Reizmittel wie eine Opiumeinspritzung, es wirkt geradezu als Unterflügelung der Agitation. Das, meine Herren, sind die Gründe, weshalb ich glaube, daß man besser thut, ein solches Gesetz anzunehmen, als auf die Veränderung des gesammten gesetzlichen Zustandes einzugehen.

Eine Frage wurde noch aufgeworfen, nämlich die: ob es richtig sei, das Gesetz dauernd zu geben oder richtiger, dasselbe auf eine gewisse Zeit, etwa sechs Jahre, zu beschränken. Meine Herren, das Aufkommen derartigen Ideen hat die Staatsregierung selbst verschuldet, weil sie dieselben bei dem vorigen Entwurf angeregt hat. Der Grund, den die verbündeten Regierungen damals aber hatten, ist doch, das erkennt Jeder an, ein nicht zutreffender. So viel hat wenigstens das zweite Attentat, so viel haben die fünf-hundert Majestätsbeleidigungs-Proceffe dargezethan, daß die socialdemokratische Bewegung nicht in drei Jahren, oder sechs Jahren, oder wie lange es sein mag, beseitigt sein wird. Es wäre der größte Irrthum, wenn sich dieser Ueberzeugung irgend Jemand hingeben würde. Nun verkennen Sie nicht, wenn Sie die Bedeutung der Sache anerkennen, daß man das Eisen schmieden muß, so lange es warm ist. Jetzt hat jeder unmittelbar Kenntniß des Nothstands. Nach drei oder sechs Jahren, wenn die starke Hand der Staatsregierung durch dies Gesetz auf der Genossenschaft liegt, wird dieses Bewußtsein verschwunden sein, es wird viel schwerer sein, wenn auch ebenso nothwendig, dann eine Verlängerung zu erreichen.

Nun will ich noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Wir sind uns schuldig, die volle Wahrheit zu sagen. Ich verabscheue alle derartigen Rautele für die Beschränkung der Gesetze auf eine gewisse Zeit. Die Bewilligung, deren Nothwendigkeit die Regierung zunächst empfindet, ruft leicht das Geltendmachen von Nebenrücksichten in den Parlamenten hervor, die das richtige Verhältnis-

zwischen den betreffenden Regierungen und den Parlamenten verwickeln. Es bemächtigt sich dann so leicht die Vertreibung jener Noth der Regierung und verlangt für die Gewährung der Verlängerung andere Dinge, die gar nicht damit zusammenhängen. Es ist das eine schwere Schädigung unseres besonnenen, ruhigen Zusammenlebens, und schon deshalb würde ich dagegen sein.

Man hat wohl gesagt, daß ein solches Gesetz keine Wirkung haben würde. Ja, der Herr Abgeordnete Bebel hat ausgeführt, uns gewissermaßen verhöhrend, es wäre schon jetzt geradezu unmöglich, daß ein solches Gesetz zur Ausführung kommen könnte. Nun, um so gewisser ist, daß, wenn das richtig wäre, so schnell als möglich noch der energische Versuch der Durchführung gemacht werden muß. Andererseits ist es völlig irrig zu behaupten, daß durch Erlass des Gesetzes die Gefahr der Verheimlichung um so größer wäre. Das ist der große Freibrief, welchen die Genossenschaft jetzt hat, das ist die verlockendste Anreizung für die Bethelligten, ist das Gesetz, das sie straflos läßt. Handelt es sich bei der Thätigkeit der Socialdemokratie, wie ich glaube, es nachgewiesen zu haben, um eine Vorbereitung zum Hochverrath, dann muß der Staat ohne alle sonstige Rücksicht die Macht haben, dem entgegenzutreten. Thut er es nicht, so zeugt das von einer Schwäche des Staats, in der Weise, daß sie geradezu auffordert, daß alle feindsichen Elemente gegen ihn ankünnen. Verehrte Herren, ich komme noch zu einem entscheidenden und ersten Punkte. Fast alle, die hier gesprochen haben, haben geltend gemacht, auch die Staatsregierung hat damit angefangen; für sich allein hilft auch ein solches Gesetz unzweifelhaft gar nichts gegen die Socialdemokratie, vielmehr würde es Schaden bringen. Die Socialdemokratie ist nach der einen Seite, nach ihrem Ursprunge in der That eine geistige Richtung. Soweit paßt das Wort Luthers, was von Herrn Hänel angeführt wurde, in der That darauf, daß sie sich mit dem Schwerte nicht niederschlagen lasse. Das Schwert hilft nur, so weit es sich um ihre agitatorischen Lebensäußerungen im Staate handelt. Diese Ausschreitungen zurückzudrängen, — das bedeutete das Wort, wie ich annehmen darf, des Abgeordneten von Hellsdorf, — hat das Gesetz volle Kraft. Es kann wesentlich verhindern, daß Agitationen, die ihr einmal ergeben sind, nicht geradezu abgeschlossen werden von anderen staatlichen oder kirchlichen Lebensäußerungen. Es ist die Socialdemokratie auf der einen Seite eine Ueberspannung von Schäden, die wirklich vorhanden sind, und auf der anderen Seite der Versuch einer überspannten Reaction ebenso gegen wirklich vorhandene Schäden. Sonst wäre der große Zulauf bei ihren Utopien und ihren Ungeheuerlichkeiten undenkbar. Ihre Reaction, wenn auch gleich nur mit Verlehrtheiten verbunden, hatte doch, weil sie gefährdet war, einen gewissen Erfolg, so bei der Einstellung der Sonntagruhe, und es bleibt immer schwer, selbst ein solches Mittel der Einwirkung gegen Schäden zu entbehren. Um so nachdrücklicher muß die Staatsregierung nunmehr vor selbst die Wege gehen, die zur Abhilfe der Schäden führen. Es sagte schon Jemand, ich glaube, es war Herr Hänel, mit Recht, daß unsere materialistisch gesinnten Besitzenden nach einem solchen Gesetz

sehr leicht wieder frei aufathmen würden, die jetzt Furcht vor der Socialdemokratie hegen, daß sie ihre Hände in den Schooß legen, und ihr genussreiches Leben ohne alles Gewissensbedenken weiter fortsetzen würden. Nun, meine Herren, die äußeren Verhältnisse, die in unserem gegenwärtigen Staatsleben wesentlich mitgewirkt haben, die Socialdemokratie zu fördern, sind in der That, wie das schon sonst öfter, namentlich auch vom Abgeordneten Richter gesagt worden ist, die Milliarden, das sind die Gründungen, die damit so schnell steigenden Arbeitslöhne und dann umgekehrt der plötzliche gewaltige Rückschlag. Das zu ändern steht nicht in unserer Macht, und stand nach den bestehenden geschlichen Zuständen nicht in unserer Macht. Es giebt aber eine Reihe innerer Beziehungen des Staatslebens, die in der That schwere Schäden aufweisen. Wenn ich für ein solches Gesetz stimmen soll, hatte ich mich für verpflichtet, darauf näher einzugehen und alle Anstrengung zu ihrer Besserung zu verlangen. Es kommt mir nicht in den Sinn, irgend Jemand, einer Partei als solcher die Schuld allein aufzuwälzen; mein Standpunkt ist, wie Sie sehen werden, ein viel allgemeinerer. Ich möchte nicht bloß auf die Schäden hinweisen, sondern es ist mein wirklicher, herrlicher Zweck, anzuregen alle miteinander, alle Kräfte des Staats soweit, wie derartige Schäden erkannt werden, zu einem Zusammenwirken für ihre Abhilfe. Eine geistige Richtung, die über das ganze Volk ausgegossen ist, wie die Socialdemokratie, ist der Niederschlag der geistigen, religiös-sittlichen Atmosphäre des ganzen Volks, ganz in ähnlicher Weise, wie bei gewissen natürlichen atmosphärischen Niederschlägen sich Millionen kleiner Thiere zeigen, die die Wälder und Früchte ganzer Felder zerstören. Die Socialdemokratie ist so alt wie das Wort: „Lasset uns zerreißen ihre Bände und von uns werfen ihre Seile“, aber, meine Herren, ebenso alt sind die Hülfsmittel, die von Gott in den Ordnungen des Staats und der Kirche, in dem Gebrauche des Gesetzes und seiner Verheißungen den Völkern gegeben sind. Sie haben in sich die Lebenskräfte gegen diese und alle anderen Uebel, aber freilich unter der Bedingung, in der Absicht, dabei gemeinschaftlich in gegenseitiger Unterstützung Hand in Hand gehend zu wirken. Der Herr Abgeordnete Reichensperger hat gestern mit vollem Recht gesagt, ich will es weiter ausführen, die Menschen sind wirklich dadurch gleich, daß sie die Gottähnlichkeit an sich tragen, einen Hauch des Geistes Gottes empfangen haben. Diese Gleichheit muß da zum Ausdruck kommen, wo der wesentliche Theil ihres Lebens liegt. Rauben Sie nun dem Volk das jenseitige Leben, Behinderung der Socialdemokratie unumwiderleglich und unumwiderstlich, daß auch in diesem Leben nicht bloß ein gleiches Recht für alle, sondern Sie wollen, Sie werden nicht dahin kommen, eine solche geistige Richtung zu unterdrücken, wenn das Jenseits dem Volk genommen ausge stellt wird, auf denselben stützen sie ihr Recht, sie fühlen sich enterbt, so lautet der Ausdruck, wenn der Schulschein nicht realisiert werden kann.

Nun, meine Herren, es ist heute auch schon auf der andern Seite gesagt worden, daß die gebildeten Classen, die Besitzenden — es ist das gerade auch von Herrn Hänel mit meiner vollen Anerkennung gesagt worden — daß die gegenwärtig in Materialismus und Unglauben versunken sind. Unser gegenwärtiges politisches Leben bringt es mit sich, und es ist das ein Vortheil unseres politischen Lebens, daß die verschiedenen Kreise, die Besitzenden und die Nichtbesitzenden, die Gebildeten und die Nichtgebildeten in viel größerer Gemeinschaft mit einander bringt, wie je zuvor. Wie nun die Sonne mit ihren Strahlen zunächst die Berggipfel erleuchtet und dann in das Thal erwärmend niedersinkt, wie die Flüsse auf den Bergen entspringen und die Thäler bewässern, so kommen umgekehrt auch gewaltsame Wasserfluthen herunter von den Höhen in die Thäler und um so schneller, gewaltiger und zerstörender, wenn die Ufer nicht ausgebaut und die Abhänge von den Wäldern gelichtet sind. Darum, meine Herren, ist die erste Forderung an die ganze deutsche Nation, daß die Besitzenden und die gebildeten Classen sich es wieder bewußt werden, mehr bewußt als es jetzt der Fall ist, daß Alles, was sie haben an Bildung und Besitz, sie als ein anvertrautes Gut zu verwalten haben, daß das Bewußtsein lebendig unter ihnen wird, Reiche und Arme sind nebeneinander vor Gott gestellt, daß sie alle aufeinander angewiesen sind, der Reiche auf den Armen und der Arme auf den Reichen. (Bravo!) Das ist das Bedürfnis der Gesetzgebung vor allen Dingen, daß sie diesen Gesichtspunkt bei keinem Gesetz aus den Augen verliere, aber auch gleichzeitig die Pflicht des Staates ist, daß er der zur Verbeisführung der Erkenntnis dieser Pflicht noch wirksameren Kirche das volle freie Feld für ihre Thätigkeit an Besitzende und Nichtbesitzende gewährt. Und, meine Herren, wie stehen dazu unsere speciellen geschlichen Zustände? Woran tritt hier der auch schon von anderer Seite erwähnte Kulturkampf. Das Wort ist im preussischen Abgeordnetenhaus erkunden worden, es zeigt die ganze Verkehrtheit der Richtung; es sollte sein ein Kampf für die Kultur und mußte werden ein Kampf gegen die Kultur. Man vergaß dabei, was doch schon die heidnischen Römer wußten, daß Eulus und Kultur eine und dieselbe Wurzel haben; colere animum, colere deos, man überaß dabei, daß die heiligen Bücher, welche den Juden und uns gemeinsam sind im alten Testament, diese gemeinsame Wurzel nachweisen in dem gewaltigen Wort: die Furcht Gottes ist der Weltshel aller, auch der irdischen Weisheit Anfang, und verkannte unsere Liebe, Iheme, tief sinnige deutsche Sprache, welche in dem Wort „gottlos“ ausdrückt, daß die Lösung von Gott gleichgültig ist die Lösung von der Sitte des menschlichen Lebens. Die Lösung von Gott verhindert die Gottähnlichkeit in uns, und die allein macht uns zum Menschen. Es bleibt gerade das am Menschen, was nicht menschlich ist, das Bestialische, welches auch in ihm ist; dies kommt in ihm zur vorwiegenden Geltung; darum fordert man von uns, im Namen der Bildung uns den Glauben octroyiren zu lassen und dabei noch stolz und frühlich zu sein, daß wir von einer Bestie, dem Affen, abstammen. — Meine Herren, durch Jahrhunderte haben Staat und Kirche gemeinschaftlich

baran gearbeitet, alle Menschen von ihrer Geburt gemeinsam zu schütten, zu leiten. Bei der Taufe, die bürgerliche Nennung des Namens, die gemeinsame Schule, nach der Confirmation das Eintreten in's bürgerliche Leben, die gemeinschaftliche Ehe. Wenn dieser enge und innige Zusammenhang nun plötzlich zerrissen wird, wie ist es anders möglich, als daß das Volk, was ja den beiden Umbrungen zugleich angehört, aus tausend Wunden bluten muß?! Und so blutet unser Volk infolge dieses entsetzlichen Civillandsgesetzes aus tausend Wunden! Es ist ja so erklärlich für Jeden, daß diejenige Autorität besonders tief in den Herzen Wurzel schlägt, welche eine geistliche ist, und nun haben wir in den letzten Jahren eine wirklich völlig ungerechte, wahrhaft widerliche und heillose Geringschätzung des geistlichen Standes gesehen, und damit alle Autorität auf's Tiefste untergraben. Was ist von alledem die fürchtbare Folge gewesen? Es hat ein unparteiischer Mann gesagt: Anobis litigantibus tertius gaudet: das ist die Socialdemokratie; ich sage, die Socialdemokratie hat die vollen Wagen der reichsten Ernte unter Jubel- und Triumphgesängen in ihre Scheuern gefahren! (Sehr gut!) Sie haben den Einzelnen frei gemacht von den Fesseln des Feudalismus, mit Recht; aber, meine Herren, es sind nicht bloß die Fesseln gelöst, sondern es sind auch die Bande der Autorität, der Pietät, der Zucht gelöst worden. Ich sprach vorhin von der Kirche; auch gegen die Obrigkeit, gegen die Meister z. B. von Seiten der Gesellen und Lehrlinge, gegen die Herrschaft von Seiten des Gesindes. Selbst die Zucht in der Schule ist gefährdet. Der Einzelne ist auf sich selbst gestellt, infolge des allgemeinen Wahrrechts, erst des geborenen, dann des umgeworbenen, aber das ich absichtlich hier nicht absprede, nur die Folgen davon will ich berühren, ist er zu einem schwindelnd sich die notwendige Folge war, daß dieses Hohelichtsgefühl sich aber sprudelte und überschäumte. Aber gleichzeitig kam er zu dem Bewußtsein — weil der Staat die Schranken festzustellen vergaß gegen die anderen ebenfalls für frei erklärten, ja privilegierten Elemente des Staatslebens, gegen die viel mächtigeren, härteren, eigenschädlichen und socialer Beziehung; er sah sich wie ein König in Israhel, wozu er doch ein Recht zu haben meinte, mit aller Unzulässigkeit, dem Glauben an das Recht der Gewalttätigkeit für seine Ansprüche. Das ausgleichende Mittelglied zwischen reich und arm und die Klust zwischen arm und reich dadurch unausfüllbar. Statt und der Möglichkeit der Verleihung von Rechten der Selbstverwaltung, wurde als das einzige Mittel den Arbeitern das Coallitionsrecht, ich halte es für notwendig; aber das vorgegenwartigen wir uns doch heute, es ist ein gewalttätiges Mittel, ein Kriegsmittel, kein Friedensmittel; es ist ein Mittel, sich gegenseitig zu belagern, sich gegenseitig auszuhungern, und wer hungert sich

aus? Die Besizenden und die Besizlosen! Wer muß da noch wenig den Vortheil ziehen? Der Besizende gegen den Besizlosen. Es ist vielfach eine schwere Schädigung des Rechtsbewußtseins vorgekommen, daß der kleine Dieb geknigt wurde und infolge der Gründungen der große nur mit dem Ärmel das Zuchthaus streifte. (Bravo! rechts.)

Lassen Sie mich noch eins hinzufügen, verehrte Herren! Ich bringe es vor und muß es vorbringen, weil es in dem ganzen Volk eine der allergrößten Beschwerden ist und das Volk kaum irgend ein Vergehen mehr verachtet, wie das des Ausschlagens der Noth des armen von dem reichen Nachbar bei Gelegenheit des Darlehnsgefuchs. Ich weiß es ja sehr wohl, daß wir das Wechselrecht haben; ich weiß die Schwierigkeiten, die Sache anzufassen, ich meine aber doch, daß bei gutem Willen — und wir müssen uns alle dazu verbinden — es möglich sein wird, in der Richtung durch das Strafrecht nach freiem richterlichem Ermessen über das Vorhandensein der Ausbeutung der Noth Hilfe zu schaffen gegen diese wirklich fürchtbare Salamiat im ganzen Lande, wo noch hinterher der Staat dem Wampyr seinen starken Arm leiht, um das Blut seinem Opfer auszulaugen. (Sehr richtig! Bravo!) Ebenso die Antragsvergehen aber das leidige Recht des Meiden, sich loszukaufen, wo der Arme sitzen muß. Bei alledem die Verheerung des Landes durch unzählige Schankstätten; wie nach einem warmen Morgenregen die giftigen Pilze aufwachsen, so wachsen im Lande, Tag für Tag könnte man fast sagen, die Schankstätten auf. Nun ist es ja eine häßliche Neigung, eine Eigenthümlichkeit unseres deutschen Volks: von jeher ist es zum Trinken geneigt gewesen. (Seitertext.)

Anstatt daß nun der Staat das Volk durch seine Beschäftigung und seine Institutionen heraushebt, so kommt die Staatsgesetzgebung diesem Laster befördernd entgegen. Dazu die Volsportage und das Ausstellen von obgednen Schriften und obgednen Bildern, die kisternen Länze und kisternen Gelänge unter dem Vorwande der Volksbildung in den Angelangeln. Hier ist es nun gerade umgekehrt: der Deutsche wird durch das Gesez zu einem Laster verführt, das ihm nach seiner früheren Natur fremd war. Unsere guten, alten, soliden, häuslichen, stillen deutschen Bürger werden aus ihren Häusern herausgerissen und zum Wirtschaftshausleben, zum ehrebrecherischen Wirtschaftshausleben verführt. Wir haben ein humanistisches Strafrecht gerade in Bezug auf die Beziehungen gegen die Obrigkeit und gegen die Ordnung des Staats, und nicht als notwendige, aber doch als sehr natürliche Folge davon — man kann sie nicht verurtheilen deswegen —: eine ebenso humanistische Rechtvergebung der Richter. Unter Colleague Dr. Laster hat einmal mit Recht gesprochen, die Richter sollten es sich umgekehrt zu Mube machen, daß das Strafrecht großen Spielraum lasse, es wären die geringsten Strafmaße nur für die gering qualifizierten Vergehen zu erlassen. Wenn aber einmal eine solche Atmosphäre der Humanität beim Gesetzgeber sich geltend macht, wie bei der Verathung des Strafrechts, eine so humanistische Richtung, so wirkt dasselbe unwillkürlich weiter und ist sehr natürlich auch in die Richterkreise hineingedrungen. Für alle Vergehen —

ich will aus Vorsicht diese Meinung hier zunächst allein als die meine hinstellen, aber ich halte mich für verpflichtet, sie einmal in's Volk und in den Reichstag hinein zu werfen — nur eine Strafart mit Ausnahme der Geldstrafe, die ja auch für die Armen nicht vorhanden sind, — nämlich die Einschließung — gerade so, als ob der Arzt für alle Krankheiten nur ein Mittel, eine Medicin hätte. Auch bei den geringfügigsten, leichtfertigsten Unbustreichen und ungeteilt bei Erwachsenen bei dem ehrsüchtigsten bestialischsten Vergehen der Bosheit und Sittenlosigkeit keine, für solche Fälle vorzüglich und allein richtige körperliche Züchtigung. (Bravo! rechts.) Ja, die Engländer machen es anders, die wissen was Freiheit ist, aber sie sind keine solche Theoretiker wie wir Deutsche.

Nun, meine Herren, daneben noch ein Wort, das ich um der Wahrheit willen aussprechen muß: einer der schwersten Schäden der letzten Jahre ist, daß wir auch für die todeswürdigsten Verbrechen seit 10 Jahren keine Vollziehung der Todesstrafe gehabt haben, das hat den fürchterlichen Ernst, welchen die staatliche Ordnung, die sittliche Ordnung des Staats in Anspruch nimmt, im Bewußtsein des ganzen Volks tief geschädigt, es hat darum die Bedeutung, das Gewicht aller Strafe abgeschwächt. (Sehr richtig!)

In Folge aller dieser Dinge: eine entsetzliche Zunahme der Verbrecher — es wäre ja frappant, dies hier vorzulesen, indessen die Zeit drängt — eine Zunahme, die unglaublich, erschreckend ist; die Gefängnisse reichen nicht aus, fragen Sie bei den Landesdirectoren, sie wissen nicht, wo sie die zur Nachhaft Verurtheilten unterbringen sollen; dabei die Kosten für die Justizpflege vom armen aber arbeitssamen Manne unerschwinglich, ist mehr ein Zeichen dafür, daß unser Volk auf dem Wege zum Verderben ist, als diese Zunahme der Verbrecher? Ich möchte einmal sehen, wer mich verhindern sollte, mich, der ich die Pflicht dazu habe, auch bei dieser Gelegenheit dem Volke in seinen Vertretern diese fürchterlichen Schäden, diesen Weg zum Verderben, auf welchem wir uns befinden, anzudeuten zu legen.

Die volle deutsche Nationalität erfordert auf der einen Seite volle Anerkennung, aber gleichzeitig auch die Heiligung alles wahrhaft Menschlichen, eine völlige Durchdringung der Nationalität und Kirche. Das ist gerade von unserem großen deutschen Reformator Luther gefordert worden und zur Geltung gebracht, alles wahrhaft Menschliche anzuerkennen, aber auch gleichzeitig alles Menschliche zu heiligen. (Ruf: Zur Sache!) Deswegen kann ein deutsches Volk keine Befriedigung haben an einer Nationalität, welche nicht eine Durchdringung seiner Nationalität vom Christenthum ist, auch, meine Herren, nicht an dem Kaiserreich und an dem einzigen Deutschland, wenn es bloß die Herstellung des früheren deutschen Reichs ist und nicht eine Erneuerung des christlichen Reichs deutscher Nation. Das ist die tiefste Tragödie, welche dem Freund des Volks durch's Herz schneidet, daß bei den wunderbaren großen Wohlthaten und Gnaden Gottes in den letzten Jahrzehnten doch so wenig allgemeine Zufriedenheit, so wenig allgemeine Dankbarkeit, so wenig williges Opfer der ganzen Persönlichkeit für das öffentliche Leben

bei uns stattfindet. (Zur Sache!) Ist irgendwo — (Rufe: Zur Sache!) — Wenn Sie noch eine Minute warten, bin ich zu Ende, nur noch einen Satz! — Ist irgendwo im deutschen Volke dies Verhältniß des Christenthums zu seiner Nationalität, des christlichen Volkslebens gestört, abgeschwächt, — dann sollen sich alle, die guten Willens sind, dahin verbinden zu thun, was in ihren Kräften steht, um wieder ein allgemeines lebendiges christliches deutsches Volksleben herzustellen und zu fördern. (Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Braße hat das Wort. — Der Herr Abgeordnete Bebel hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Bebel: Herr Präsident! Sie haben vorhin, als von einer Seite des Hauses der Ruf gegen den Abgeordneten von Kleist-Nejow laut wurde: „Denunciants!“, den betreffenden Juristen zur Ordnung verwiesen. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, aber ich glaube, ich kann mit demselben Rechte verlangen, daß dann auch der Abgeordnete von Kleist-Nejow zur Ordnung verwiesen werde, der diesen Juris sich dadurch zugezogen, daß er hier mit allem Nachdruck erklärte, unsere Partei betreibe die Vorbereitung zum Hochverrat, uns also eines Verbrechens beschuldigte, das nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit bis zu drei Jahren Zuchthaus oder Festung bestraft wird.

Weiter ist von Seiten des Herrn Reichskanzlers vorhin mit Bezug auf den Abgeordneten Frihsche der Ausdruck gefallen, derselbe habe mich angelogen. Es konnte nach der von mir geleitet hier gemachten Mittheilung keinem Zweifel unterliegen, daß Herr Frihsche mein Gewährsmann war, und ich finde es auffallend — und kann es nur dadurch erklären, daß der Herr Präsident es vielleicht überhört hat —, daß der Herr Reichskanzler nicht zur Ordnung gerufen wurde. (Hoi und Lärm rechts.) Meine Herren, ich glaube, die Geschäftsordnung gilt für alle in diesem Hause, die hier das Wort ergreifen, einorlei ob sie am Bundesrathstische sitzen oder Mitglieder des Hauses sind. (Rufe: Nein! Hoi rechts.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Abgeordneter Bebel: Jedonfalls würde ich, wenn darüber ein Streit entstehen sollte, eine Entscheidung der Geschäftsordnungscommission provociren.

Der Herr Reichskanzler hat dann am Schluß seiner Rede noch weiter in sehr erregtem Ton und zwar mit directer Bezugnahme und unter deutlicher Nennung unserer Partei erklärt, daß er und die zu ihm Stehenden durch eine Gesellschaft von Wandliten bedroht seien, und da wir die Vertreter der so von ihm gebrauchten bedrohten Partei sind, so hat er offenbar und zweifellos uns mit zu diesen Wandliten gerechnet. (Verschiedene Rufe rechts.) — Die Zeichen und Rufe von da draußen heftigen meine Auffassung, und die Herren standen sehr nahe dem Reichskanzler, haben ihn also genau gehört und verstanden. Es war auch dies eine Aeußerung, die nach meiner Auffassung nach der Geschäftsordnung einen allerstrengsten Ordnungsruf verdiente. Wir, meine Herren, sind entschlossen, gegen uns die weiteste Redefreiheit gelten zu lassen, und

Sie werden zugeben, daß der Redner, der vorher gesprochen hat, in dieser Beziehung gegen uns einen sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht hat; aber wir verlangen dann, daß auch andererseits wir das gleiche Recht haben. Gleiches Recht für Alle, ist hier in diesem Punkt wie in allen anderen unsere Parole.

Präsident: Ich werde dem Herrn Redner beweisen, daß gleiches Recht gegen Alle von mir geübt wird, und erwidere daher mit aller Ruhe gegen alle Angriffe, die er soeben gegen meine Geschäftsführung erhoben hat. Dabei stelle ich von vornherein fest, daß ich in der Handhabung der Geschäftsordnung bis auf einen einzigen Punkt, wo die Entscheidung des ganzen Hauses über meiner Geschäftshandhabung steht, souverän bin. (Sehr richtig!) Die Geschäftsordnungscommission steht nicht über dem Präsidenten des Hauses, und von der Entscheidung des Präsidenten giebt es keine Appellation an die Geschäftsordnungscommission.

Netzt zur Sache. Ich erkenne an, daß der vorige Redner, der Herr Abgeordnete von Meist-Nehow, außerordentlich scharf gesprochen hat, so gesprochen hat, wie ich es bei keiner anderen Discussion hier im Hause ungerügt hätte passieren lassen. Herr von Meist-Nehow hat allerdings angeführt, daß die Socialdemokratie — im Laufe seiner Rede, im Eifer der Rede, wie ich genau bemerkt habe, hat derselbe sogar von den Herren hier im Hause gesprochen — daß die Socialdemokratie in ihren Agitationen Handlungen begehe, welche den Character einer Vorbereitung zum Hochverrath an sich tragen. Bei keiner anderen Gesetzesberatung hätte ich eine solche Ausführung hingehen lassen, aber, meine Herren, hier, bei der Verathung eines Gesetzes, welches gerade die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie zum Gegenstand hat, und zur Substanzirung eines votums für die Annahme dieses Gesetzeswurfs konnte ich den Redner, meiner Ueberzeugung nach, nicht hindern, auch diese Ausführung als eine sachliche zu machen, sobald er nur Thatsachen für seine Behauptung anführte, sobald er sie motivirte. (Sehr richtig!) Ich habe die Ausführung als eine sachliche betrachtet, auf welche die Herren antworten können, natürlich ebenfalls sachlich, aber in aller Freiheit der Rede, und hatte ich mir bereits vorgenommen, unmittelbar nach der Rede des Herrn von Meist-Nehow Ihnen — (zu den socialdemokratischen Abgeordneten gewendet) — das Wort zur Vertheidigung zu geben. Ich constatire in dieser Beziehung, daß ich das Wort bereits dem Herrn Abgeordneten Bracke ertheilt hatte, als Herr Bebel sich meldete, und ich burkte erwarten, daß Herr Bebel seinem Parteigenossen, dem Herrn Abgeordneten Bracke, überlassen würde, in sachlicher Auseinandersetzung die seiner Ueberzeugung nach vorliegende Unbegreiflichkeit der Anklage, welche erhoben wurde, auszuführen. (Sehr richtig!)

Was sodann den Vorwurf anlangt, der meiner Handhabung der Geschäftsordnung gegenüber dem Herrn Reichskanzler gemacht worden ist, so habe ich an verschiedenen Stellen kundgegeben, daß ich es für ein Recht des Präsidenten erachte, die Würde des Hauses und seiner Sitzungen gegen Jedermann zu wahren. Aber es lag

sachlich kein Grund zum Einschreiten vor. Ich habe in Voraussicht dessen, was kommen würde, den stenographischen Bericht über die Rede des Herrn Reichskanzlers eingezogen und hier vor mir liegen: die betreffenden Worte lauten:

— das sind mir ganz unbekannte Namen. Ebenso muß ich zu meiner Schande eingestehen, daß ich nicht weiß, wer Frißsche ist, — während hier gesagt wird, daß Frißsche über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet habe. Ja, das hat wieder Einer Herrn Bebel vorgelesen, ich weiß nicht wer, vielleicht Frißsche selbst, ich weiß nicht, wer Frißsche ist.

— Auf aus dem Hause! Abgeordnete!

Dann bitte ich sehr um Verzeihung, dann ist es nicht möglich, ein Abgeordneter kann ja so etwas nicht thun. Ich möchte doch Herrn Frißsche bitten, Zeugniß abzulegen, ob er jemals einen Bericht an mich geschrieben hat.

Meine Herren, wenn dem Herrn Abgeordneten Frißsche hier im Hause eine Lüge vorgeworfen wäre, so würde ich dies gerügt haben. Wissentlich hat der Herr Reichskanzler dem Herrn Abgeordneten Frißsche eine Lüge nicht vorgeworfen, der Herr Reichskanzler kannte Herrn Frißsche nicht, und so wie ihm bemerkt gemacht wurde, daß Herr Frißsche Abgeordneter ist, nahm er sofort die gegen die unbekannte Person des Herrn Frißsche gerichtete Unterstellung zurück, und damit war mein Einschreiten, meiner Meinung nach, erledigt. (Sehr richtig!)

Was den Vorwurf „Vanditen“ anlangt, so habe ich nichts Anderes verstanden, als daß der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, er wolle Sühn gegen Vanditen, der Monarch und das Volk sollten gegen Vanditen geschickt sein, und gegen diesen Ausdruck habe ich keine Correctur. (Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Bracke hat das Wort.

Abgeordneter Bracke: Meine Herren, die Debatte hat einen etwas leidenschaftlichen Character angenommen, aber ich werde mich bemühen, mit größter Ruhe und Objectivität die gegen uns gemachte Vorlage zu beleuchten. Ich gehe dazu über, diejenigen Punkte zu präsen, welche den Schein eines Rechts der Begründung für dieselbe gewähren könnten, welche in dieser Richtung wenigstens gegen uns angeführt worden sind.

Da sind, meine Herren, zunächst die Attentate, die in mehr oder weniger directe Beziehung zu unserer Parteientwicklung gebracht sind. Der Herr Vertreter des Bundesraths, Graf Eulenburg, hat gestern allerdings ausdrücklich gesagt, daß die Socialdemokratie keineswegs direct für die Attentate verantwortlich gemacht werden würde und daß sie auch nicht direct verantwortlich gemacht werden könne; aber er hat gesagt, es seien die Lehren der Socialdemokratie sehr wohl geeignet gewesen, in einem verwilteten Gemüth, wie das des Nobiling es war, zu solchen Thaten anzuregen. Nun, meine Herren, dann steht doch eins fest: wenn das wirklich der Fall, so ist, damit die Lehre der Socialdemokratie eine solche Wirkung hervorbringe, auf der anderen Seite erforderlich das

Vorhandensein eines vollkommen verwilderten Gemüths, und ich meine, daß dasjenige, was bei einem verwilderten Menschen von irgend einer Stelle aus bewirkt werden kann, der Eindruck, der da gemacht werden kann, nicht entscheidend ist für den Werth oder Unwerth dieser Stelle, der Ursache, von der die Wirkung ausgeht. Wäre das der Fall, dann müßte man ja auch die Wissenschaft dafür verantwortlich machen, daß unklare Köpfe die Resultate derselben in der Weise auslegen, daß sie sich z. B. bemühen, was nach dem Befehl von der Erhaltung der Kraft unmöglich ist, ein perpetuum mobile zu construiren. Aber Niemandem wird es einfallen, meine Herren, die Wissenschaft für solche Verirrungen unklarer Köpfe verantwortlich zu machen, und ich glaube, ganz analog ist es auch unmöglich, wenn wirklich die socialdemokratischen Lehren geeignet wären, in einem verwilderten Gemüth verartige Wirkungen hervorzubringen, sie nun dafür verantwortlich zu machen.

Ich glaube aber auch, meine Herren, daß die Lehren der Socialdemokratie nicht im Entferntesten geeignet sind, zu verartigen Handlungen anzuregen; im Gegentheil, diese Lehren sind gerade geeignet, von allen diesen Handlungen zurückzuhalten. Wir betrachten die Entwicklung der Dinge als einen naturgeschichtlichen Proceß, wir betrachten die Personen, die da auf die Bühne treten, als Producte dieses naturgeschichtlichen Proceßes, und wir können nun doch unmöglich der Meinung sein, daß wir den naturgeschichtlichen Proceß selbst ändern könnten, wenn wir die Erscheinungen desselben, die Personen, anseinden oder beseitigen. Meine Herren, wenn wir das glaubten, dann müßten wir größere Kinder sein als derjenige, der den Thermometer zum Fenster hinauswarf, weil er sich über die Kälte ärgerte, die ihm der Thermometer anzeigte.

Meine Herren, es hat Herr von Bennigsen sehr richtig am 23. Mai 1878 darauf hingewiesen, daß die großen Formen der wirtschaftlichen Production, wie er es nennt, im Laufe der Geschichte gewechselt haben, daß sie in Bewegung begriffen sind, daß diese Bewegung wirtschaftlich und wissenschaftlich behandelt werden muß, und daß darüber die Meinung getheilt sein kann, welches nun die zweckmäßigsten Einrichtungen auf diesem Gebiete wären. Herr von Bennigsen hat damit nichts Anderes ausgesprochen, als das, was die Socialdemokraten und gerade derjenige Mann, der die heute in Deutschland herrschende Richtung hervorgerufen hat, Carl Marx, in allen seinen Worten niedergelegt hat, und was in allen socialdemokratischen Reden und Versäuren wie ein rother Faden sich wiederfindet. Es ist das in dem Vorwort zu dem „Capital“ von Marx auf Seite 6 in folgenden Worten kurz zusammengefaßt:

Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort: die Gestalten von Capitalist und Grundeigenthümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personification öconomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Classenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der öconomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschicht-

lichen Proceß auffaßt, den Einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er social bleibt, so sehr er sich auch subjectiv über sie erheben mag.

Diese Erkenntniß, daß der Einzelne ein Product der Verhältnisse ist, beherrscht unsere ganze Anschauung und macht es von vornherein unmöglich — und da werde ich mich gegen die letzten Worte des Herrn Reichskanzlers — daß, es möge provocirt werden, so viel da wolle, jemals ein socialdemokratischer Arm, bewaffnet mit der Nobiling'schen Schrotflinte oder mit dem nihilistischen Messer, sich erheben könnte gegen irgend einen Mann, um dadurch Einfluß auf die Institutionen zu gewinnen! Meine Herren, solche Handlung ist Unsinn, ist lächerlich, und wenn Sie in der socialistischen Literatur, wenn Sie in dem Wesen der socialdemokratischen Bewegung verwandert wären, würden Sie Alle wissen, daß wir an solchen lächerlichen Dingen keinen Geschmack finden, und daß wir deutschen Socialdemokraten gerade diejenigen sind, die das Schwergewicht gelegt haben auf das, worauf es ankommt, nämlich auf die Gesetzgebung, auf die Entwicklung der Dinge mit Hilfe der Wahlen, auf das freie Wort, auf die Aufklärung der Gesellschaft. Das ist der Schwerpunkt, meine Herren, und nimmermehr wird es gelingen, so sehr auch vielleicht in anderen Ländern erachtete Köpfe der Meinung sein mögen, damit irgend etwas zu erreichen, — nimmermehr wird es gelingen, die Institutionen zu ändern durch den politischen Mord! Aber, meine Herren, es wurde hier gesagt, der Dr. Nobiling habe in einem mit ihm angestellten Verhör, dessen Verfahrensweise ich nicht kenne und über welches ich denn auch nicht reden will, wobei ich mir aber doch den Zweifel erlaube, ob der Herr Nobiling das selbst gesagt hat, — also ich meine, Nobiling soll gesagt haben, er habe socialdemokratische Versammlungen besucht und Gefallen an den dort vorgetragenen Gedanken gefunden. Meine Herren, es erinnert mich das unwillkürlich an den Gefallen, den der Bundesrath selbst, die höchste deutsche Behörde, an einer socialdemokratischen Handlung, nämlich an dem im Jahre 1877 eingebrachten Gewerbegesetzentwurf der Socialdemokraten, gefunden und den der Vertreter des Bundesraths hier öffentlich documentirt hat. Jedenfalls steht darum nicht fest, daß der Bundesrath socialistisch geworden, socialdemokratische Anschauungen gewonnen, sich auf socialdemokratisches Gebiet begeben habe, und der Herr Nobiling hat es ebensowenig gelhan. In jedem Fall ist er zu seiner Handlung in den socialdemokratischen Versammlungen, denen er beigewohnt hat, nicht angezogen, nicht angeregt worden.

Wenn man es aber untersuchen will, wie es denn vielleicht möglich geworden ist, das Gemüth des Nobiling so zu verwildern, daß er zu seinem Schwurkreuz fähig war, — ja, meine Herren, da könnte man denn doch ganz andere Antworten geben. Es sind ihm vielleicht die alten Gebichte des Herrn Braß in die Hände gefallen, in denen der Herr Braß den Tyrannenmord predigt, wo er singt:

Wir färben echt, wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut.

Ja, meine Herren, das liegt doch viel näher, daß so etwas auf einen Menschen wie Nobiling einwirken konnte. Oder es ist vielleicht so ein Aufruf in seine Hände gefallen, wie sie im Jahre 1848 zu Duxenben, zu Hunderten, und zwar, meine Herren, von den jetzigen Liberalen ausgegeben worden sind; hier liegt mir einer vor, wo direct gesagt wird:

Die volksfeindlichen Abtrünnige, die es wagen, gegen die Frankfurter Beschlüsse anzukämpfen, sind Rebellen, der Finger Gottes wird sie zerschneiden und die Kraft des Volkes wird sie zu Boden schmettern;

es wird dann aufgefordert, Waffen zu beschaffen und nach Berlin zu gehen, um das auszuführen. Oder, meine Herren, es ist dem Dr. Nobiling vielleicht ein Gedicht, das im Jahre 1848 in jetzt liberalen Kreisen umging, in die Hände gefallen, das so lautet:

So lange ist die Welt voll Harn,
Und immerfort bedrängt,
Bis an des letzten Pfaffen Darm
Der letzte König hängt.

Vielleicht ist dem Dr. Nobiling auch eine Nummer der „Mainzer Zeitung“ von 1849 in die Hände gefallen, in welcher Nummer das damals von einem Menschen, Namens Schneider, auf den jetzigen Kaiser, den damaligen Prinzen von Preußen, verübte Attentat bei Mainz in der gloriossten Weise verherrlicht worden ist; diese „Mainzer Zeitung“ war zu jener Zeit wahrscheinlich noch in sehr engem Zusammenhange mit einem gewissen Bamberger; 1848 hatte der Herr diese Zeitung redigirt, in dem Augenblick jenes Attentats bestehende Staatsgewalt, und ich weiß nicht, ob er in jenem Augenblick noch an der Redaction theilhaftig war. Es ist nun aber wohl zu beachten, ich will das gleich hier anführen, daß dieser Schneider damals freigesprochen wurde von den bürgerlichen Geschwornen, nicht von Socialdemokraten, nicht von Arbeitern, nein, von den bürgerlichen Geschwornen, und daß er von seiner Stadt quasi zur Demonstration in den Gemeinderath gewählt worden ist, sowie daß die erste Verhandlung, die stattfinden sollte vor dem Geschwornengericht, deshalb vertagt werden mußte, weil ein Geschwornener auf dem Wege zu jenem Gericht geänstert hatte: „den müssen wir verurtheilen, weil er nicht getroffen hat.“ Nun, meine Herren, das sind doch alle Dinge, wenn die dem Dr. Nobiling in die Hände gefallen sind, ehe er sein Attentat verübte, die ihn möglicherweise dem Wege zu jenem Gericht geänstert hätte, aber die Socialdemokratie ist dabei ganz unschuldig. Vielleicht ist dem Dr. Nobiling auch der eine oder andere Artikel in die Hände gefallen, der während des Culturkampfes geschrieben ist, und zwar von denjenigen, die den als das non plus ultra ihrer Gattung dem Reichstag doch nicht vorenthalten kann, in die Hände bekommen. Hier ist der Lahrer hintende Note von 1876; das Exemplar, das ich heisse, ist bezeichnet mit der Nr. 420,026, Sie erkennen daran die colossale Verbreitung

dieses liberalen Kalenders; da heißt es, indem vom Culturkampfe die Rede ist:

Unter der Anführung der Feldmarschälle, Generale und Hauptleute „Stolz“, „Eigendünkel“, „Anmaßung“ und „Frechheit“, und voran die Trommler und Kompeter „Schwindel“ und „Lüge“, rückt ein gewaltiges Heer von „Heuchelei“, „Fanatismus“, „Aberglaube“, „Borntheit“, „Aldhinn“ und „Schurkerei“ mit Kreuz und Fahnen gegen eine Festung, deren Befagung „Gefeh“, „Vaterlandsliebe“, „Recht“ und „Ehre“ bilden. Die Belagerer führen ausgezeichnete Fluggeschütze mit sich, natürlich Hinterlader, und aus ihren Bannstrahlbatterien übersättigen sie die Festung mit Fluggranaten, Sirtenbriefbomben und Verleumdungsraketen.

So geht das eine lange Reihe fort. — Aus derselben Periode ist mir ein Gedicht von einem nationalliberalen Hoffhornsteinfeger in die Hände gefallen, das in einer in der Wölle gefärbten liberalen Zeitung Aufnahme gefunden, dessen einer Vers so lautet:

Mit Gott wird bald die Menschheit ja
Ja's böse Spiel sich mengen
Und alle Pfaffen fern und nah
Gewürgen und erhängen.

Nun, meine Herren, das sind alles Dinge, mit denen doch die Socialdemokratie nichts zu thun hat, und wenn das nun ein verwirrtes Gemüth, wie Nobiling war, in die Hände bekommt, dann mag es wohl zu solchen extravagantesten politischen Verirrtheiten, Herr Reichstangler, hingeführt werden, aber nimmermehr durch die Socialdemokratie, nimmermehr durch das, was wir als sogenannte Agitatoren dem Arbeiterstande verkünden als sein Heil, daß er theilnehme an den Wahlen, daß er seine Abgeordneten hinführe in die Communevertretungen, in die Landtage, in den Reichstag! Meine Herren, der Herr Graf Eulenburg hat bei dieser Gelegenheit auf die Haltung der socialdemokratischen Presse hingewiesen und er hat zunächst als sehr bedenklich angeführt, daß in dieser Presse gesagt sei, es müsse die Gesellschaft verantwortllich gemacht werden für derartige Handlungen. Nun wohl, meine Herren, es ist eine weit verbreitete und wohlbegündete wissenschaftliche Ueberszeugung, daß bei solchen Dingen die Gesellschaft im Ganzen und Großen schuld ist, daß der Einzelne, ein Product seiner Zeit, mit anderen Massen gemessen werden müsse, wenn man die Frage in Betracht zieht, wie er zu seinem Verbrechen gekommen ist, und allerdings scheint mir in dem Falle des Hddel, in dem diese Bemerkung in den socialdemokratischen Blättern gemacht wurde, jener Vorwurf an die Gesellschaft voll und ganz begründet. Hddel war ein Lump, ein verirrtes Subject, aber — und das sind die einzigen menschlichen Worte, die er jemals von sich selbst gesagt hat — kurz vor seiner Sterbestunde entquollen ihm dem Geistlichen gegenüber die Worte: „Hätte ich eine andere Erziehung genossen, so wäre wohl ein besserer Mensch aus mir geworden.“ Nun, meine Herren, wo hat denn der Hddel seine Erziehung genossen? In einer preussischen Armeeschule und in

einer preussischen Besserungsanstalt, und als er zu den Socialdemokraten gekommen ist, da sind die socialdemokratischen Lehren allerdings nicht mehr im Stande gewesen, aus diesem verkommenen Lumpen einen ordentlichen Menschen zu machen; (große Seiterleid) aber, meine Herren, in den socialdemokratischen Versammlungen hat Hddel so viel gelernt, daß er zum Bewußtsein der Ursache seiner Lumpenhaftigkeit und Schande durchgedungen ist; er hat seine Erziehung als das Entscheidende für seine Schlechtigkeit erkannt, und für diese Erziehung ist die Gesellschaft verantwortlich.

Meine Herren, es hat ferner der Herr Graf Eulenburg bei Besprechung der Haltung der socialdemokratischen Presse auf die Attentate in Rußland hingewiesen, und der Herr Fürst Reichskanzler hat gerade diesen Gegenstand zu jenem Ausfall benutzt, den schon eben mein Freund Webel zu rügen Gelegenheit genommen hat. Es hat also in der socialdemokratischen Presse die Bemerkung gestanden: „Nun, was blieb ihnen denn anders übrig“, wenigstens nach den Worten des Herrn Grafen Eulenburg; ich will die Wichtigkeit derselben nicht bezweifeln. Meine Herren, die ganze Tendenz jener Artikel in der socialdemokratischen Presse ist nicht die, welche ihr fälschlich untergeschoben wird, sondern eine ganz andere. In der socialdemokratischen Presse suchte man die eigentliche Ursache dieser Attentate in Rußland zu ermitteln, man suchte sie zu erklären und fand sie in den schauerhaften öffentlichen Zuständen in Rußland. Meine Herren, es ist denn doch auch eine eigenthümliche Erfahrung, daß die Nihilisten in Rußland, — mit denen wir nichts gemein haben, die sich von der deutschen socialdemokratischen Bewegung, die mit ihr keine Gemeinschaft hat, wie ich hier behaupten kann, ganz außerordentlich unterscheiden, — daß die Nihilisten Unterstützung gefunden haben in den höchsten Kreisen der russischen Gesellschaft. Wer waren die Richter der Wera Sassulitsch? Die höchsten russischen Beamten und die angesehensten Leute der russischen Gesellschaft. Wer war das Auditorium, das zu jenem freisprechenden Urtheil Weiskall jauchzte? Es waren Gebildete aus den höchsten Kreisen der russischen Gesellschaft! Meine Herren, die ganze russische Presse hat Rußland zur Freisprechung der Wera Sassulitsch beglückwünscht, sie als ein Ereigniß gekennzeichnet, mit dem vielleicht eine Wandlung zum Besseren eintreten würde. Anstatt nun die Ausführungen der socialdemokratischen Presse, die an sich, glaube ich, vollkommen berechtigt sind, dazu dienen zu lassen, sich die Frage vorzulegen, wie man solche Attentate verhinert, und dieselbe dann dahin zu beantworten, daß es nicht möglich ist, auf dem Wege nach russischen Zuständen und unter der Herrschaft von russischen Zuständen, — statt dessen kommt man mit dem Aufhänge solcher Dinge, mit dem Ausnahmegezet, und, meine Herren, ich glaube, daß, wenn jemals etwas verberblich war, dieses Ausnahmegezet verberblich wirken mußte. In allen Ländern giebt es Leute, die verwirrt sind, die Herren, die letzten Monate haben doch auch in Deutschland Menschen geschaffen, die vollständig gebrochen haben mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Denken Sie an jene Arbeiter, die entlassen

wurden wegen Betheiligung an socialdemokratischen Wahlagitacionen, oder auch entlassen wurden wegen Betheiligung an fortschrittlichen oder katholischen Wahlagitacionen, und die da von den Fabrikanten fortgeschickt sind mit einem Abgangszeugniß, auf das sie keine Arbeit bekommen bei irgend einem anderen Arbeitgeber, der in einem Arbeitgeberverbande ist. Die Leute sind, weil sie für ihre Ueberzeugung eintreten, aus der menschlichen Gesellschaft, so weit die Macht jener liberalen Fabrikantenvereinigungen reicht, hinausgeworfen, und ich kenne Leute, die schon seit sehr langer Zeit keine Arbeit haben bekommen können. Es sind dies Former, die auf große Gesehireien angewiesen sind. Nun, meine Herren, das sind Menschen, bei denen schließlich die Verzweiflung einmal durchgehen kann mit ihrem Verstande; und wenn man nun solche Dinge, wie Ausnahmegeetze, noch dazu bringt, dann allerdings könnte es möglich sein, daß die Kraft der Erziehung, welche die Socialdemokratie auf die Arbeiter ausgeübt hat, nicht mehr hinreicht, daß der Einfluß, wie soll ich sagen, die Gewalt, welche wir über die Arbeitermassen haben, dann nicht mehr hinreicht, um das Hervortreten einzelner solcher, zur Verzweiflung getriebener Wirrköpfe mit verberberischen Handlungen gegen einzelne Menschen zu verhindern; und deshalb, meine Herren, so ist der Sinn der Ausführungen in der socialdemokratischen Presse, deshalb sollte man den Schluß ziehen, daß man der Arbeiterbewegung Freiheit schaffen, daß man nicht hinübergehen darf zu russischen Zuständen, wo ja selbst unter Herrschaft des ärgsten Despotismus solche Dinge nicht konnten verhindert werden; man sollte den Schluß ziehen, daß man auch das Ausnahmegezet als eine Stappe auf dem verberberlichen Wege zu betrachten und abzulehnen hat.

Es ist ferner hingewiesen worden auf die socialdemokratische Presse im Auslande, und es ist da vor allen Dingen aufmerksam gemacht auf eine Erklärung der Juraföderation, welche die Attentate von Hddel und Nobiling als revolutionäre Acte gebilligt hat. Nun, meine Herren, die Juraföderation gehört zu den Anarchisten. Nun hat zwar Graf Eulenburg gesagt, daß die Anarchisten und die deutsche Socialdemokratie in feindlichem Gegensatz stehen, aber er hat doch wieder hinzugefügt, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen ihnen walte, und daß dieses Zusammenhanges wegen jene Erklärung auch ein Symptom sei, die socialdemokratische Bewegung in Deutschland zu beurtheilen. Nun, meine Herren, gerade die deutsche socialdemokratische Bewegung steht in einem so feindlichen, so schroffen Gegensatz gegen die Manier, gegen die Tactik, gegen die Art und Weise des Vorgehens der Anarchisten, daß der Gegensatz gar nicht schroffer sein kann, und ich glaube, wenn hier von einem Zusammenhänge die Rede ist, dann kann nicht jener Zusammenhang gemeint sein, der sich aus der gleichen Tendenz ergibt, für eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen zu sorgen, sondern es kann nur der Zusammenhang gemeint sein, der sich auf die Wahl der Mittel bezieht.

Gerade darin beruht aber unser Gegensatz zu den Anarchisten, welche, geführt von Wadunin, wie schon Webel ausgeführt hat, die

Enthaltung von allen politischen Kämpfen proclamirt haben, welche in Italien einmal einen bewaffneten Spaziergang gemacht haben, über den der deutsche „Vorwärts“ sich furchtbar lustig gemacht hat; sie sind es auch, welche solchen Attentaten ihre Billigung geben, da sie noch nicht eingesehen haben, daß derartige Dinge der socialdemokratischen Entwicklung, der arbeiterfreundlichen Bewegung nie und nimmer einen Vorstoß zu leisten im Stande sind, weil sie nicht erkannt haben, daß sie auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen müssen, weil sie sich noch in dem Wahne wiegen, in der Enthaltung von allem politischen Leben, in der vollständigen Anarchie das Heil für die Arbeiter finden zu können.

Es wurde auch die Bemerkung gemacht, daß bei dem Gegensatz der deutschen Socialdemokratie und den Anarchisten zu berücksichtigen sei, daß in solchen Fällen die extreme Richtung die Oberhand gewinnt. Es ist aber gerade das Gegentheil der Fall. Wir Deutschen haben mit den Erfolgen der Tactik, die wir eingeschlagen haben, errungen, daß wir eine große Menge von jenen Arbeitern, die auf dem anarchischen Standpunkt standen, zu unserer mehr reformatorischen Richtung herüberzogen. Hier ist es nicht so, wie der Herr Minister von Eulenburg meinte, die extremere Richtung hat nicht den Sieg davon getragen, es ist umgekehrt, und ich bin überzeugt, daß die „extreme“ Richtung unter den Arbeitern, daß diese Richtung der Anarchisten und Nihilisten nicht siegen wird.

Ich komme zu dem Resultat, daß den Anschauungen des Herrn Ministers von Eulenburg direct entgegengesetzt ist, daß die Lehren der Socialdemokratie nicht verantwortlich sind für die Attentate, und daß sich nichts erweisen läßt, woraus geschlossen werden könnte, daß die Socialdemokraten irgendwie die Attentate gebilligt; daß sie mit den Attentaten in irgendwelchem auch nur leisen, indirecten Zusammenhang ständen. Wenn irgend jemand von solchen Dingen betroffen wird, so ist das gerade die radicalste, die am weitesten vorgeschrittene Richtung, und wir haben denjenigen, der die Hand erhebt gegen wen immer, als den ärgsten Feind der Bewegung betrachtet und zu betrachten.

Man hat das Ausnahmegesetz zu rechtfertigen gesucht aus dem Inhalt der socialistischen Bewegung; man hat gesagt, wir bedrohen den Staat und die Gesellschaft. Nun, meine Herren, es ist doch nicht zu leugnen, daß die bestehenden Zustände von allen Parteien bedroht werden, denn alle Parteien wollen an den bestehenden Zuständen ändern, und was bei Andern erlaubt ist, das die Bedrohung des Staats! Wir haben gestern vom Herrn Abgeordneten Bamberger gehört, daß die Ausschließlichkeit unserer Bestrebungen gerade darin beruht, daß wir alles vom Staat erwarten, — und da sollen wir den Staat bedrohen? Das verstehe, wer kann! Was wir glauben, das ist das, daß der heutige Staat eine Umwandlung allmählich in der Weise erfahren wird, daß die Einrichtungen mehr und mehr volksthümlich, demokratisch werden. Und da, meine Herren, möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir in diesem Streben auch Mitschuldige haben, die — und das will ich hier

ausgesprochen wissen — auch mit gehangen werden sollen mit jenem Ausnahmegesetz.

Dann sagt man, wir bedrohen die Gesellschaft. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, was der Herr Abgeordnete von Bennigsen am 23. Mai dieses Jahres bei der Verlesung des Doppelgesetzes gesagt hat. Er machte darauf aufmerksam, daß, und das ist auch die Anschauung der Socialdemokraten, die bürgerliche Gesellschaft, die öconomischen Verhältnisse kein fester Crystall sind, der so bleibt, wie er ist, sondern ein der Umwandlung fähiger und fortwährend in Umwandlung begriffener Organismus. Und, meine Herren, das größte Verdienst von Dr. Marx, das ihm doch auch in verschiedenen gegnerischen Zeitungen eingeräumt worden ist von Männern der Wissenschaft, ist: das Bewegungsgesetz der capitalistischen Productionsweise, der heutigen Gesellschaft, festgestellt zu haben. Meine Herren, wie denkt sich Marx die Entwicklung der Dinge, was ist sein Urtheil über diese Bewegung der Gesellschaft? Er sagt, auf dem Standpunkte, den wir heute einnehmen in unseren bürgerlichen, in unseren öconomischen Verhältnissen, auf diesem Standpunkte herrscht das große Capital mit unüberwindlicher Gewalt; das kleine Capital wird von demselben verschlungen, und es vollzieht sich eine Veränderung unserer Besitzverhältnisse in der Weise, daß eine Concentration des Capitals in immer weniger Händen und in immer colossaleren Massen, in immer größeren Reichthümern, Platz greift. Da kommt, so sagen wir Socialdemokraten, bei dieser Entwicklung der Dinge ein Punkt, wo das ganze Volk begreift, daß dieser Privatbesitz weniger Millionen und Abermillionen dem Ganzen gemeinschaftlich ist, und in jenem Augenblicke wird das Volk ein Gesetz machen, das dahin geht, jenen Privatbesitz der Einzelnen überzuführen in den Gesamtbesitz, in den Collectivbesitz. Wir sehen aber voraus, meine Herren, daß, ehe etwas Derartiges geschehen kann, die Concentration der Capitalien, wie das naturgemäß notwendig ist, — denn in keinem Lande vermag man eine Stufe der Entwicklung in öconomischen, wie in anderen Dingen willkürlich zu überspringen, — daß also die Concentration der Capitalien auf den Becken, wo die Expropriation zu Gunsten der Gesamtheit vorgenommen werden soll, derartig vorgeschritten sein muß, daß der Privatbesitz in Weniger Händen als gemeinschaftlich erkannt sei, so daß es im Vortheile der Gesamtheit des Volks erscheint, aus diesem Privatbesitze einen Collectivbesitz zu machen. Damit aber proclamiren wir nicht etwa etwas Neues. Was war es denn anders, als die Fendalrechte aufgehoben wurden, als eine Expropriation der Fendalherren zu Gunsten der Bauern? Was ist es anders, wenn heute zum Eisenbahnbau der Privatbesitz Einzelnen genommen wird, als eine Expropriation des Privatbesitzes zu Gunsten der Gesamtheit? Meine Herren, es ist ja auch in den höchsten Regierungskreisen die Absicht, einige derartige Dinge demnächst vorzunehmen; es ist die Absicht, den Privatbesitz an den Eisenbahnen zu expropriiren, allerdings gegen Entschädigung. Das würden wir Socialdemokraten auch thun. Man will also den Privatbesitz expropriiren, um aus den Eisenbahnen einen Collectivbesitz zu machen. Ebenso ist das Tabakmonopol in

Aussicht. Dabei muß ich als Socialdemokrat aber folgendes Bekenntniß ablegen: wir sind allerdings der Meinung, daß das Eisenbahnproject verwirklicht werden könnte und sollte unter den heutigen Verhältnissen, wären nicht gewisse politische und wirtschaftliche Dinge, die uns verhindern, dem zuzustimmen, Dinge ganz zwingender Natur, — daß also auch unter den heutigen Verhältnissen die Bedingungen gegeben sein könnten, in denen die Ueberführung der Eisenbahnen in den Gesamtbesitz des Reichs als im Gemeinwohl gelegen erscheinen möchte; aber, meine Herren, was ich mit Entschiedenheit bestreite, ist, daß die notwendige Entwicklung, die nöthige Concentration der Capitalien vorgegangen sei auf dem Gebiete der Tabakindustrie, und wir würden es deshalb keineswegs als einen Schritt nach vorwärts, sondern als einen Schritt nach rückwärts, als das Wiederaufleben eines Stücks Mittelalter betrachten, wenn die heutige capitalistische Produktionsweise auf einem Gebiet, wo sie sich noch nicht hinreichend entwickelt hat, überführt werden sollte in den Collectivbetrieb.

Nun muß ich mich doch aber wundern, wie unsere Tendenz — ich will so sagen — wie unsere socialistische Anschauung, die Anschauung eben, daß auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Privatbesitz übergeführt werden soll in den Collectivbesitz, hier als verbrecherlich hingestellt werden kann in demselben Augenblick, wo der Herr Fürst Reichskanzler mit ganz ähnlichen Dingen umgeht. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gestern ja gerade auf das Socialistische der Bewegung das Hauptgewicht gelegt und in einer früheren Rede selbst gesagt, jenes Eisenbahnproject sei ein socialistisches, obgleich wir Socialdemokraten keine Freunde dieses Projectes sind.

Man hat im Anschluß an diese unsere Anschauung uns auch den Vorwurf gemacht, daß wir das Eigenthum bedrohen, und, meine Herren, wir Socialdemokraten haben darüber nie ein Fehl gemacht, daß in einer Periode, wo die Produktionsmittel im Besitz der Gesammtheit sind, allerdings das heutige bürgerliche Eigenthumsrecht beseitigt und ein anderes Eigenthumsrecht an dessen Stelle getreten sein würde. Meine Herren, aber solche Wandlungen der Dinge ist selbst Herr von Bennigsen vollständig aufgeklärt, und wenn Sie sehen, wie im Laufe der historischen Entwicklung das Feudalrecht zu Grunde gegangen ist, wie das Recht der Sklavenhaltung zu Grunde gegangen ist, so werden Sie einsehen müssen, daß auf der heutigen Stufe der Entwicklung kein Stillstand denkbar ist, und nur die Frage wäre aufzuwerfen, ob die Socialdemokraten recht haben, indem sie proclamiren, die Entwicklung vollzieht sich in der und der Richtung. Aber, meine Herren, betrachten Sie einen Augenblick das Eigenthumsrecht, das die Socialdemokraten, nicht heute, nicht morgen, aber sobald die Entwicklung der capitalistischen Produktionsweise auf den einzelnen Gebieten so weit vorgeschritten ist, an die Stelle des heutigen Eigenthumsrechtes setzen möchten, das socialistische oder bürgerliche Eigenthumsrecht beruht im Wesentlichen auf dem Eigenthum an fremder Arbeit. Wenn es nicht möglich wäre, aus der Beschäftigung von Lohnarbeitern einen Capitalgewinn heraus-

zuschlagen, so würde das heutige Capital nimmermehr Lohnarbeiter beschäftigen, es ist das der einzige Impuls für das Capital, das zu thun. Daß das heute vollkommen in der Ordnung ist, darüber läuschen wir uns nicht; wie gesagt, kein Land vermag eine naturgemäße Entwicklungsstufe zu überspringen. Aber, meine Herren, dem Eigenthumsrecht an fremder Arbeit, das noch ganz besonders illustrirt wird durch die Erscheinungen des Börsenschwindels u. s. w., diesem Eigenthumsrecht steht gegenüber das nach unserm Begriffen einzig vernünftige und gerechte Eigenthumsrecht der Arbeiter, das Eigenthumsrecht an dem Ertrag der eigenen Arbeit. Meine Herren, in einem Zustande der Dinge, wo die Produktionsmittel allgemeines Gut, wo sie im Collectivbesitz wären, würde dieses höhere, gerechtere Eigenthumsrecht eingeführt sein. Es würde kein Capital im heutigen Sinne mehr existiren — der Herr Abgeordnete Hänel hat ja heute sehr richtig auf die Tendenz des arbeitslosen Reichthums hingewiesen — es würde kein Capital mehr geben, das, wie dies heute der Fall, ohne daß einer wirklich arbeitet, einen Ertrag abzuwerfen vermöchte; wer genießen will, würde arbeiten müssen, aber er würde auch genießen können und würde, abgesehen von dem, was zur Bestreitung der allgemeinen Ausgaben für nothwendig erachtet wird, das, was er durch seine Arbeit schafft, auch erhalten.

Wenn der Herr Reichskanzler uns aufgefordert hat, den Zustand der Dinge, den wir im Auge haben, nun einmal concret darzulegen, so kann das sehr leicht geschehen, so weit es überhaupt möglich ist, indem man auf die Collectivbetriebe hinweist, die heute schon existiren. I. B. die Post ist ein von Grund aus socialistisches, unserer Anschauungen vollkommen entsprechendes Institut. Meine Herren, wir sind nun der Meinung, daß das Gleiche, was auf diesem Gebiet der Arbeit schon geschehen ist, sich allmählich auch in anderen Gebieten vollziehen wird, und wir haben nur die Ausfertigung zu machen an der heutigen Organisation der Post, daß dabei die Verwaltung ganz allein von oben geregelt wird, während wir als Demokraten eine Regelung der Dinge und Verhältnisse von unten auf weit mehr vorziehen, (Heiterkeit) und daß, meine Herren, jenen Unterbeamten der Post in Folge der Wirkung der heutigen Lohnverhältnisse auch nicht mehr zu Gute kommt, als ihnen als freien Arbeitern zu Gute kommen würde. Das sind die Unterschiede. Im Uebrigen ist die heutige Einrichtung des Postbetriebs ganz genau dasselbe, was die Socialisten sich in Zukunft denken von den Einrichtungen des Betriebs auf anderen Gebieten.

Es hat nun der Herr Abgeordnete Bamberger einen Ausspruch gethan, der dahin geht, daß die Socialdemokraten der Anschauung seien, es könnten nun solche Dinge durch die Befehgebung hervorgerufen werden. Nein, meine Herren, das glauben wir Socialdemokraten nicht; es geschieht alles nur, wie der Herr Bamberger ganz richtig gesagt hat, in dem Rahmen der Entwicklung, der in den Dingen liegenden öconomischen Entwicklung. Aber, meine Herren, wir sind ja gerade der Meinung, daß diese Entwicklung der Dinge so und nicht anders sich vollzieht. Es könnte höchstens die Frage sein, ob wir in dieser Meinung recht oder unrecht haben;

aber jedenfalls wird doch auch Herr Bamberger, der einen so scharfen Verstand hat, einräumen, daß die Gesetzgebung sich anpassen muß den Erscheinungen auf dem ökonomischen Gebiet einer bestimmten Periode, daß die Gesetzgebung der adäquate Ausdruck der Entwicklungsperiode sein muß. Nun, meine Herren, der Herr Abgeordnete Bamberger hat bei der Gelegenheit hinzugefügt, er glaube nicht an ein Zustandekommen der socialdemokratischen Probleme; aber er hat sie doch für gefährlich erklärt. Ich verstehe das nicht, denn, wenn man an ein Zustandekommen dieser Probleme aus der Natur der Dinge heraus nicht glaubt, dann sind sie alle vollkommen ungefährlich. (Seiterkeit.) Herr Bamberger hat ja ganz recht, daß mit Hilfe der Gesetzgebung nicht solche Einrichtungen der Gesellschaft aufgeschropt werden können, daß sie sich vollziehen müssen aus dem Schooße der Gesellschaft heraus. Merkwürdigerweise begegnet sich da Herr Bamberger mit der „Kreuzzeitung.“ Die „Kreuzzeitung“ hat vor ganz Kurzem einmal den Ausspruch gethan, daß der Liberalismus „von Laster bis Liebsknecht“ — sagt sie — zu Grunde gehen werde an seinen eigenen Werten. Trotzdem hält die „Kreuzzeitung“ den Liberalismus für gefährlich, was ich ebenso wenig begreife, wie das Argument des Herrn Abgeordneten Bamberger.

Meine Herren, es sind bei der Gelegenheit — und ich möchte fast sagen leider, denn ich hatte doch nicht erwartet, daß es geschehen würde — es sind bei der Gelegenheit auch Aeußerungen gemacht über das von den Socialdemokraten notwendigerweise vorzunehmende periodische Theilen. Da, meine Herren, möchte ich wirklich nicht meine subjective Meinung äußern. Erlauben Sie mir, Ihnen einige Zeilen vorzulesen von dem, was der Professor Schäffle, (Unruhe) der zeitweilige österreichische Minister, der sich sehr genau mit dem Socialismus beschäftigt hat, und dessen kleines Büchlehen „die Quintessenz des Socialismus“, obchon wir darin angegriffen werden, sich zur Instruction außerordentlich empfiehlt — ich möchte Ihnen sagen, was Herr Schäffle darüber anspricht:

Ersichtlich ist das ganze Programm etwas völlig anderes als periodisches „Theilen“ der Privatbesitzer. Es bedeutet Collectivbesitz der Mittel einer thatsächlich fest schon collectiven Arbeit, directen Vorwegbezug des Unterhaltsbedarfs der öffentlichen Anstalten aus dem Ertrage der Collectivarbeit an Stelle der Steuern, Vertheilung alles übrigen Genusmitteltrages unter die einzelnen Producenten nach Maßgabe ihrer Arbeit zu privatem Einkommen und zu privatem Eigenthum! Man hülte sich daher wohl, den Socialismus als das System des periodischen Theilens privater Besitzthümer aufzufassen. Das ist Windmühlentkampf u. s. w.

Dann, meine Herren, hat man sich gewandt gegen die Art und Weise der socialdemokratischen Agitation und aus der heraus die Gründe für das Ausnahmegesetz herzuleiten gesucht. Der Herr Abgeordnete Dr. Hänel hat hierauf schon in mancher Beziehung antreffende Antwort gegeben. Indessen erlaube ich mir doch noch

einige Andeutungen zu machen über dieselben, wie mir fast scheint, entscheidenden Punkt.

Es wird da zunächst gesagt, daß wir die religiösen und sittlichen Grundlagen der Gesellschaft in Frage stellen, bedrohen. Ueber die Bedrohung der religiösen Grundlagen hat Herr Abgeordneter Hänel das Nöthigste gesagt, ich will mich beschränken auf die Bedrohung der sittlichen Grundlagen.

Meine Herren, da möchte ich denn doch Eins anführen. Wir Socialdemokraten legen den Schwerpunkt auf das allgemeine Interesse. Wir sagen: in der heutigen Welt, wo der vollständige, der nackte, kalte Egoismus herrscht, da werden die Arbeiter nimmer die Ansprüche erfüllt sehen, die sie glauben machen zu können; wir sagen ihnen, ihr könnt das nur auf dem Gebiet des gemeinsamen Wohls; wir setzen an die Stelle des nackten Egoismus neben der Erhaltung eines berechtigten Egoismus das gemeinsame Interesse und weisen darauf hin. Damit, meine Herren, heben wir die sittliche Grundlage des Arbeiterstandes in einer ganz eminenten Weise; denn welches höhere, ethische Princip giebt es denn, als dasjenige, daß man sein Wohlfsein für identisch hält mit dem Wohlfsein der Andern, daß man das Wohlfsein der Andern zu befördern sucht, um auch seinerseits an dem höheren Wohlfsein Aller theilzunehmen! Ich glaube, meine Herren, das ist ein hoher ethischer Gedanke, und ich habe denn doch auch aus meiner privaten Erfahrung die Thatsache constatiren können, daß sehr häufig Fabrikanten und Unternehmer die Bemerkung gemacht haben, daß die Socialdemokraten ihre fleißigsten und zuverlässigsten, ihre treuesten Arbeiter sind — um einen Ausdruck, der in der Debatte gefallen ist, zu wiederholen, — daß seit Inlebentreten der Bewegung die Arbeitermassen entschieden besser geworden sind. Meine Herren, mir hat das eine ganze Anzahl von Fabrikanten und Unternehmern eingekunden.

Was ferner die Art und Weise unserer Agitation betrifft, so scheint das Hauptgewicht gelegt werden zu sollen auf die Erregung von Unzufriedenheit und Haß. Nun, meine Herren, die Erregung von Haß unter den verschiedenen Gesellschaftsklassen ist heute schon von einem Paragraphen des Strafgesetzbuchs bedroht, und es ist doch eine eigenhämliche Erscheinung, daß dieser Paragraph in den sehr zahlreichen Fällen von Verurtheilungen der Socialdemokraten so ungemeh selten Anwendung gefunden hat. Es scheint das doch zu beweisen, daß die Socialdemokraten nicht Haß säen. Aber etwas Anderes thun sie, und weil sie das thun, empfindet so Mancher sich getroffen und glaubt, es sei zum Haß auch gegen ihn angeregt: die Socialdemokraten weisen nämlich hin auf die Verschiedenheit der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Aber, meine Herren, indem sie darauf hinweisen, geben sie gleichzeitig das Mittel, die Gegensätze zum Austrag zu bringen, in einer vernünftigen, in einer möglichst friedlichen Weise, indem sie den Arbeitern sagen: ihr sollt eure Interessen verteidigen in den Gewerkschaften, indem ihr als Arbeitnehmer nur in großen Vereinigungen in Verhandlung tretet mit den Arbeitgebern. Sie, meine Herren, die Sie auf gewerkschaftlichen Gebieten unterrichtet sind, Sie wissen, daß

auf diese Weise gerade der Haß, der irgendwo entsteht, wenn etwa Lohnabzüge gemacht werden sollen, oder wenn eine Verlängerung der Arbeitszeit versucht wird, daß gerade auf diesem Wege jener Haß oft wieder eingebämmt, wieder beseitigt wird. Und in der That, meine Herren, haben die Socialdemokraten, die Arbeiter doch ein Recht, auf die Verschiedenheit der Interessen in den Gesellschaftsclassen hinzuweisen; und wenn sie gleichzeitig ein Mittel an die Hand geben, diese Verschiedenheit in vernünftiger Weise zum Ausdruck gebracht zu sehen, so, glaube ich, sind sie am wenigsten verantwortlich für den Haß, der heute in der Gesellschaft vorhanden ist. Ich habe Ihnen schon angeführt, wie die aus politischen Motiven erfolgten Arbeiterentlassungen wirken. Seien Sie versichert, daß hierdurch tausendmal mehr Haß geschaffen wird, als durch alle socialdemokratischen Broschüren und Reden zusammengenommen.

Man hat ferner gesagt, die socialdemokratische Bewegung sei eine revolutionäre, und man hat das mit Recht gesagt. Indem wir die geschichtliche, die öconomische und die von dieser abhängige politische Entwicklung ganz und voll zu begreifen suchen und die letzten Konsequenzen aus diesen unsern Anschauungen ziehen, stehen wir allerdings auf einem revolutionären Boden. Wir sind der Meinung, daß die Umänderungen, die Umwandlungen auf dem Gebiet der Deconomie und der Politik grundlegende, außerordentliche sein werden. Aber, meine Herren, es ist keine Veranlassung gegeben, nun zu behaupten, daß diese Umwandlung in einer blutig-gewalthätigen Weise vor sich gehen müsse. Es kann solche revolutionäre Entwicklung — meine Herren, wir wünschen das — vorgehen auf dem Boden der Gesetzgebung in einer vollständig friedlichen und dabei auch den Interessen der herrschenden Classen am meisten entsprechenden Weise. Ich weise hin auf das, was mein Freund Ihnen vorgelesen hat, indem er ausführte, daß der Staatsmann es in der Gewalt hat, wenn er weise verfährt, die Ausbrüche von gewalthätigen Revolutionen zu verhindern. Es kommt nur darauf an, wie ich Herr Vamberger schon vorhin sagte, daß die Gesetzgebung ein adäquater Ausdruck ist der öconomischen Entwicklungsperiode, in der sie entsteht. Der Herr Graf Eulenburg hat die Behauptung gewagt, es könne das Programm der Socialdemokraten nur verwirklicht werden auf gewalthätige Weise. Ich glaube aber doch, daß kein Mensch das Recht hat, etwas für unmöglich zu erklären, dessen Unmöglichkeit nicht nach jeder Richtung vorliegen, daß die Umwandlung der Dinge in unserem Sinne auch auf friedlichem und gesetzlichen Wege durchgeführt werden könnte. Und daß das geschieht, deshalb können wir in den Reichstag; daß das geschieht, deshalb schicken wir unsere Freunde in die Landtage; daß das geschieht, deshalb schicken wir unsere Genossen in die Gemeindevertretungen.

Der Herr Graf Eulenburg hat zum Beweise seiner Behauptungen einige Citate gebraucht. Ich möchte mich nicht aufhalten bei den Irrthümern, die hier unterlaufen sind, aber ein muß

ich doch betonen; das eine Citat, von dem Graf Eulenburg sagt, es rühre von Marx her: „unsere Zwecke sind nur zu erreichen durch gewaltsamen Umsturz u. s. w.“ — daß das nirgendwo in dem „Capital“ von Marx oder in einem sonstigen Werk von Marx sich findet. Ein ähnlicher Ausdruck findet sich in dem Communistenmanifest ganz am Schluß. Das Communistenmanifest ist geschrieben worden im Jahre 1848, und zwar im Januar desselben unmittelbar vor dem Ausbruch der französischen Februarrevolution, und in der neuen Ausgabe dieses Communistenmanifestes haben die Verfasser Marx und Engels ganz ausdrücklich in der Vorrede darauf hingewiesen, daß die seit jener Zeit eingetretenen socialen Verhältnisse auch jene Forderungen und jene Aeußerungen am Schluß des Manifestes nicht mehr als überall richtig und nothwendig erscheinen lassen.

Das andere Citat, das aus Marx gemacht worden ist, bezieht sich auf die gewaltsame Veränderung der Besitzverhältnisse, denen Marx ja eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Marx hat in seinem „Capital“ die Stelle lautet . . . (Unruhe) — Nun, meine Herren, ich will Ihre Zeit damit nicht in Anspruch nehmen, es ist nicht unbedingt nöthig. Wenn Marx die Gewalt als eine öconomische Potenz erklärt, so werden Sie die Nichtigkeit dieses Ausspruches an Ihren eigenen Erfahrungen sehr wohl begreifen. Was ist es denn anderes, als die Anwendung der Gewalt, wenn Sie irgendwo eine Expropriation vornehmen, was ist es anders, als die Anwendung von Gewalt, wenn Sie die Tabakindustrie zu einem Monopol des Reichs machen wollen? Der Herr Abgeordnete Hänel hat auch angeführt, wie es in den letzten Jahren gewisser politischer Erfordernisse wegen nothwendig gewesen sei, Gewalt anzuwenden. Meine Herren, es fragt sich also immer um den Character der angewendeten Gewalt, und die Socialdemokraten, meine Herren, wie gesagt, geben sich alle mögliche Mühe, die Gewalt, so weit sie überhaupt nothwendig sein wird in späterer Zeit zur Umwandlung der einen Produktionsform in die andere, diese öconomische Potenz in einen gesetzmäßigen Form in die Erscheinung zu bringen.

Ich glaube, daß ich über die ferneren Aenderungen von der Gewalt und den gewaltsamen Ausführungen unserer Probleme und Bestrebungen hinweggehen kann; nur eins muß ich hier noch klarstellen. Wenn meinem Freund Webel ein Citat aus seiner Schrift „Unsere Ziele“ vorgehalten worden ist, so, glaube ich, geschah das mit vollkommenem Unrecht, denn was Webel in jenem Citat sagt, ist gerade das, was er Ihnen vorher ausgeführt hat, ist das, was ich ausgeführt habe. Er sagt, die Art der Entwicklung wird sich richten nach dem Widerstande, den die berechtigten Anforderungen der Bewegung finden. Nun wohl, meine Herren, es liegt in Ihrer Hand, in welcher Form die Entwicklung sich vollzieht, und indem wir an Sie herantreten, ich wiederhole es zum dritten Mal, thun wir das Menschenmögliche, eine gesetzmäßige Entwicklung der Dinge eintreten zu lassen. Wir bebauern gerade deshalb jedes Ausnahme-gesetz, das immer eine friedliche Entwicklung in Frage stellt.

Nun möchte ich bei dieser Gelegenheit noch folgende Bemerkung machen. Wir Socialdemokraten glauben, daß wir nicht deshalb mit Ausnahmegeetzen bekämpft werden sollen, weil wir Ausschreitungen begangen haben, sondern, meine Herren, wir glauben, daß wir bekämpft werden sollen, weil wir keine Ausschreitungen begehen; und dafür, daß die Bewegung im Ganzen und Großen — Einzelheiten kommen in jeder Partei vor — im Ganzen und Großen sich vollkommen auf gesetzlichem Boden hält, dafür haben wir einen vollwichtigen Zeugen. Das ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte im vergangenen Winter fast Tag um Tag Artikel, in denen ausgeführt wurde, wie schade es sei, daß man dieser gesetzlichen Bewegung nicht an den Krügen kommen könne, Artikel, in denen gesagt wurde, es könne diese Manier des Auftretens, die so gefährlich sei, nur im Einverständnis mit dem Jesuitenpater Beck von Carl Marx ausgeheckt sein, um die Bewegung sicher zu stellen. Meine Herren, es geht daraus hervor, was ich sagte, daß gerade die Gelegmäßigkeit der Bewegung getroffen werden soll und nicht die Ausschreitungen. Wenn wir Ausschreitungen begehen, hätten Sie sehr leichtes Spiel mit uns; aber weil wir das nicht thun, weil wir gerade auf dem Boden der weiteren Entwicklung des bionomischen und politischen Lebens stehen und weil wir keine Ausschreitungen begehen, uns in dem Rahmen der Gesetze halten und halten wollen, deshalb, meine Herren, sind wir gefährlich.

Ich will nicht reden über das Unwirksame des Gesetzes, aber das Eine will ich aussprechen, daß, wenn dieses Gesetz gegen uns erlassen wird, im Lauf weniger Jahre unsere Reihen sich sehr bedeutend verkleinert werden. Wenn wir sehen, wie die bisherigen gegen uns angestregten Verfolgungen uns genügt haben, wie Herr Lessenborn manches zu unserm Heranwachsen, zur Vereinigung z. B. in Gotha, beigetragen hat, wohl wider seinen Willen, und wenn wir ferner sehen, wie im Kulturkampf, dessen Urheber jetzt seiner müde geworden zu sein scheinen, das Centrum groß geworden ist, dann, meine Herren, möchten wir an Stelle des zu Ende gehenden schwarzen Kulturkampfes fast den rothen Kulturkampf herbeiwünschen. Wenn wir Front machen gegen das Gesetz, so geschieht es nicht aus Furcht vor den Folgen für unsere Partei, sondern, meine Herren, es geschieht, weil wir an der bürgerlichen Freiheit ein eminentes Interesse haben, weil wir uns verpflichtet glauben, die allgemeine bürgerliche Freiheit zu verteidigen, so weit es möglich ist, und weil wir in der Anwendung von freibüchlichen und gerechten Grundsätzen die Möglichkeit der wünschenswerthen friedlichen und verantwortlichen Weiterentwicklung finden. Meine Herren, ein freies und ein zufriedenes Volk hat noch nie Revolutionen gemacht; es würde deshalb, statt daß man Ausnahmegeetze machte, angezeigt sein, das zu thun, was der Fürst Reichskanzler hier im Februar dieses Jahres den Arbeitern versprochen hat: sie nicht zu führen in der berechtigten Verteidigung ihrer Interessen! Nun, meine Herren, in der heutigen Lage der Dinge kann eine solche Verteidigung berechtigter Interessen nur bestehen bei voller Freiheit der Diskussion

und bei der Möglichkeit, eine politische Partei zu haben und mit den Mitteln einer politischen Partei in der Öffentlichkeit zu wirken.

Noch eins, meine Herren: (Unruhe) es ist die französische und englische Ausnahmegeetzgebung hier angeführt worden; es ist zwar dabei gesagt worden, daß diese in Frankreich nach dem blutigen Niederwerfen einer bewaffneten Arbeiterregierung, in England nach dem Ausbruch eines bewaffneten Aufstandes eingetreten sei. Das ist richtig; aber der Herr Abgeordnete Bamberger hat die Anschauungen, die sich an die französische und englische Ausnahmegeetzgebung knüpfen könnten, denn doch des Weiteren nicht entwickelt, und deshalb noch einige wenige Worte darüber. (Unruhe.)

Meine Herren, als in Frankreich die Commune niedergeworfen war, hat die französische Bourgeoisie die socialdemokratischen Ideen und die Propaganda für diese Ideen nicht verboten. Sie hat es nicht gethan und nicht gewagt nach einem blutigen Bürgerkrieg! In England, meine Herren, hat während der Herrschaft des englischen Ausnahmegesetzes die irische Bevölkerung mehr Freiheit auf dem Gebiet des Vereinswesens, des Versammlungswesens und der Freizügigkeit gehabt, als wir in Deutschland in den letzten Jahren überhaupt gehabt haben. Wenn in England die Habeas-Corpus-Akte aufgehoben ist, werden da erst Zustände herbeigeführt, die den regelmäßig bei uns bestehenden gleichen. Meine Herren, während der Herrschaft der englischen Ausnahmegeetze war es den Irländern möglich, ihre politische Partei, die home-rule-party, zu begründen, sich bei der Wahl zu betheiligen und über 60 irische Abgeordnete in's englische Parlament zu senden.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dollfus hat das Wort. Abgeordneter Dollfus: Meine Herren, das beste Mittel, den Socialismus zu bekämpfen, scheint mir in der Verbesserung der materiellen und sittlichen Verhältnisse der Bevölkerung zu liegen. In dieser Beziehung geschieht im Allgemeinen nicht genug, wir sollten aber kein Mittel unberührt lassen, das die Lage der am wenigsten Bemittelten, welche sich über das Schicksal zu beklagen haben, verbessern kann. Wenn man ihre Lage verbessert, so werden sie viel weniger geneigt sein, unrichtige Lehren zu predigen.

Zur Unterhaltung dessen, was ich behaupte, will ich anführen, was wir im Elsass und besonders in Mülhausen für die Wohlfahrt der arbeitenden Classen thun. In Folge dieser Einrichtungen war es trotz der großen Arbeiterbevölkerung des Oberelsses dem Socialismus niemals möglich, dort durchzubringen, niemals hat eine derartige Kundgebung bei uns stattgefunden; unsere Arbeiter, welche zu würdigen wissen, was für sie geschieht, haben niemals Anlaß zur Klage gegeben, sie haben sich immer musterhaft betragen. Es dürfte nicht überflüssig sein, einiges über die Veranstaltungen zur Kenntniß des hohen Hauses zu bringen, Einrichtungen, die man, um die Verbreitung der Ideen, welche wir bekämpfen, zu verhindern, allgemein einführen sollte.

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, in erster Linie die Fabrikarbeiter und Kleinhandwerker zu Eigentümern zu machen. Vor 25 Jahren haben wir eine Häuserbargesellschaft be-

gründet. Jedes Haus ist von einem kleinen Garten umgeben und wird zum Herstellungspreise gegen 15jährige Annuitäten verkauft. Gegenwärtig ist der mittlere Kaufpreis 2800 Mark. Bis jetzt sind 980 Häuser gebaut, von welchen nur 10 unverkauft sind. Nahezu 1000 Arbeiterfamilien sind daher Hauseigentümer geworden. Die Zahlungsbedingungen erleichtern den Ankauf sehr. Die jährlich zu zahlende Rate übersteigt nicht sehr viel die für eine ähnliche Wohnung anderwärts zu zahlende Miete und kann ohne Schwierigkeit erspart werden. Der Arbeiter, welcher ein Haus besitzt, geht nicht mehr in's Wirthshaus, er thut sein Möglichstes, um sein Haus zu bezahlen, und bleibt bei seiner Familie in einer gesunden angenehmen Wohnung. Die bis jetzt von Arbeitern bezahlten Summen belaufen sich auf nahezu 3 Millionen Franken. Diese bedeutende Summe hätte keine bessere Verwendung finden können.

Die Regierung hat, um die Errichtung dieser Arbeiterwohnungen zu fördern, eine Unterstützung von 300,000 Franken gewährt unter der Bedingung, daß die Gesellschaft auf jeden Gewinn verzichte und nur einen geringfügigen Zins verleihe. Diese Summe ist auf die Anlage von Straßen und auf die Errichtung von Bade- und Waschanstalten verwendet worden. Auch ist eine große Speiseanstalt und eine Kleinkinderschule davon bestreut worden.

In anderen Orten des Oberelsaß hat man ähnliche Arbeiterquartiere gebaut.

In Müllhausen sind außerdem mehrere Wasch- und Badeanstalten erbaut worden, die durch das heiße Wasser der Dampfmaschinen gespeist werden. Die Preise sind sehr niedrig, und die Arbeiterbevölkerung benutzt diese Anstalten sehr stark.

In Müllhausen ist ferner ein Logirhaus für unbemittelte Reisende eingerichtet, in welchem dieselben kurze Zeit wohnhaft aufgenommen und ernährt werden, sowie Arbeitsnachweis erhalten. Diese Anstalt hat bereits 90,000 Personen — meistens Fabrikarbeiter — logirt.

Eine große Zahl Müllhauser Fabrikanten hat sich vereinigt, ihren invaliden Arbeitern Pensionen zu bezahlen und die unverheiratheten in einem großen gut ausgestatteten Versorgungshaus Pensionen von dieser Association bezahlt werden. Auch in anderen Fabrikdistricten des Oberelsaß sind solche Pensionsanstalten für alte Arbeiter eingerichtet worden. Die Waisenanstalten übergehe ich, weil sie fast überall bestehen. In Müllhausen bestehen auch Gesellschaften, welche es sich zur speciellen Aufgabe machen, unbemittelten Kindern eine gewerbliche Ausbildung zu verschaffen.

In unseren Fabriken arbeiten auch sehr viele Frauen. Früher lehrten dieselben wenige Tage nach einer Entbindung in die Fabrik zurück; infolge davon war die Kindersterblichkeit eine sehr große. Im diesem Uebel zu begegnen, bezahlt jetzt eine Gesellschaft von Fabrikanten den im Wochenbett befindlichen Frauen ihren vollen Arbeitslohn während sechs Wochen unter der Bedingung, daß sie zu Hause bleiben und ihr Kind pflegen. In der Association werden jährlich ungefähr 300 Kinder geboren. Die Sterblichkeit im ersten

Jahre, welche früher 38 pCt. betrug, ist infolge dieser Einrichtung auf 25 pCt. gesunken. Die Association erhielt demnach jährlich das Leben von 40 Kindern und befördert das Wohl der Weiber. Es sind ferner Ansätze gemacht worden, um die verheiratheten Arbeiter zu veranlassen, ihr Leben zu versichern, wobei die Arbeitgeber einen Theil der Prämien bezahlen. Hoffentlich wird diese bis jetzt wenig benutzte Veranstaltung weiteren Nutzen gewinnen.

In Müllhausen ist ein großes Arbeitercasino errichtet worden, wo die Mitglieder ihre freie Zeit angenehm verbringen können. Dasselbe hat eine bedeutende Bibliothek nebst Lesezimmer; es werden daselbst Vorträge gehalten, musikalische Aufführungen und andere gesellige Unterhaltungen veranstaltet. Einer unserer Mitglieder hat 100,000 Franken für diese gemeinnützige Anstalt hergegeben.

So errichtet eine Gesellschaft, welche ihre Aufgabe darin erblickt, neue Mittel aufzusuchen, um die Unfälle durch Maschinen zu verhüten. Diese Gesellschaft hat schon große Erfolge ihrer Bestrebungen aufzuweisen.

Ich will Ihre Zeit nicht länger mit der Aufzählung der weiteren ähnlichen Veranstaltungen in Anspruch nehmen. Ich beabsichtige, meinen verehrten Collegen einen Auszug aus einem Berichte vorzulegen, welchen die „Industrielle Gesellschaft“ zu Müllhausen, die den Mittelpunkt aller unserer Wohlfahrts-einrichtungen bildet, soeben veröffentlicht hat. Dieser Bericht enthält genaue Mittheilungen über sämtliche oberelsaßische Einrichtungen für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen, deren weitere Ausbreitung mir außerordentlich wichtig erscheint. Dies dürfte nach meiner bestehenden Meinung der beste Weg zu einer friedlichen Lösung der socialen Fragen und zur Herbeiführung eines befriedigenden Verhältnisses zwischen den verschiedenen Bevölkerungsclassen sein.

Wenn Sie Ihre Militärausgaben, die von Jahr zu Jahr wachsen, die das Land in schwer drückender Weise belasten, angemessen reduciren, so werden mit Leichtigkeit die Mittel flüssig gemacht werden können, welche zur Herstellung vieler Wohlfahrts-einrichtungen, zur Hebung des Volkswohls notwendig sind!

Präsident: Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat das Wort. Abgeordneter von Kardorff: Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich in dieser späten Stunde noch einmal das große Thema, welches uns jetzt beschäftigt, des Weiteren durchsprechen werde; ich würde mich darauf beschränken, mit wenigen Worten den Standpunkt meiner Partei gegenüber der gegenwärtigen Gesesesvorlage zu kennzeichnen, wenn ich nicht doch mich verpflichtet fühlte, gegen den Versuch noch Protest zu erheben, welchen der Herr Abgeordnete Drack nach dem gestrigen Vorgange des Herrn Abgeordneten Webel gemacht hat, die socialdemokratische Lehre als eine rein harmlose wissenschaftliche Theorie hinzustellen. Wir halten erstens diese Lehre nicht für eine rein harmlose, weil sie unserer Meinung nach zu der Consequenz führen muß, daß die Herren ausgeben auf Un- und wer bestehen den Institutionen in Staat, Kirche und Familie u. s. w., daß wir halten die weitere Consequenz für ganz unausbleiblich, daß, wer dies erkannt hat, auch zu denjenigen Mitteln greifen

muß, mit denen die Socialdemokratie heute kämpft. Der Herr Abgeordnete Brade hat gesucht, hier den Anschein zu erwecken, als ob die Socialdemokratie durchaus mit ganz lobalen, üblichen Waffen kämpfe, als ob es wirklich ein rein wissenschaftlicher Kampf wäre, in dem wir uns befinden. Meine Herren, ich will Sie mit Citaten aus socialdemokratischen Blättern bei dieser späten Stunde verschonen; den Herren aber, die sich dafür interessieren, stelle ich eine Blumenlese aus dem „Nürnberg-Fürther Socialdemokrat“ und dem socialen Wochenblatt zu Gebot. Sie werden in dieser Blumenlese unter Anderem ein Citat finden, — ich möchte Ihnen dieses einzige doch vorlesen, um nachzuweisen, in welcher freiwilligen Weise alles, was dem Menschen heillich und werth sein sollte, Vaterlandsliebe, Religion, Kirche, Ehe, monarchische Exceue u. s. w. angegriffen wird. Dieses Citat lautet folgendermaßen:

Der große Efel, der mich erzeugt,
Er war von deutschem Stamme;
Mit deutscher Efelmilch gesäugt
Hat mich die Mutter, die Mamme.*)

Meine Herren, in diesem cynischen Stile finden Sie eine Reihe ähnlicher Citate, Sie finden Kirchenlieder, an denen Millionen evangelischer Herzen Trost und Erbauung in Noth und Kümmerndis gesucht haben, die finden Sie in der schamlosesten Weise travestirt und benützt zu Angriffen auf das ehrwürdige Haupt unseres Kaisers, — und, meine Herren, hierin liegt gerade das gefährliche Gift der Socialdemokratie. Nehmen Sie irgend eine socialdemokratische Zeitung zur Hand, so werden Sie immer derselben Tendenz begegnen, der systematischen Ausrottung jedes Gefühls von Pietät für alles, was uns sonst heilig und ehrwürdig ist; und, meine Herren, wir dürfen uns das ja nicht verhehlen, die ganze Geschichte beweist es, daß die systematische Ausrottung des Pietätsgefühls gerade durch den Cynismus der Sprache, mit dem es geschieht, auf die Volksmassen, die wegen Erwerbs- und Arbeitslosigkeit ohnehin in Unzufriedenheit versetzt sind, von jeher eine verhängnisvolle Anziehungskraft gehabt hat. Ich erinnere an die Macht des Père Duchêne in der französischen Revolution und an die Blätter der Ggymnase, die dieselbe Rolle gespielt haben, wie der Père Duchêne. Meine Herren, wenn Sie das Alles erwägen, so werden Sie mir zugeben müssen, daß der Versuch völlig vergeblich ist, die Unthaten gegen das geheiligte Haupt unseres Monarchen völlig außer Conner zu setzen mit der socialdemokratischen Bewegung; Sie werden zugeben, daß es völlig vergeblich ist, den Versuch zu machen, welchen die Herru Abgeordneten Nebel und Brade gemacht haben, die Verwilderung und Rohheit der Sitten, die sich nach den Attentaten noch durch eine Masse von Majestätsbeleidigungen in Volksmassen geltend gemacht hat, zu schieben auf ein feiltes Denunciantenthum. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bamberger hat gestern hervorgehoben, aus welchen Gründen gerade bei uns in Deutschland die socialistische Bewegung gefährlicher und nachhaltiger wirke

*) Ist ein Versehen von Heinrich Heine, Herr Karborst!

als in anderen Ländern. Ich gebe ihm die Wichtigkeit derjenigen Ausführungen zu, die er in dieser Beziehung gemacht hat; ich möchte aber meines theils noch auf Eines dazu aufmerksam machen. Er hat sich hauptsächlich auf unsern Nationalcharacter und auf unsere letzte politische Geschichte bezogen. Ich möchte darauf noch aufmerksam machen, daß wir in Deutschland eine raschere Bevölkerungszunahme haben als irgend ein anderes Culturland, daß wir aber, während andere Culturländer für die zerstückelten, verkommenen Existenzen, die an den Rand der Verzweiflung gebracht sind, immer noch den großen Abzug der Colonien besitzen, einen solchen Abzugscanal nicht besitzen neben scharfen Gesezen gegen gefährliche Elemente. Meine Herren, ich habe eben der Geseze erwähnt. Ich glaube, es war Herr Brade, der eben noch behauptete, verartige Geseze, wie hier eines in Vorschlag gebracht wäre, seien immer ohne Erfolg auf die Bewegung gewesen. Nun, meine Herren, es liegt uns ein ganz genaues statistisches Material vor bezüglich der Wirkung des Fenierteleses in England, ein Ausnahmegefeze, weit scharfer, weit einschneidender, als dasjenige, für welches Ihre Zustimmung verlangt wird, — und meine Herren, diese statistischen Nachweisungen geben allerdings das überraschende Resultat, daß mit Inkrafttreten des Gesezes sofort die Verbrechen der Fenierte schnell abgenommen haben und fast gänzlich unterdrückt sind.

Meine Herren, das französische Geseze, das Ihnen ja auch bekannt sein wird, ist Ihnen von Herrn Brade geschildert worden als sehr milde und wenig einschneidend gegenüber dieser Gesezesvorlage. Ich bitte Sie, den Wortlaut des französischen Gesezes anzusehen und die Strafbestimmungen, welche es enthält, ob sie nicht weit härter, weit scharfer sind, als jene Strafbestimmungen, welche diese Gesezesvorlage hier enthält.

Meine Herren, ich nehme Anstand, in dem gegenwärtigen Stand der Debatte, die ja schon lange Zeit in Anspruch genommen hat, über die einzelnen materiellen Bestimmungen des Gesezes mich auszusprechen; ich kann mich größtentheils auf das beziehen, was der Herr Abgeordnete von Hellborff gestern geäußert hat. Ich möchte nur eines hinzufügen. Ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Bamberger, welcher die Andeutung machte, einzelne Bestimmungen des Gesezes möchten zu scharf erscheinen. Ja, meine Herren, ich beziehe mich auf das Wort, welchem ich vollständig beipflichte: lieber gar keine Maßregel, als wie eine halbe Maßregel. Es hat gewiß eine Zeit gegeben, wo es die Aufgabe der liberalen Parteien sein mußte, die Freiheit des Individuums zu schützen gegen die Mißbräuche des bureaukratischen Polizeistaats; aber mir scheint, diese Zeit ist vorbei, und ich meine, daß jetzt gerade die liberale Partei ihre Aufgabe darin suchen sollte, den Staat zu schützen gegen die Mißbräuche der Freiheit des Individuums. (Rufe: Oho! — Sehr richtig!)

Meine Herren, bezüglich der Behördenorganisation des Gesezes sind gar verschiedene Bedenken angeregt worden. Ich gehe auf diese Bedenken nicht näher ein, um der Stellung meiner Partei nach keiner Richtung hin zu präjudiciren. Wir sind gern bereit,

jeden Vorschlag, der uns gemacht wird, einer sorgfältigen Erwägung und Prüfung zu unterziehen; aber wir richten die dringende Mahnung an die nationalliberale Partei unsererseits, daß sie nicht vergessen möge, daß es für uns bei dem ganzen Gesetz eine Grenzlinie giebt, hinter die wir nicht gehen können: Es ist die, daß wir noch immer überzeugt sein müssen von der Wirksamkeit des Gesetzes; sobald die Organisation oder die materiellen Bestimmungen des Gesetzes sich derart gestalten, daß wir die Ueberzeugung gewinnen müßten, das Gesetz verliere seine Wirksamkeit, so können wir nicht dazu beitragen, ein wirkungsloses Gesetz mit zu votiren. Meine Herren, ich rechne mit Zuversicht darauf, daß der gute Wille und politische Einsicht die Herren auf jener Seite des Hauses wie früher dazu beitragen werden, auch dieses Gesetz wie viele andere zu Stande zu bringen. Ich rechne darauf, daß Sie das Land bewahren werden vor der Ablehnung des Gesetzes und der Crisis, welche die unmittelbare Folge einer solchen Ablehnung sein müßte. Ich erwarte meinestheils zuversichtlich, daß, wenn der harte Wahlkampf auch eine Spaltung innerhalb der nationalgesinnten Parteien an's Tageslicht gebracht hat, gerade die Verhandlungen über diesen Gesetzesentwurf dazu dienen werden, diese Spaltung zu beseitigen, daß sie dazu dienen werden, jenen Frieden und jene Versöhnung zwischen den nationalen Parteien wieder herzustellen, die nach meiner Ansicht die einzige sichere Bürgschaft für die gedeihliche Entwicklung des deutschen Reiches bilden. (Bravo)

Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: Das Wort hat der Abgeordnete von Jazdzewski.

Abgeordneter Dr. von Jazdzewski: Meine Herren, es haben beinahe alle Parteien dieses hohen Hauses zu dieser Gesetzesvorlage Stellung genommen; Sie werden mir also erlauben, daß ich auch aus der Mitte meiner politischen Freunde meine Stellung zur Sache kennzeichnen werde. Wir gehören eigentlich diesem Hause als eine Partei nicht an, aber trotzdem, daß unsere Stellung in diesem Hause eine ganz exceptionelle ist, glauben wir doch, daß wir bei einer Gesetzesvorlage, welche eventuell ihre Spitze nicht nur gegen die Socialdemokraten richten kann, verpflichtet sind, unseren Standpunkt doch ganz klar zu präcisiren.

Meine Herren, wir haben hier aus dem Munde der beiden Herren, die der socialdemokratischen Richtung angehören, gewissermaßen das Ideal der Socialdemokratie vorgeführt gesehen; andererseits hat uns die Reichsregierung in den Motiven die Richtung der Socialdemokratie in einer realen, fassbaren Gestalt vorgeführt. Die Abgeordneten der socialdemokratischen Partei haben uns hier gesagt, daß die Ziele des Socialismus darauf hinausgehen, um die untersten Schichten der menschlichen Gesellschaft zu heben und glücklich zu machen. An und für sich ist dieser Zweck, dieses Ziel ein sehr gutes, aber ich muß bemerken, daß die Erfindung dieses Zieltes gar nicht der socialdemokratischen Partei angehört, daß vielmehr der Staat, die Kirche und einzelne Philantropen sich mit dieser Frage der Beglückung der untersten Schichten der menschlichen Gesellschaft seit Jahrhunderten beschäftigt und auf diesem Gebiete große Resultate

erzielt haben, lange vorher, ehe der Begriff und der Name der Socialdemokratie bekannt war. Wenn wir aber die Mittel und Wege in's Auge fassen, welche die Socialdemokratie zur Erreichung ihrer Ziele gebraucht, so kommen wir zu dem Resultat, daß im Großen und Ganzen diese Mittel verwerfliche und schlechte sind. Wir sind verpflichtet, auf unserem Standpunkt dies hier klarzulegen, damit die Bevölkerung, die uns hierher geschickt hat in dieses hohe Haus, klar und bestimmt diejenigen Grundsätze erkenne, welche die Socialdemokratie zu Tage fördert, und zu denselben Stellung nehme.

Meine Herren, wenn auch die Sachen so liegen, daß wir die Mittel und Wege, welche nach dem, was uns hier und auswärts bekannt geworden ist, die Socialdemokratie in's Auge gefaßt hat, verurtheilen, so müssen wir doch zu diesem Gesetzesentwurf eine ganz verschiedene Stellung einnehmen, als diejenigen Herren aus der Mitte dieses hohen Hauses eingenommen haben, die für dieses Gesetz pläbirt haben. Meine Herren, es wurde hier hingewiesen auf die Gesetzgebungen verschiedener anderer Völker, insbesondere Frankreichs und Englands, und es wurde gesagt, daß in den Gesetzgebungen dieser Länder viel schärfere Mittel festgesetzt sind und zur Anwendung kommen, um entsprechende Ausschreitungen zu unterdrücken, welche der Socialdemokratie zur Last gelegt werden. Was mich anbetrifft, meine Herren, kann ich diese Behauptung als richtig nicht anerkennen. Ich habe mich auch vielfach beschäftigt mit der Erforschung der Ausnahmegeetze Frankreichs und Englands, ich habe selbst längere Zeit in diesen Ländern zugebracht und z. B. gerade in der Zeit in England, wo die Fenierbewegung so sehr die Gemüther erregte und die Ausnahmegeetze gegen die Fenier in Wirkung waren, und ich bin dennoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gesetzesentwurf ein Unikat ist, das nicht entfernt in Vergleich gestellt werden kann mit den Ausnahmegeetzen Frankreichs und Englands. Meine Herren, durch die vorliegende Gesetzesvorlage feiert gewissermaßen nur eine einzige Staats Einrichtung ihre Apotheose, das ist die Polizei. Es wird in diesem Gesetzesentwurf die Polizei als eine rein politische Behörde hingestellt, und als solcher wird ihr die ausgiebigste Machtbefugniß ertheilt, die Bewegung der Socialdemokratie zu unterdrücken. Nun, meine Herren, wir Polen haben zur Genüge erfahren, was das ist, wenn man in die Hände der politischen Polizei Machtmittel legt, um Jemanden zu unterdrücken, der zur Zeit der Staatsgewalt nicht paßt; wir haben gesehen und erfahren, daß es Zeiten gegeben hat, wo diese politische Polizei zu den verwerflichsten Mitteln gegriffen hat, um eine ganze Bevölkerung aufzulockeln, um sie zu einer Art von Rebellion aufzufordern, und die Beläge dazu wurden seiner Zeit dem Abgeordnetenbause vorgelegt, und die preussische Staatsregierung war nicht im Stande, die verschiedenen darauf bestellten Beweismittel, die damals der Welt vorgeführt worden sind, zu entkräften. Nach diesen Vorgängen, meine Herren, können Sie sich nicht wundern, daß wir zu dieser politischen Polizei im preussischen Staat kein Vertrauen haben können, und daß wir einer derartigen Institution die Machtmittel, die die vorliegende Gesetzesvorlage vorschlägt, nicht an die

Hand geben können, damit sie verirrte Staatsangehörige auf die richtigen Bahnen geleite.

Meine Herren, es wurde hier sehr viel darüber gesprochen, welche Auswüchse in der Socialdemokratie vorhanden sind, und es wurden die verschiedensten Verbrechen, die zur Zeit das ganze deutsche Volk mit Entsetzen wahrnimmt, der Socialdemokratie gewissermaßen in die Schuhe geschoben. Meine Herren, wir auf unserem Standpunkt sind überzeugt, daß diese Schäden, welche überhaupt im öffentlichen Leben erscheinen, durch die deutschen Regierungen mit verschuldet sind, insofern diese Regierungen dazu verholfen haben, um durch die Einrichtungen des Staates und durch die Gesetzgebung alles dasjenige zu erschüttern, was immer und überall dem Menschen heilig gewesen ist. (Sehr richtig! im Centrum.)

Meine Herren, es wurde hier gestern darauf hingewiesen, daß der Kulturkampf so unendlich vergiftend auf das Volksbewußtsein eingewirkt hat. Meine Herren, ich kann mich in diesem Augenblick mit der diesbezüglichen Gesetzgebung, die diesem verderbenden Kulturkampfes zu Grunde liegt, nicht beschäftigen, aber ich muß darauf hinweisen, daß man in dieser Richtung viel weiter gegangen ist, als moralisch zulässig war. Meine Herren, es gab keine Institution der Kirche, welche in dieser Zeit des Kulturkampfes nicht öffentlich in den Theatern, in der Presse, durch unslätige Abbildungen angegriffen und nicht mit Schmutz und Schande bedorfen worden wäre, — und was hat in dieser Zeit die Polizei gethan? Sie war in dieser Zeit blind gegen die Ausschreitungen, und nachdem alles dies geschehen, kommen die verbündeten Regierungen und sagen uns, daß es die Socialdemokratie ist, welche die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen, welche die menschliche Gesellschaft zusammenhalten, erschüttert und vernichtet. Meine Herren, eine Schuld an dieser Erschütterung tragen die verbündeten Regierungen und insbesondere die preussische Regierung, und ich glaube, wenn überhaupt die verschuldeten Regierungen die Sachen ernst nehmen, um in dieser Richtung zu wirken und zu schaffen, damit alles beseitigt werde, was die sittlichen und religiösen Ueberzeugungen der Menschen erschüttert. Meine Herren, wir Polen haben die Wucht, die schwere Last des Kulturkampfes am meisten empfunden, denn gerade auf unserem heimatlichen Boden, wo uns durch die preussischen Könige versichert wird, gerade auf diesem Boden unserer Väter wurde die Religion und unsere nationale Sitte am meisten mit Füßen getreten.

Meine Herren, aus vielen Gründen können Sie versichert sein, daß es uns sehr schwer fällt, in dieser Hinsicht alles zusammenzufassen, was unser Herz in diesem Augenblicke bewegt. Aber wir glauben, daß gerade die großen Ungerechtigkeiten, die uns gegenüber geschehen sind, alle Parteien dazu auffordern müßten, an die Staatsregierung Preußens die Aufforderung zu richten, daß sie in jeder Hinsicht die religiösen und nationalen Gefühle unseres Volkes mehr achte, mehr schätze und ehre, wie es bis dahin geschehen ist.

Meine Herren, es wurde der Socialdemokratie vorgeworfen — und ich habe mich gewundert, daß die beiden Redner der socialdemokratischen Partei, die hier mit einer so großen Bereitschaft von ihrem Standpunkt aus für ihre Sache plädirt haben, diesen schweren Vorwurf, der ihnen sowohl in den Motiven zu diesem Gesetz, wie auch aus dem Hause selbst gemacht worden ist, nicht entkräftet haben — es wurde der Socialdemokratie vorgeworfen, daß sie ein specifisch antinationales Gebräuge an sich trage, was die Gemüther der heimischen Sitte und dem Vaterland entfremde. Meine Herren, dieser Vorwurf wurde hier seitens der Socialdemokraten nicht entkräftet, darüber hat keiner von ihnen auch nur ein Wort gesprochen. Ich glaube nicht, daß die Socialdemokraten so weit sind auf ihrem Wege, daß sie einen derartigen Vorwurf verdienen könnten. Aber, meine Herren, wenn hier eine derartige Behauptung aufgestellt wird, und wenn die verbündeten Regierungen gewissermaßen das anführen, um zu zeigen, in welcher Richtung sie die Socialdemokraten am verwerflichsten finden, so frage ich die preussische Regierung, wie sie dazu kommt, uns Polen, die wir unser Vaterland hochschätzen, lieben und für unser Vaterland rastlos wirken wollen, — wie sie uns durch ihre Organe gerade in diesen Gefühlen, die uns das Vaterland einflößt, angeht und beleidigt. Meine Herren, bei uns in meiner Heimathprovinz, da greifen die Beamten, vom Oberpräsidenten angefangen, bis zu dem letzten Beamten, uns an, wenn wir verlangen, daß man unsere vaterländischen Sitten, Gebräuche und unsere Sprache schätze. In den letzten Zeiten gerade, nachdem die Polen für die Deutschen alle Kämpfe mitgekämpft haben, nachdem unsere Brüder für eine Sache, die nicht unsere Sache ist, für die Sache Deutschlands, auf allen Schlachtfeldern geblutet haben, hat die königlich preussische Staatsregierung uns gegenüber Gesetze geschaffen, welche es uns beinahe unmöglich machten, unsere vaterländische Sitte, unsere vaterländische Sprache zu bewahren. Meine Herren, wenn ein derartiger Vorwurf, wie der oben angeführte, den Socialdemokraten gemacht wird, so scheint es mir nothwendig, daß auch die königliche Staatsregierung auf ihrem Standpunkte anfangs zu erkennen, daß durch ihr ganz unmotivirtes Vorgehen nur eine Verwilderung und eine Verdümmung bei unserer Bevölkerung eintreten muß. Bis zur Stunde sind wir so glücklich — aus Gründen, die ich hier nicht näher ausführen will —, daß unsere polnische Bevölkerung in preussischen Staaten der Socialdemokratie nicht zugänglich geworden ist. Wir freuen uns dessen, und alle diejenigen, die irgend einen Einfluß auf die Bevölkerung haben, wirken dahin, daß die socialistischen Grundsätze unserer Bevölkerung auch für die Zukunft nicht zugänglich gemacht werden können. Aber, meine Herren, wenn es so weiter geht, wenn die Staatsregierung auf ihrem Wege fortfährt und das Volk fortwährend trinkt, dann werden diese unheilbringenden Sirenen, die schon anfangen, aus diesem Lager zu uns herüber zu kommen, um unsere unbefriedigte Bevölkerung in dasselbe hinabzuführen, vielleicht auch einzelne unter unseren Landsleuten finden, die dieselben gefährlichen Wege gehen werden, auf welchen die Socialdemokratie schreitet.

Meine Herren, ich gehe nun weiter. Ich habe bemerkt, daß wir unter keinen Umständen den verbündeten Regierungen Mittel an die Hand geben können, um ein derartiges Gesetz in's Leben hinein zu führen, und zwar aus dem Grunde, weil wir der vollen Ueberzeugung sind, daß dieses Gesetz die größte Ungerechtigkeit enthält, die überhaupt den Staatsbürgern zugefügt werden kann.

Meine Herren, ich glaube nicht, daß diejenigen, die an dieser Bewegung nach Ansicht der Staatsregierung hauptsächlich schuld sind, durch dieses Gesetz getroffen werden, aber es werden durch dieses Gesetz diejenigen getroffen, die entweder verführt worden sind oder die ganz unbewußt jene Wege wandeln, die ihnen durch die Leiter der Socialdemokratie als die heilbringenden vorgezeichnet werden. Es wird also dieses Gesetz nach unserer Ueberzeugung nicht nur den Schuldigen, sondern auch den Unschuldigen mit treffen, und unter diesen Umständen können Sie uns, die wir durch ein so langes Unglück erprobt sind, nicht zumuthen, daß wir unsere Hand dazu bieten auf irgend einem Wege, daß wir die Milimenschen, sie mögen sein, wer sie sind und was sie sind, unglücklich machen. Meine Herren, es wird hier recht gesagt, das sei überhaupt nicht die Absicht. Wir haben aber dahingehende Erfahrungen gemacht in unserem engeren Vaterlande, in unseren heimatlichen Provinzen, welche die Angehörigen anderer Staaten nicht gemacht haben, und wir wissen wohl, wodurch man Alles unglücklich werden kann. Meine Herren, es wurde uns Polen gegenüber im Landtage gesagt, daß man in die Gesetze manches hineinlesen könne, was vielleicht in denselben nicht stände. Es hat der frühere Minister Graf zu Eulenburg uns Polen gegenüber gesagt, daß man die Gesetze durch die Braxis suppliren könne, der frühere Oberpräsident von Schlesien, Herr von Nordenflicht, der eine zeitlang bei uns Oberpräsidentrath gewesen ist, hat zu dieser Zeit uns Polen gegenüber ganz ruhig gesagt: wir regieren nicht nach Gesetzen, sondern nach Grundgesetzen. Ja, meine Herren, unter diesen Verhältnissen können Sie sich nicht wundern, daß wir nicht glauben, daß die vorliegenden scharfen Bestimmungen ausreichen werden, sondern es wird die Administration sich dort Grundzüge hinein bilden, wo ihr die Gesetze nicht als hinreichend erscheinen werden. Unter derartigen Verhältnissen, meine Herren, glaube ich nicht, daß meine politischen Freunde in irgend einer Weise dazu beitragen können, um einer solchen Administration ausgiebige Mittel zu geben, über welche hinaus die Möglichkeit des Mißbrauchs vorliegt.

Es wurde hier gestern und auch heute darauf hingewiesen, was man unter Revolution verstehen dürfe, und es wurde hier manches vorgetragen, um verschiedene Bewegungen zu entschuldigen, welche im staatlichen Leben sich zeigen. Meine Herren, ich will hier nur ein kurzes Citat anführen, welches aus der Feder des seligen Königs Friedrich Wilhelms IV. stammt. Derselbe schreibt in einem Briefe an Arndt was folgt:

„Es scheint, daß die Revolution nur die Demagogie und den Communismus bedeutet. Revolution ist die Umwälzung der göttlichen Ordnung und Gerechtigkeit. Sie

wird Tod schaffen, wenn das göttliche Gesetz nicht wieder hergestellt werden wird.

Meine Herren, nach meine Ansicht ist die göttliche Ordnung in dem Staate Preußen und in Deutschland überhaupt erschüttert. Sie ist ebenso erschüttert durch die Socialdemokratie wie durch die Gesetze, welche in diesem Staat herrschen. Schaffen Sie die Gesetze ab, welche diese göttliche Ordnung und die Gerechtigkeit erschüttern, und ich bin überzeugt, daß auf Ihrem vaterländischen Boden sich alle redlichen und ehrlichen Männer zusammenfinden werden, um die staatliche Ordnung zu stützen. So lange aber diese göttliche Ordnung und Gerechtigkeit durch die Regierungen selbst angetastet wird in irgend einer Weise, glaube ich nicht, daß derartige Mittel, wie sie die Gesetzesvorlage vorschlägt, welche nur der Polizei Kraft geben, hinreichen werden, um dem Staat Ruhe und Frieden zu verschaffen.

Aus diesen Gesichtspunkten, meine Herren, werden wir gegen dieses Gesetz stimmen. Wir werden aber auch gegen jegliche Commission stimmen aus dem ganz einfachen Grunde, weil wir dieses Gesetz für nicht amendirbar halten, und aus diesen Gründen bitten wir auch Sie, daß Sie diesem Gesetz Ihre Zustimmung nicht ertheilen. (Bravo)

Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: Es ist der Schluß der Discussion beantragt von dem Herrn Abgeordneten Württen. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Schlußantrag unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist hinreichend unterstützt. Ich bitte diejenigen Herren, welche die Discussion schließen wollen, sich zu erheben. (Geschicht.)

Das Bureau ist einstimmig der Meinung, daß die Mehrheit nicht; die Discussion ist geschlossen.

(Präsident Dr. von Forckenbeck übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Richter (Hagen).

Abgeordneter Richter (Hagen): Der Herr Reichskanzler hat an Stelle einer Erwiderung auf die objective und sachliche Rede meines Collegen Hänel mich zum Gegenstand längerer persönlicher Ausführungen gemacht. Der Reichstag wird es gerechtfertigt finden, wenn ich auf diese persönlichen Ausführungen erwidere, um so mehr, als sich die Bemerkungen des Herrn Reichskanzlers auf Sessionen bezogen, denen eine große Anzahl von Mitgliedern dieses neugewählten Reichstages nicht beiwohnten.

Der Herr Reichskanzler hat gegen mich Bemerkungen gemacht, welche die Annahme erwecken könnten, als ob ich ihm seinen Krankheitszustand, seine Abwesenheit von Berlin, seine Abwesenheit von den Verhandlungen im Reichstag zum Vorwurf gemacht habe, oder wenigstens mißfällige Neußerungen darüber gemacht habe. Nun, meine Herren, es kann mir eine solche Anführung nicht gleichgültig sein, weil sie nach außen die Meinung erwecken könnte, als ob ich, abgesehen von der Bekämpfung des Reichskanzlers in politischer Beziehung, auf manchen Gebieten ihn menschlich hart oder ungerecht zu beurtheilen geneigt sei. Nun, meine Herren, in dieser Session

habe ich, wie Sie wissen, überhaupt noch nicht das Wort ergriffen. Viele werden annehmen, daß ich eine derartige Bemerkung gemacht habe am 23. Mai, als über das Socialistengesetz verhandelt wurde. Ich habe aber auch da mit keiner Silbe eine Bemerkung fallen lassen, die dem Herrn Reichskanzler Veranlassung hätte geben können, heute eine derartige Bemerkung zu machen. Auch in der ganzen übrigen Session, in der ja der Herr Reichskanzler in Berlin anwesend war, habe ich eine derartige Bemerkung nicht gemacht. Ich bin nun weiter zurückgegangen in unseren parlamentarischen Verhandlungen und bin zuletzt bei dem 9. November 1875 angekommen, (Heiterkeit) wo ich allerdings eine Ausföhrung gemacht habe, die, wenn man sie falsch auffaßt, Veranlassung geben könnte, derartiges zu bemerken. Ich habe damals, als es sich um ein Invalidenfondsgezet handelte, anknüpfend an eine Ausföhrung des Herrn Abgeordneten Bamberger gesagt, daß ich es für nothwendig halte, einen verantwortlichen Finanzminister im Reiche zu bestellen, denn wenn alles im Reiche von einer einzelnen Person abhängt, so würde, wenn diese Person Krankheitserscheinungen zeigte, denen jeder Mensch unterworfen sei, dies auf die Reichsverwaltung selbst nachtheilig zurückwirken. Ich habe mich damals also gegen die Einrichtung erklärt, in keinem Falle aber einen persönlichen Vorwurf erhoben.

Der Herr Reichskanzler hat aber schon damals auf diese meine Ausföhrung vom 22. November 1875 eine Erwiderung folgen lassen. Ich kaune über das Gedächtniß des Herrn Reichskanzlers, das ich ihm, indem er mich hier wieder zuerst nach der Neuwahl erblickt, gleich jene Rede von mir vom 9. November 1875 in das Gedächtniß zurückführt. Ich hätte nur gewünscht, daß sich diese Rede in richtiger und nicht in falscher Auffassung in seinem Gedächtniß erhalten hätte und daß er sich auch erinnert hätte, daß er schon einmal vor drei Jahren erwidert hat, daß er schon einfaam sich den Luxus nicht erlauben, nach drei Jahren eine persönliche Bemerkung zu wiederholen.

Dann hat der Herr Reichskanzler Bezug genommen auf die materiellen Ausföhrungen von mir, die ich am 23. Mai d. J. bei dem Socialistengesetz gemacht habe. Nach den Ausföhrungen des Herrn Reichskanzlers sollte man glauben, ich hätte ihm zum Vorwurf gemacht, daß er überhaupt sich damals in jenen ersten Jahren der socialistischen Bewegung hätte angelegen sein lassen, positiv das Loos der Arbeiter zu verbessern, oder ihm den Vorwurf gemacht hätte, daß er mit Robbertus gewisse Beziehungen gepflogen habe in dieser Hinsicht; ich habe das nicht gethan, in keiner Weise. Ich habe den Namen Robbertus nicht genannt, ich habe ihn nicht einmal ange- deutet. Was ich behauptet habe, war folgendes: Ich habe gesagt, daß der Kanzler die schlesische Weberdeputation, von Florian Paul geführt, bei seiner Majestät dem Könige eingeföhrt hat und daß es seiner Verwendung bei seiner Majestät dem Könige zuzuschreiben ist, daß jene schlesische Weberdeputation mit öffentlichen Geldern unterstützt worden ist. Das sind die beiden Thatfachen, die ich damals behauptet habe. Ich habe daran die Bemerkung geknüpft, daß die

Socialisten sich Jahre hindurch zur Unterstützung ihrer Propa- ganda auf diese Vorkommnisse berufen haben. Diese Behaup- tungen hat der Herr Reichskanzler nicht bestritten und er konnte sie nicht bestritten, weil sie in seiner Gegenwart im preussischen Abge- ordnetenhaus im Jahre 1866 constatirt worden sind. Wenn der Herr Reichskanzler Werth darauf gelegt hat, anerkannt zu sehen, daß jener Florian Paul, der heute noch oder wenigstens noch im vorigen Jahr als Agitator für die Socialisten fungirte, damals noch nicht Socialist, sondern Lassalleaner sich genannt hat, so will ich dies an- erkennen, obgleich nach meiner Auffassung die Agitation Lassalle's zur Erregung des Classenhasses bei uns der Agitation der heutigen Socialisten nichts nachgegeben hat.

Dann hat der Herr Reichskanzler persönlich gegen mich allge- mein den Vorwurf erhoben, daß, wenn er auch anerkenne, ich stehe theoretisch den Socialisten feindlich gegenüber, ich doch überall, wo es auf praktische Bekämpfung ankommt, nicht am Plage sei. Nun, meine Herren, ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, bisher auch außerhalb des Reichstags dem Socialismus mit Wort und Schrift entgegenzutreten; ich habe zu jener Zeit, als der Herr Reichskanzler seine Unterredungen mit Lassalle pflog, practisch meine ganze öffent- liche Wirksamkeit dahin concentrirt, durch genossenschaftliche Bildungen die Arbeiter von jener Agitation am Niederrhein, dem Herde der Agitation, abzuziehen. Ich habe gerade zu jener Zeit mit Herrn Webel conferirt, wie den Lassalle'schen Agitationen entgegenzutreten sei, während der Herr Reichskanzler mit Lassalle conferirte. Herr Webel nahm nämlich damals gegenüber Lassalle ebenso einen anderen Standpunkt ein, wie der Herr Reichskanzler zu jener Zeit einen anderen Standpunkt einnahm, wie heute.

Dann, meine Herren, hat der Herr Reichskanzler noch gesagt in Bezug auf meine Abstimmungen, ich bestünde mich immer bei der Abstimmung in der Front mit den Socialisten. Nun, meine Herren, ich und meine Freunde können es nicht verhindern, daß in manchen Fragen die Socialisten ebenso stimmen wie wir, ebenso wenig wie es die Nationalliberalen verhindern können, ebenso wenig wie es die Conservativen verhindern können, mit denen beispielsweise die Socialisten zusammen gestimmt haben in Fragen der Gewerbeord- nung, ebenso wenig wie der Herr Reichskanzler verhindern kann, daß die Socialisten seinen Bolkvorlagen zustimmen und wenn der Herr Reichskanzler seine neue wirtschaftliche Richtung weiter ver- folgt, so werden die Socialisten künftig mehr mit ihm als mit uns stimmen.

Meine Herren, man kann ja bei einem Mann, der so hoch steht, wie der Reichskanzler, der so viel wissen und von so Vielem Kenntniß nehmen muß, nicht verlangen, daß er die Reden, das Wirken, das ganze Verhalten eines einzelnen Abgeordneten in dem Maße genau verfolgt, aber ich glaube, es würde dann auch wirt- lich nicht Anstößig sein, daß der Herr Reichskanzler im Reichstag persönlich nicht Ausföhrungen macht gegen Jemand, die im größeren Publicum vorstellungen in Bezug auf die Person erwecken können, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Präsident: Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, ich bin in der Lage, auf die längeren Ausführungen des Reichskanzlers gegen mich nur mit einigen rein persönlichen Bemerkungen antworten zu können.

Er hat, gestützt auf den stenographischen Bericht, die Aeußerung gethan, daß ich mit den gestern von mir gemachten Mittheilungen bezüglich des Arbeiters Eichler mir habe etwas aufbinden lassen — so lauten, glaube ich, die Worte, oder es ist doch der Sinn derselben. Wenn der Herr Reichskanzler den stenographischen Bericht genauer durchgesehen hätte, dann würde er die weitere Erklärung von mir darin gefunden haben, daß ich persönlich den Aeußerungen und Anträgen des Eichler beigewohnt habe.

Wenn der Herr Reichskanzler dann glaubt, die Wichtigkeit meiner Auffassung des Mitgetheilten dadurch zu erschüttern, daß er sagt, er habe niemals mit demselben in persönlichen Beziehungen gestanden und ihm nie einen persönlichen Auftrag gegeben, so ist dies auch aus meinen Worten durchaus nicht zu entnehmen gewesen. Ich habe nur erwähnt, daß der betreffende Herr Eichler sich auf den Fürsten Bismarck bezogen hat. Wenn der Herr Reichskanzler seinerseits noch weiter hinzusetzt, es könne das insofern schon nicht möglich sein, als er erst am 23. September 1862 sein Amt angetreten habe, so kann ich darauf antworten, daß wir wenigstens damals bereits in dem festen Glauben waren und nach dem ganzen Gange der Dinge die Ueberzeugung hatten, daß Fürst Bismarck die Leitung der Geschäfte wenigstens übernehmen würde (waden rechts), andererseits schloß das nicht aus, daß zu jener Zeit bereits Abmachungen bestanden seitens des künftigen Vertreters der Regierung. Doch will ich hinzufügen, daß ich von einem meiner Freunde darauf aufmerksam gemacht wurde, es sei wahrscheinlich ein Irrthum meinerseits insofern im Spiel, daß die erwähnten Verhandlungen mit uns in Leipzig erst im October, statt im September 1862, wie ich sagte, stattgefunden hätten, was ich nach einer so langen Zeit genau festzustellen nicht mehr in der Lage bin.

Ebenso hat der Herr Reichskanzler eine falsche Auffassung von meinen Worten, wenn er glaubt, ich hätte ausgesprochen, daß er Berichte von Herrn Eichler, die socialistische Partei betreffend, empfangen habe. Ich habe gestern ebenfalls ausdrücklich erklärt, daß damals von einer socialistischen Partei noch keine Rede hätte sein können, und ich persönlich damals noch keinen Begriff und keine Idee vom Socialismus gehabt hätte. Zudem hat ja auch heute der Abgeordnete Mähter constatirt, daß ich in noch weit späterer Zeit Gegner der socialistischen Bestrebungen gewesen sei.

Ebenso habe ich nicht behauptet, daß der Herr Reichskanzler außer zu Lassalle in irgend welchen persönlichen Beziehungen zu irgend einem Socialisten gestanden habe; es kommt in meiner ganzen Rede nicht eine einzige Aeußerung vor, welche eine solche Auffassung zuließe. Wenn er weiter die Zuverlässigkeit meiner Duellie in Bezug auf meine Mittheilungen, betreffend die Unterhaltungen und Unterhandlungen zwischen ihm und Lassalle, glaubte

in Zweifel ziehen zu müssen, dann bin ich schuldig zu erklären, daß meine Duellie direct zur Frau Gräfin Saffold fährt, die bekanntlich in so nahen Beziehungen zu Lassalle gestanden hat, (Selterkeit) daß ich sehr wohl annehmen darf, einen genauen Ausschluß über die fraglichen Vorgänge zu erhalten zu haben.

Was die verlangte Nennung des Namens des königlichen Prinzen betrifft, so bin ich dazu persönlich heute nicht in der Lage, weil ich mich überhaupt nach dem Namen nicht erkundigt habe; ich werde aber veranlassen, daß derselbe festgestellt wird, und werde nicht verfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß er dem Fürsten Bismarck brieflich mitgetheilt wird, wobei ich es ihm überlasse, ob und in welcher Weise er von den Mittheilungen weiteren Gebrauch machen will.

Ebenso, meine Herren, muß ich mit Bezug auf meine gestrigen Ausführungen weiter gegenüber dem Fürsten Bismarck constatiren, daß die Unterhaltung, die er persönlich mit dem Führer der schlesischen Weberdeputation hatte, im Vorzimmer Seiner Majestät des Königs geführt wurde; die authentischen Mittheilungen darüber sind am letzten Sonntag durch einen von mir beauftragten Parteigenossen mit dem Arbeiter Paul, dem Führer jener Deputation, persönlich festgestellt worden. Und zwar ist mein Vertrauensmann dem Arbeiter Paul mit der ausdrücklichen Bemerkung gegenüber getreten, sich strengstens an die Wahrheit zu halten (waden rechts) und nichts zu sagen, was irgendwie in seinem Gedächtniß nicht ganz sicher sei. Der von mir beauftragte, welcher die Verhandlungen mit Paul führte, war unser früherer Colleague Muer, der außerdem beauftragt war, die Mittheilungen Pauls genau niederzuschreiben, was auch geschehen ist.

Endlich, meine Herren, hat der Fürst Bismarck noch eine Ansicht ausgesprochen, die ebenfalls auf einem Irrthum seinerseits respective auf einem Mißverständnis des stenographischen Berichts beruht, nämlich die Ansicht, als hätte ich ausgesprochen, daß Herr Frihsche ihm Berichte zugesandt habe. Das ist unrichtig, (Zurufe: Frihsche ihm Berichte zugesandt habe, Das ist unrichtig, (Zurufe: doch) das habe ich nicht gesagt, (Widerspruch) — nein, das habe ich nicht gesagt. Sie können vielmehr wörtlich im stenographischen Bericht lesen, daß ich erzählte, daß der Vicepräsident Dr. Dammer, als er seine Stelle an den festlichen Abgeordneten Frihsche abgab, ihn beauftragt habe, die Berichte über die Versammlungen an den Fürsten Bismarck persönlich einzuliefern respective etwaige Berichte anderer Zeitungen ihm unter Kreuzband zuzuschicken. (Zurufe: Sehr richtig!)

Weiter, meine Herren, bin ich gezwungen, einige persönliche Bemerkungen gegen den Herrn Abgeordneten von Kleist-Mehow zu machen. Derselbe hat in Bezug auf eine meiner gestrigen Aeußerungen über das Eigenthum und unserer Stellung zum Eigenthum erklärt, ich hätte gestern zum erstenmal die von uns geplante Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden anerkannt (Widerspruch rechts) — öffentlich in diesem Hause. Herr Abgeordneter von Kleist-Mehow, ich habe das wörtlich so verstanden. Herr von Kleist-Mehow bestreitet dies, es würde das auch allerdings seiner-

Teils ein Irrthum gewesen sein, denn ich habe diese Auffassung bereits vor jezt 1 1/2 Jahren bei Berathung der verschiedenen Anträge über die Gewerbeordnung speciell ihm persönlich gegenüber auf seine vorhergehende Rede in ziemlich ausführlicher Weise dargelegt. Es war also meine gestern ausgesprochene Ansicht keinesfalls eine solche, die ich zum erstenmal in diesem Hause darlegte. Auch habe ich speciell damals noch daran die weitere Ausführung geknüpft, daß, wenn die Art und Weise, wie das Grundeigenthum der heutigen alten adeligen Familien von ihren Vorfahren erworben worden sei, mit dem Maßstab der gegenwärtigen Gesetzgebung, speciell mit dem deutschen Strafgesetzbuch, bemessen werden sollte, sie mit den härtesten Strafen belegt würden. (Unruhe rechts.)

Ferner hat der Abgeordnete von Kleist-Mekow auch eine andere Meinerung von mir, betreffend einen Artikel der socialistischen Zeitschrift „Zukunft“ über das agitatorische Vorgehen des Abgeordneten Most in Bezug auf den Austritt aus der Kirche, heute dahin ausgelegt, daß er sagte: jener Artikel sei wohl eine bestellte Arbeit gewesen, und zwar mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen dieses Hauses. Ich habe hier ausdrücklich zu constatiren, daß diese angeführte Abhandlung, wenn ich nicht gänzlich irre, bereits im ersten Hefheft der „Zukunft“ enthalten ist, also zu einer Zeit veröffentlicht wurde, wenigstens der betreffende Verfasser die Arbeit einsenden mußte, wo an das zweite Attentat, die darauf folgende Auflösung des Reichstags und die Verhandlungen des gegenwärtigen Reichstags absolut nicht gedacht werden konnte. Dies war ein Ding der Unmöglichkeit. Ich muß mich überhaupt hier um so mehr gegen eine solche beleidigende Unterstellung des Abgeordneten von Kleist-Mekow verwahren, als ich glaube, bisher sowohl meine Auslassungen, wie mein ganzes Verhalten hinlänglich dargethan zu haben, daß ich nichts sage, wovon ich nicht vollständig überzeugt bin, aber auch vor nichts zurückscheue, meine Meinung zu sagen. Wenn die Herren hier im Allgemeinen sich mehr um die socialistische Presse bekümmerten, als es thatsächlich geschieht, würde es ihnen wahrhaftig keine Schwierigkeiten machen, festzustellen, daß die von mir gemachte Mittheilung, daß innerhalb der socialistischen Partei verschiedenartige Strömungen in Betreff der religiösen Auffassungen vorhanden seien, eine vollständig auf Wahrheit beruhende ist.

Endlich möchte ich noch — ich weiß nicht, ob es gestattet ist, in Bezug auf die Recrimination, die ich mir vorhin gegen den Herrn Präsidenten zu machen gestattet habe, hier eine kurze Bemerkung erlauben. Ich will nämlich hier ausdrücklich constatiren, daß es allerdings ein Irrthum meinerseits war, wenn ich glaubte, daß die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers bezüglich des Herrn Frißsche zu einem Ordnungsruf Veranlassung geben mußte. Ebenso war die zweite von mir gemachte Recrimination insofern unrichtig, wenn der Herr Präsident die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers, in welcher mit Bezug auf unsere Partei das Wort „Banditen“ vorkam, von ihm so verstanden wurde, wie er sie dargelegt hat. Ich habe sie in der Weise, wie von mir angeführt, aufgefaßt, ich glaube auch, daß diese Auffassung die richtige ist. Es bleibt mir daher nichts übrig als

abwarten, was der stenographische Bericht enthält, und behalte ich mir eventuell weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Frißsche.

Abgeordneter Frißsche: Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat in seiner Rede bezüglich meiner Person eine Meinerung gebraucht, die wahrlich dazu geeignet wäre, mich tief zu beleidigen. Ich hätte umjomehr erwartet, daß der Herr Reichskanzler in seinem Ausdrücken etwas vorsichtiger sei, als er selbst sich bei jeder Gelegenheit beleidigt fühlt. Ich verweise auf die große Anzahl der von ihm gestellten Strafanträge . . .

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Im Augenblick überschreitet er ganz sicher die Grenze der persönlichen Bemerkung. Ich möchte überhaupt den Herrn Redner bitten, den Fall der Ordnung, der hier angeregt worden ist, und der von mir bereits entschieden und constatirt ist, jezt hier nicht zum Gegenstand weiterer Erörterungen im Hause zu machen. Ich glaube, derartige Ordnungsfälle sind definitiv durch die Erklärung des Präsidenten erledigt und können nicht mehr im Rahmen der persönlichen Bemerkung zum Austrag gebracht werden.

Abgeordneter Frißsche: Meine Herren, ich werde mich den Ansichten des Herrn Präsidenten fügen, obgleich ich der Meinung bin, daß meine Eigenschaft als Abgeordneter meine Wahrhaftigkeit nicht zu vermehren im Stande ist und mithin das, was der Herr Reichskanzler über den „Frißsche“ gesagt hat, bevor er angeblickt wurde, daß ich Mitglied des Hauses bin, mich immerhin persönlich treffen mußte.

Präsident: Ich constative ausdrücklich, daß der Herr Reichskanzler den Vorwurf der Lüge zurückgenommen hat, und damit ist die Sache dem Abgeordneten Frißsche und dem Herrn Frißsche gegenüber erledigt.

Abgeordneter Frißsche: Er hat seine Meinerung dem Abgeordneten Frißsche gegenüber zurückgenommen und nicht dem Frißsche an und für sich, das ist ein Unterschied.

Ich will nur noch bemerken, daß ich erfahren habe, die Ursache der irrthümlichen Auffassung bezüglich meiner Person sei ein Druckfehler gewesen und die Correctur, die im Manuscript vorhanden war, übersehen worden, daß ich also insolge dessen nicht ein so hohes Gewicht auf die mir zugefügte Beleidigung legen kann. Ich habe noch zu bemerken, daß das von Bebel Gesagte, soweit es meine Person betrifft, auf Wahrheit beruht.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger.

Abgeordneter Dr. Bamberger: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bracke hat, indem er die Lobpreisung eines Attentats auf den Prinzregenten von Preußen im Jahre 1849 citirte, die Worte hinzugesagt: Diese „Mainzer Zeitung“ war zu jener Zeit wahrscheinlich noch in sehr engem Zusammenhange mit einem gewissen Herrn Bamberger u. s. w. Den Herrn Abgeordneten Bracke haben wahrscheinlich die Lorbeeren seines Kollegen Bebel nicht

schlafen lassen, und er glaubte auch etwas Wildes sagen zu müssen, was ihm schon deshalb weniger gut glückte, weil er sein Object weniger hoch gewährt hat; aber die Herren von der Socialdemokratie haben heute eine solche Empfindlichkeit im Punkt der Wahrhaftigkeit an den Tag gelegt, daß ich erwarten mußte, sie würden sich auch derjenigen Art von Unwahrheit enthalten, die darin besteht, daß man das Unwahre so verlausulirt, daß man nicht persönlich dafür verantwortlich gemacht werden kann. Sie besteht darin, daß man einen wahrscheinlichen oder indirecten Zusammenhang insinuiert und die Thatsache glaubhaft macht, aber nicht für sie einsteht. Ich erkläre dem Herrn Abgeordneten Brade, daß ich zu jener Zeit in absolut keiner Beziehung zu jenem Blatt gewesen bin.

Nun wende ich mich zum Herrn Abgeordneten Dr. Hänel. Der Herr Abgeordnete Dr. Hänel hat den wichtigsten Punkt meiner Darstellungen so sehr verkannt, daß ich ihn klarstellen muß, umso mehr, als ich die Ansprüche auf mangelhafte Bildung und Erziehung, die der Herr Dr. Hänel erhoben hat, durchaus nicht anerkennen kann und es mir wichtig sein muß, seine Person meiner Auffassung nicht in's Publikum treten zu lassen. Er hat mir vorgeworfen, daß ich die wissenschaftlichen und allgemein geistigen Bestrebungen in socialistischem Sinn mit Strafe und Unterdrückung bedrohen wolle. Mein Ziel war gerade das entgegengesetzte. Ich habe gesagt, da ich keine Grenze zwischen socialdemokratisch und socialistisch ziehen kann, weil eins in das andere ununterscheidbar hinübersteht, so muß ich in das Geleze war den Begriff "socialistisch" aufnehmen, da ich aber den wissenschaftlichen und den ersten geistigen Bestrebungen nicht entgegengetreten will, muß ich andere Kriterien suchen, in denen man die Strafbarkeit finden kann.

Präsident: Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Liebknecht.

Abgeordneter Liebknecht: Der Herr Abgeordnete von Kleist-Neuhof hat es für nöthig gehalten, die Thatsache, daß ich bei dem Hoch, welches in der ersten Sitzung —

Präsident: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Ich habe genau aufgepaßt. Der Herr Abgeordnete von Kleist-Neuhof hat den Namen des Herrn Redners nicht genannt, und ich glaube daher, daß keine Gelegenheit ist, an die allgemein gehaltene Bemerkung, in der der Herr Abgeordnete Liebknecht nicht bezeichnet war, eine persönliche Bemerkung zu knüpfen.

Abgeordneter Liebknecht: Ich glaube aber, wenn auf einen Act hingewiesen wird, den bloß ein einziges Mitglied begangen hat, daß dann dieses Mitglied durch Erwähnung des Actes hinlänglich gekennzeichnet ist.

Präsident: Es ist von „Mitgliedern“ des Hauses die Rede gewesen, ohne Nennung eines Namens; ich muß daher meine Bemerkung wiederholen: ich glaube nicht, daß diese Ausführung des Herrn Abgeordneten von Kleist-Neuhof Gelegenheit geben kann, eine persönliche Bemerkung zu machen seitens des Herrn Abgeordneten Liebknecht, dessen Name und dessen Person in der ganzen Verhandlung nicht genannt ist.

Abgeordneter Liebknecht: Ich muß mich hier bescheiden, ich glaube aber ganz deutlich gehört zu haben, daß von einem Mitgliede die Rede gewesen ist; so ist es auch von anderer Seite verstanden worden. Ich möchte bitten, da ich mich für angegriffen halte, den stenographischen Bericht nachzusehen.

Präsident: Der stenographische Bericht liegt vor. Es heißt dort:

Wenn Mitglieder dieser Partei hier im Hause dieser Sitzung sich zu entziehen wagen — es ist also von „Mitgliedern“ die Rede gewesen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete von Kleist-Neuhof.

Abgeordneter von Kleist-Neuhof: Schon im vorigen Jahre habe ich einen Angriff des Herrn Nebel auf eine Aeußerung von mir über die Auffassung des Eigenthums von Seiten der Socialdemokraten richtig gestellt und bin darum nicht willens, in diesem Jahre darauf zurückzukommen. Die Aeußerungen, die ich heute gethan habe, halte ich trotz des Herrn Abgeordneten Nebel in allen Punkten aufrecht, bin aber ebensowenig jetzt willens, mich in eine persönliche Discussion mit ihm darüber einzulassen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. Hänel: Ich will nur mit zwei Worten anerkennen, daß allerdings nach der Correctur, welche der Herr Abgeordnete Bamberger mir hat angeheften lassen, ich offenbar von einer falschen Auffassung seiner Rede ausgegangen bin, und ich bin durch diese Correctur nicht anders als angenehm berührt.

Präsident: Damit wäre die Reihe der persönlichen Bemerkungen erschöpft, und ich komme jetzt zu der Fragestellung, die mir obliegt, ob nämlich der Gesekentwurf, über den wir die erste Berathung geschlossen haben, gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, einer Commission zur weiteren Vorberathung überwiesen werden soll. Vorgeschlagen sind nur 21 Mitglieder; wenn daher das hohe Haus die Vorberathung durch eine Commission beschließt, so nehme ich ohne weiteres an, und ohne noch eine besondere Abstimmung darüber zu provociren, — wenn mir nicht im Augenblick durch einen neuen Antrag zur Geschäftsordnung hierzu Gelegenheit gegeben wird, — daß die beschlossene Commission aus 21 Mitgliedern bestehen soll.

Gegen diese Fragestellung ist ein Widerspruch nicht vorhanden; ich frage daher einfach:

soll der Gesekentwurf, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie einer Commission zur weiteren Vorberathung überwiesen werden?

Diesentigen Herren, welche so beschließen wollen, ersuche ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist eine sehr große Mehrheit; die Berathung an eine Commission von 21 Mitgliedern ist beschlossen.

Damit wäre der Gegenstand der heutigen Tagesordnung erledigt.